

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Mit Sicherheit war ich nicht der einzige, der sich nach dem Beginn der Terrormorde die Frage stellte, ob nicht endlich dieser Einbruch der politischen Kriminalität in unsere gesellschaftliche Ordnung viel gründlicher untersucht, ob nicht Teilnehmer und Förderer der terroristischen Szene viel intensiver, auch rücksichtsloser ins Licht der Öffentlichkeit geraten müßten, ob wir uns nicht zu sehr von den Sensationen des Terrorismus blenden ließen, anstatt ihren Hintergrund und ihre Motive zu erfassen und aufzuhellen.

Nachdem die Morde und Erpressungen im Sommer vorigen Jahres einen Höhepunkt erreicht hatten, der uns wohl allen den Atem stocken ließ, war das Bedürfnis nach energischer Aufklärung und um Auseinandersetzung mit den Ursachen des Terrorismus nicht länger zu beschwichtigen. Dieses Bedürfnis war ein doppeltes: Einmal wollte die Öffentlichkeit mehr politische Energie bei der Aufklärung und Bekämpfung des Terrors. Das war eine Forderung an den Staat, an Regierung und Parlament. Zugleich aber, und das wurde womöglich noch bedrückender als die Verbrechen selbst empfunden, handelte es sich um ein gesellschaftliches Problem, das vor wenigen Jahren auch diejenigen, die glaubten, die "Gewalt gegen Sachen" verteidigen zu können, nicht vorausgesehen hatten.

Zunächst wollten sich die Terroristen, ausgerüstet mit einigen Argumenten aus dem Arsenal der marxistischen Kritik, selbst als einen neuen Typus von Revolutionären legitimieren. Sie fanden, jedenfalls in der ersten Phase, Verteidiger und Fürsprecher von Rang, die den Terror als Reaktion auf angeblich unerträgliche Gewaltverhältnisse in unserer Gesellschaft wenn nicht rechtfertigen, so doch erklären, vielleicht auch entschuldigen wollten. Inzwischen haben sich Wissenschaft und Publizistik auf den Weg gemacht, um den Terrorismus nicht nur als Erscheinung für sich und auf seine Organisation und seine Methoden, sondern auf seine gesellschaftlichen Ursachen und Bedingungen hin zu untersuchen.

Sie, Herr Laqueur, haben bereits ein gründliches, die Geschichte des Terrorismus voll einbeziehendes Buch veröffentlicht und wesentlich dazu beigetragen, die Diskussion darüber besser zu qualifizieren, als das zunächst der Fall war. Ich freue mich deshalb, daß Sie sich bereit erklärt haben, uns mit einem einleitenden Referat in die Problematik einzuführen.

Wenn dieser Gesprächskreis, der sich vorgenommen hat, dringende Fragen unserer Gesellschaft beantworten zu helfen und Initiativmöglichkeiten aufzuspüren, sich mit dem Problem des Terrorismus befaßt, dann wissen wir, daß es hier nicht um Anklage und moralische Verurteilung - unser Urteil über die Untaten der Terroristen dürfte sowieso feststehen;- , sondern um Aufklärung und Analyse geht. Ich meine aber, wir dürften dabei nicht stehenbleiben. Wenn es richtig ist, daß der Terrorismus ein Symptom für den Zustand unserer Gesellschaft ist, dann sollten wir die Mühe nicht scheuen, diese symptomatische Bedeutung zu untersuchen und nach tieferen Ursachen zu fragen. Und dringender, als es sonst der Fall ist, sollten wir nach Initiativen suchen, um diese Ursachen in den Griff zu bekommen, anstatt nur Reaktionen zu diskutieren.

Es ist deshalb meine Bitte an unseren Diskussionsleiter, Herrn Dahrendorf, dafür zu sorgen, daß wir uns nicht im Labyrinth der Affekte und Befürchtungen verlieren, sondern den Ausgang zur Tat suchen.

Laqueur

Je mehr ich über den Terrorismus nachdenke, desto mehr bin ich davon überzeugt, daß einige Grundtatsachen des Terrors völlig eindeutig sind; man könnte sie fast banal nennen. Um sie zu verstehen, braucht man weder Philosophie noch Soziologie studiert zu haben. Dagegen gibt es andere Aspekte des Terrors, die sich unserem Verständnis weitgehend entziehen und vielleicht immer entziehen werden.

Wenn ich hier kurz über den Stand der Terrorismusforschung berichte, so werde ich das mit einer gewissen Zurückhaltung tun; denn ich nehme an, daß sich unsere Diskussion im wesentlichen auf die bundesdeutschen Verhältnisse konzentrieren wird, über die viele der Anwesenden sicher besser orientiert sind, als ich es bin. Sie haben ja in den letzten Monaten eine Art Intensivkursus erhalten.

Ich habe an einer Reihe von Tagungen und Gesprächen in verschiedenen Ländern teilgenommen. Dabei ist mir aufgefallen, daß es in einer Diskussion über Terrorismus nicht nur sehr lebhaft zugeht, sondern Aggression und Gewalt des Themas häufig auf die Diskussion übergreifen. Das Adrenalin wird ausgeschüttet, der Blutdruck steigt, aus kleinen Meinungsverschiedenheiten werden große, was zwar zur Belebung der Debatte, nicht aber unbedingt zur Klärung der Dinge beiträgt.

Eine Gefahr auf solchen Konferenzen besteht zunächst darin, daß man sich nicht einigen kann, worüber man eigentlich sprechen will. Es gibt ja viele Arten von politischer Gewalt, einschließlich des Terrors von oben, der mehr Menschen auf dem Gewissen hat als der Terror von unten. Aber wir können hier nicht über sämtliche Arten terroristischer Gewalt sprechen, sondern müssen uns auf eine spezifische Form des Terrorismus beschränken, die heute in Europa auftritt.

Die zweite Gefahr ist, daß man sich in dem Versuch verliert, Terrorismus ganz genau zu definieren. Das ist ein unmögliches Unterfangen; denn eine präzise Definition des Terrorismus, die sämtliche Spielarten in allen Ländern zu allen Zeiten umfaßt, ist entweder völlig vage oder gänzlich falsch. Wir sollten also auf die Frage der Definition nicht allzuviel Zeit verschwenden; denn im Grunde dürften wir alle recht gut wissen, was wir meinen, wenn wir von "Terrorismus" sprechen.

Eine weitere Gefahr ist mir vor allem in Amerika aufgefallen, nämlich das Bemühen, den Terrorismus quantitativ erfassen und erklären zu wollen. Der Computer mag bei der Fahndung eine wesentliche Rolle spielen, aber zum Verständnis der Ursachen trägt er nicht viel bei. Ich halte jedenfalls Versuche, den Terrorismus durch vergleichende Statistiken zu erklären, für verfehlt. Denn die Dinge, die man beim Terrorismus quantitativ erfassen und durch den Computer auswerten kann, sind im allgemeinen nicht wichtig. Und die Dinge, die wichtig sind, kann man auf diese Weise nicht ermitteln.

So ist man sich heute nicht einmal darüber im klaren, ob der Terrorismus weltweit zugenommen hat. Die Diskrepanzen beruhen darauf, daß gar nicht eindeutig ist, was man eigentlich messen will. Da kommt irgendeiner Drohung, die einer Zeitung zugesandt wird, die gleiche Bedeutung zu wie dem Mord an einem Ministerpräsidenten. Was sagt eine solche Statistik dann noch aus? Die Statistik kann also nur einen begrenzten Beitrag zum Verständnis des Terrorismus leisten.

Schließlich liegt eine vierte Gefahr, die ich vor allem in der Bundesrepublik - aber auch anderswo - sehe, darin, daß man um jeden Preis eine Theorie finden will, möglichst bevor man sich überhaupt über die Tatsachen im klaren ist. ("Wo ist denn Ihr Theorieansatz?") Natürlich wollen wir uns hier nicht mit einer sinnlosen Aneinanderreihung von Fakten beschäftigen. Dabei kommt nichts heraus. Sicher ist es nützlich, einige Thesen aufzustellen, aber mich beeindruckt immer die Unbekümmertheit, mit der solche Hypothesen meist in den Raum gestellt werden und welche Bedeutung ihnen zugemessen wird.

So steht beispielsweise fest - eines der wenigen Dinge, die sicher sind;- , daß der Terrorismus häufiger dort in Erscheinung tritt, wo nationale Minderheiten mit unerfüllten Forderungen vorhanden sind. Es gibt aber auch Länder mit nationalen Minderheiten, die eine lange Geschichte des Widerstands aufweisen, etwa Südtirol, wo der Terrorismus entweder bereits ausgestorben oder stark im Abklingen ist. In anderen Ländern dagegen, beispielsweise in Irland, ist der Terrorismus nach wie vor ein wichtiger Faktor.

Nun hat man gesagt: Vielleicht muß noch ein weiterer Faktor hinzukommen, zum Beispiel die Religion. Also Religion plus Nationalismus. Das mag auf Nordirland zutreffen, aber sicher nicht auf die Basken. Oder ist es eine Kombination von nationalistischer Unzufriedenheit und wirtschaftlicher Benachteiligung, also Armut? Das mag wiederum bei Nordirland der Fall sein; das Baskenland dagegen ist die reichste und entwickeltste Region Spaniens.

Was ich betonen möchte ist: Wenn es schon schwierig ist, bei den nationalen Minderheiten einen gemeinsamen Nenner zu finden, um wieviel schwieriger wird es dann erst, jenen Terrorismus zu erklären, der in Italien, in der Bundesrepublik und in einigen anderen Ländern auftritt, wo es sich um kleine Gruppen von Menschen handelt, häufig nur ein paar Dutzend, höchstens einige hundert Akteure und vielleicht ein paar tausend Sympathisanten. Wie soll man eine zureichende Erklärung für kleine und kleinste Gruppen finden, wenn es bis heute noch nicht einmal eine übereinstimmende Analyse für eine Massenbewegung wie den Faschismus gibt? Selbst die Naturwissenschaften können nicht immer vorhersagen, wie sich die kleinsten Partikel verhalten werden.

Es gibt zwar Zusammenhänge zwischen den national-separatistischen terroristischen Bewegungen und den anarchistischen Bewegungen, oder wie immer wir sie nennen wollen. Dabei dürfen wir aber die Unterschiede nicht aus den Augen verlieren. Die national-separatistischen Bewegungen haben einerseits einen beschränkteren Radius, sie wollen ganz bestimmte Ziele erreichen. Andererseits haben sie einen größeren Kreis von Sympathisanten, weil sie mit ihrem religiös-nationalistischen Impetus eine feste Klientel haben, einen größeren Teil der Bevölkerung ansprechen. Außerdem weisen sie eine andere Struktur auf: Sie sind "proletarischer" als die anderen. Unter irisch-nationalistischen Terroristen gibt es keine Intellektuellen.

Vielleicht hilft uns folgende Überlegung weiter: Innerhalb der Geschichte im allgemeinen gibt es, wenn nicht Gesetzmäßigkeiten, so doch Wahrscheinlichkeiten; andererseits aber auch einen Bereich des Zufalls. Ähnlich dürfte es beim Terrorismus sein, wobei der Spielraum des Zufalls um so größer ist, je kleiner die betreffenden Gruppen sind. Solche Zufälle sind etwa bestimmte Führerpersönlichkeiten oder eine gewisse ideologische Beeinflussung.

Es wird häufig die Auffassung vertreten, der Terrorismus sei eine Manifestation von Übelständen in unserer Gesellschaft, von Ungerechtigkeit, Verlust des Wertsystems, Kulturkrise, Infragestellung der Institutionen und anderes mehr. Solche Interpretationen kann man sowohl von links als auch von rechts vernehmen. So las ich vor kurzem einen scharfsinnigen Aufsatz, in dem der Terrorismus als Folge der Aufklärung interpretiert wird: Verlust der Religion, des Glaubens und ähnlicher Bindungen, die bis zum 18./ 19. Jahrhundert selbstverständlich waren.

Mir scheinen solche Erklärungen wenig überzeugend, sowohl historisch als auch soziologisch. Auch im Mittelalter gab es schließlich Terrorismus. Für eine bestimmte Art des religiösen Fanatismus, der manchmal terroristische Formen annahm, war jedes Mittel erlaubt, um den Feind, den Antichrist, zu liquidieren. Terrorismus gab es also auch zu einer Zeit, als der religiöse Glaube noch fest verankert war, während es auf der anderen Seite in den meisten Ländern seit den Zeiten der Aufklärung keinen Terrorismus gegeben hat. Derartige Deutungsversuche tragen somit nicht viel zu unserem Verständnis bei.

Genauso skeptisch bin ich gegenüber Interpretationsversuchen, die Terrorismus mit Schlagworten wie Spätkapitalismus und Revolte der Jugend in Verbindung bringen. Jugendrebellionen hat es zu allen Zeiten und in vielen Ländern gegeben. Autorität ist stets in Frage gestellt worden. Dies ging aber nur sehr selten mit Terrorismus einher. Und was den Spätkapitalismus betrifft, so scheint es mir keineswegs erwiesen, daß unsere Gesellschaft reicher an Konflikten ist, als es in der Vergangenheit der Fall war. Vielleicht kann man den Terror in Italien teilweise dadurch erklären, daß dort die Arbeitslosigkeit unter der Jugend, insbesondere der akademischen Jugend, recht hoch ist. Wie erklärt man dann aber den Terrorismus in der Bundesrepublik, wo diese Art der Arbeitslosigkeit am geringsten ist?

So viele Erklärungen, so viele Widersprüche. Zweifellos kann man die banale Feststellung treffen, daß glückliche und zufriedene Menschen im allgemeinen keine Bomben werfen. Aber das bringt uns nicht viel weiter. Es ist keineswegs klar, daß Glück und Zufriedenheit allein vom Gesellschaftssystem abhängen. Doch selbst wenn das der Fall wäre und wir den Terrorismus gewissermaßen als Folge einer Kulturkrise oder einer gesellschaftlichen Krise erklären könnten, wäre uns kaum geholfen. Denn Kultur- und Gesellschaftskrisen lassen sich bekanntlich nicht in Wochen oder Monaten lösen. Und was geschieht in der Zwischenzeit?

Alle diese Interpretationen der Frage, wo es Terrorismus gegeben hat und warum, sind also widersprüchlich. Vielleicht sollten wir statt dessen einmal fragen: Wo hat es keinen Terrorismus gegeben? Auch da ist die Antwort keineswegs einfach. Man könnte darauf hinweisen, daß Terrorismus in jedem effektiven Polizeistaat entweder überhaupt nicht möglich ist oder innerhalb kurzer Zeit zerschlagen wird. Das klassische Beispiel dafür ist das zaristische Rußland. Die Ochrana, die zaristische Geheimpolizei, hatte hunderttausend Beamte und Helfer; sie arbeitete mit dem berühmten System der "Concierge" von Napoleon III. In jedem Hause gab es einen Blockwart. Auf

diese Weise erfuhr die Ochrana früher oder später, meist früher, wer sich wo aufhielt, und der Terrorismus wurde auf brutale Weise zerschlagen.

Die Engländer benutzten gegenüber dem irischen Terrorismus billigere und etwas elegantere Methoden. Sie hatten keine starke und effektive Polizei. Dafür bedienten sie sich der Einschleusung von Agenten und setzten hohe Kopfpreise aus. Die irische terroristische Bewegung war im Laufe von vier Generationen systematisch von englischen Agenten durchsetzt. Die englische Regierung, genauer, das Home Office, wußte zu jeder Zeit, was die irischen Terroristen zu tun beabsichtigten.

Nun, im demokratischen Rechtsstaat können wir die Mittel des Polizeistaates nicht mehr anwenden. Die Einschleusung von Agenten ist mit den größten Schwierigkeiten verbunden, nicht nur juristischer Art, und Blockwarte gibt es gottseidank nicht mehr.

Wenn wir uns hier auf den Terrorismus im demokratischen Rechtsstaat beschränken wollen, dann stellt sich wiederum die Frage: Wie ist es zu erklären, daß es in bestimmten Ländern, sagen wir in Skandinavien, nie Terrorismus gegeben hat und wahrscheinlich auch nicht geben wird? Das ist keineswegs einfach zu beantworten. Man könnte darauf hinweisen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesen Ländern eben so geartet sind, daß keine solche Aggressivität entsteht. Dort gibt es eine gesellschaftliche Kohäsion, die in der Bundesrepublik, in Italien oder in der Türkei fehlt. Seit dem 17. Jahrhundert gibt es in Schweden keine Tradition der politischen Gewalt, die der in Mittel- und Südeuropa vergleichbar wäre.

Das mag alles zutreffen. Vielleicht ist aber das Fehlen von Terrorismus in Skandinavien auch damit zu erklären, daß Terrorismus meist ein Großstadtphänomen ist. Er braucht, operativ gesehen, die Anonymität der Großstadt. Und der größte Teil der Bevölkerung in Skandinavien lebt eben immer noch in kleinen Städten. Auch in den großen Städten kennt man einander, so daß es für Terroristen schwer wäre, sich zu verstecken.

Was ich mit meinen ganzen Ausführungen deutlich machen möchte ist: Der Terrorismus kann - weil wir es hier nur mit kleinen Gruppen zu tun haben - wissenschaftlich nicht erklärt werden in dem Sinne, daß wir daraus Vorhersagen ableiten könnten. Terror ist grundsätzlich in jeder demokratischen oder halbdemokratischen Gesellschaft zu jeder Zeit möglich. Warum er in einigen Ländern weniger häufig erscheint als in anderen, ist eine wichtige Frage. Man sollte sich aber nicht der Illusion hingeben, daß man eine Formel finden kann, diese auf die Frage eine klare, unzweideutige, immer zutreffende Antwort gibt.

In Europa scheint mir vielfach die Tendenz zu bestehen, die Gefahr des Terrors zu überschätzen. Allerdings füge ich sogleich hinzu, daß der Terror unter bestimmten Bedingungen gefährlich sein kann. Dann nämlich, wenn sich der betreffende Staat und die Gesellschaft ohnehin in einer Krise befinden.

Ich will zum Abschluß noch einige Bemerkungen zu einem Problem machen, das gerade in der Bundesrepublik die Gemüter erhitzt hat, nämlich die Frage der Sympathisanten. Leider ist die Diskussion über diese Frage in der Bundesrepublik in das parteipolitische Fahrwasser geraten, was das Verständnis der Sache unnötig erschwert.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an ein geschichtliches Ereignis erinnern, das Deutschland vor nunmehr 55 Jahren in Aufregung versetzte; ich meine den Mord an Walther Rathenau. Zwei Tage vor dem Anschlag hielt der Führer der Deutsch-Nationalen Volkspartei, Helfferich, im Deutschen Reichstag eine Rede, in der er die Politik von Außenminister Rathenau scharf angriff. Nach der Ermordung fand eine Trauersitzung des Reichstages statt. Als Helfferich erschien, mußte er den Saal gleich wieder verlassen; denn die Fraktionen der Mitte und der Linken schrien ihm das Wort "Mörder" entgegen. Trotz der verzweifelten Versuche des Vorsitzenden Paul Lobe trat erst wieder Ruhe ein, nachdem Helfferich den Saal verlassen hatte.

Objektiv war die Anschuldigung gegen Helfferich zweifellos falsch. Wir wissen heute, daß die Mörder lange vorher beschlossen hatten, Rathenau umzubringen. Dafür brauchte es nicht der Rede von Helfferich, die zwar scharf war, aber nicht zum Mord aufrief. In einem übertragenen Sinne war die Anschuldigung jedoch zutreffend. In der Tat hatte die extreme Rechte im damaligen Deutschland eine Atmosphäre geschaffen, in der vielfältig zum Mord an den "Erfüllungspolitikern" aufgerufen wurde. Insofern war der Angriff auf die vielen "Helfferiche", auf die Drahtzieher, die hinter diesem Mord standen, durchaus gerechtfertigt. Vielleicht regt uns dieses Beispiel zum Nachdenken an.

Gleichzeitig möchte ich aber daran erinnern, daß nach dem Mord an Rathenau das "Gesetz zum Schutz der Republik" am 26. Juni 1922 verabschiedet wurde. Darin hieß es, daß mit Gefängnis von drei bis sechs Monaten oder mit einer Geldstrafe bestraft wird, wer öffentlich Gewalttaten gegen die

Republik und ihre Staatsmänner verherrlicht, billigt, belohnt oder begünstigt; wer zu Gewalttaten auffordert, aufwiegelt oder solche verabredet und wer öffentlich die republikanische Staatsform beschimpft. Und im Artikel 1 hieß es: Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer republikanischer! Regierung zu beseitigen, werden mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft. Gegen dieses Gesetz hat nicht die Linke protestiert; wenn überhaupt, dann zunächst nur die Rechte. Ich möchte aber eines betonen: Terrorismus ist selten oder nie durch Gesetze beseitigt worden.

Ich habe in dieser Einleitung versucht, stichwortartig einige Probleme des Terrorismus anzureißen. Ich konnte sie weder erschöpfend behandeln, noch eine befriedigende Antwort darauf geben. Aber ich hoffe, für die Diskussion einige Anregungen gegeben zu haben.

R. Dahrendorf

Herr Laqueur hat das Feld abgesteckt, in dem wir uns bewegen werden; er hat eine Reihe von Gesichtspunkten geliefert, die uns dabei helfen können, uns in dem Feld zurechtzufinden.

Ich will versuchen, unserer Diskussion vorweg etwas Struktur zu geben. Ich bin mit einem gewissen Zögern an dieses Gespräch herangegangen; denn es liegt inzwischen bereits derart viel Material zum Thema Terrorismus vor, daß man sich fragt: Was kann eigentlich noch Neues dazu gesagt werden? Nahezu jeder, der hier am Tisch sitzt, hat sich dazu in Büchern, Artikeln und Vorträgen geäußert. Ich erinnere an den CDU-Kongreß und erwähne auch den sehr aufschlußreichen Sammelband über Terrorismus, der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wurde. Nicht zuletzt dürften Sie alle das Buch von Walter Laqueur kennen.

Bei näherer Überlegung wird einem jedoch deutlich, daß im Hinblick auf die zentralen Fragen der Ursachen und Maßnahmen noch vieles ungeklärt ist. Vor kurzem hat mir mein alter Freund Jean Rey, der frühere Präsident der EG-Kommission und belgische Minister, auseinandergesetzt, daß man unbedingt die Todesstrafe wieder einführen müsse - und Jean Rey ist zeit seines Lebens ein belgischer Liberaler gewesen. Als Begründung sagte er, ein ähnliches Problem, wie der Terrorismus heute, nämlich der Angriff auf das Gemeinwesen selbst, habe sich in Belgien nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg gestellt. In beiden Situationen habe man die Todesstrafe, die in Belgien seit hundert Jahren abgeschafft war, auf Zeit wieder eingeführt. Eine solche Äußerung zeigt, wie vieles noch zu erörtern ist.

Was die Ursachen betrifft, so hat Herr Laqueur zwar dargelegt, wie schwierig, wenn nicht unmöglich es ist, darüber klare Aussagen zu machen. Dennoch müssen wir erörtern, was wir über die Ursachen wissen, bevor wir uns mit den Maßnahmen beschäftigen. Neben den Ursachen und Maßnahmen gibt es aber noch eine Reihe anderer Fragen, die nicht vergessen werden dürfen. Das betrifft zunächst die schlichte Feststellung der Tatsachen. Ich fände es nützlich, wenn wir damit beginnen würden.

Es gibt zwischen Ursachen und Maßnahmen ein weiteres Feld. Die Rede von Ursachen klingt kausal, so als ob man da etwas mit Theorien erklären kann, die sich, wie Herr Laqueur sagte, möglicherweise sogar für Prognosen verwenden lassen. Gerade bei diesem Thema scheint es mir aber wichtig, daß wir nicht kausale Scheinpräzision suchen, sondern uns an die gute alte Methode des Verstehens erinnern. Wenn wir begännen, das Phänomen zu verstehen, dann wäre uns allen gedient.

Der dritte Punkt, der sich nicht so ohne weiteres in das Schema Ursachen/Maßnahmen hineinpressen läßt, bezieht sich auf die Überlegung, wie unsere Gesellschaften - die deutsche, die italienische, die irische - morgen aussehen werden, und zwar erstens wegen der Handlungen der Terroristen, zweitens wegen der Reaktionen der Regierungen und drittens wegen der Dinge, die weder Terroristen noch Regierungen tun, die aber auf das Geschehen einwirken. Wenn wir uns an den Problemen von Ursachen und Maßnahmen orientieren, dürfen wir nicht den Blick für die dahinterliegenden-historischen Entwicklungen verlieren.

Horchem

Der deutsche Terrorismus besteht beziehungsweise bestand aus drei Aktionskreisen: der Roten Armee Fraktion, der Bewegung 2. Juni und den Revolutionären Zellen. Davon ist die Rote Armee Fraktion nach politischer Zielsetzung, krimineller Energie und Unterstützungspotential die gefährlichste Gruppe. Die RAF, wie sie von ihren Mitgliedern selbst genannt wird, ist für die schweren terroristischen Gewalttaten des vergangenen Jahres verantwortlich. Die politische Zielsetzung des sogenannten "bewaffneten antiimperialistischen Kampfes" und das Selbstverständnis der Gruppe wurden schon vor Jahren in einigen Kampfschriften niedergelegt, und zwar von Ulrike Meinhof und Horst Mahler.

Die Bewegung 2. Juni wies zu keinem Zeitpunkt eine ähnliche Konsistenz wie die RAF auf. Es gelang ihr auch nicht, motivierende politische Ziele zu formulieren oder Unterstützungsaktionen, wie etwa die sogenannte Folterkampagne zu initiieren. Sie war der RAF aktionsmäßig zeitweise voraus, als zum Beispiel die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz auf das Konto der Bewegung 2. Juni ging. Diese Gruppe ist heute so gut wie zerschlagen. Es gelang zwar dreien ihrer weiblichen Mitglieder, aus einer Berliner Haftanstalt zu fliehen, aber diese und die durch die Lorenz-Entführung freigeprüften Mitglieder haben keine neuen Aktivitäten unter dem Namen Bewegung 2. Juni entfaltet. Wahrscheinlich sind sie durch Gruppen aufgefangen worden, die der RAF zuzuordnen sind.

Die Revolutionären Zellen haben sich verschiedentlich bei aktuellen Anlässen engagiert. Ich erinnere nur an das Bombenattentat gegen das Bundesverfassungsgericht in der Phase, als die Entscheidung zum § 218 anstand. Seit November 1973 haben sie mehr als 20 Anschläge mit Brand- und Sprengsätzen durchgeführt, wobei sie 1976 in zwei Fällen auch Personen mit einbezogen. Seit dem 1.12.1976 sind von dieser Gruppe keine neuen Attentate mehr unternommen worden. Über den Verbleib ihrer Mitglieder ist nichts weiter bekannt.

Der Schwerpunkt des Terrorismus in der Bundesrepublik liegt bei der Roten Armee Fraktion. Diese besteht wiederum aus drei Linien. Erstens den Mitgliedern, die im Gefängnis sitzen oder nach denen gefahndet wird beziehungsweise die in die Illegalität abgetaucht sind, wie es im Jargon heißt. Die zweite Linie sind die Kommunikationszentren, die Anwälte. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Anwaltsbüros Groenewold in Hamburg, Becker/Haag in Heidelberg und das Büro der Rechtsanwälte um Croissant in Stuttgart. Diese zweite Linie ist heute weitgehend zerschlagen.

Die dritte Linie sind die antifaschistischen Gruppen und die Solidaritätskomitees in verschiedenen deutschen Städten. Es sind gewissermaßen Täter ohne Tat, die auf Abruf warten, bis sie zur Aktion befohlen werden oder sich dazu entschließen. Früher hat man hier fälschlicherweise von Sympathisanten gesprochen, ein derart schillernder Begriff übrigens, den man besser nicht verwenden sollte. Diese dritte Linie besteht aus circa 130 Personen.

Lassen Sie mich noch einige Zahlen hinzufügen: Mit Haftbefehl werden insgesamt 43 deutsche Terroristen gesucht, davon gehören 29 der Roten Armee Fraktion und acht der Bewegung 2. Juni an. Von den zur Zeit inhaftierten 91 Terroristen sind 45 der Roten Armee Fraktion zuzurechnen.

Zwischen den verschiedenen Terroristengruppen gab es kaum Verbindungen. Es zeigte sich ein gewisses Konkurrenzdenken bis hinein in die organisatorischen Abläufe. Während beispielsweise in der Bewegung 2. Juni alles kollektiv beschlossen und ausgeführt wurde, wies die RAF bis zum Selbstmord ihrer führenden Mitglieder eine straffe hierarchische Ordnung auf, was sich selbst noch bei den inhaftierten Mitgliedern fortsetzte.

Smoydzin

Ich meine doch, Herr Horchern, daß sich seit 1972 zwischen den Aktionen der verschiedenen terroristischen Gruppen Interdependenzen und Interaktionen erkennen lassen. So waren bei einigen Anschlägen Personen, die der Bewegung 2. Juni zuzurechnen sind, mit Waffen, Ausweisen und anderen Dingen ausgerüstet, die zuvor von Mitgliedern der Roten Armee Fraktion gestohlen worden waren.

Busche

Die Szene der Anwaltsbüros als Kommunikationszentren der RAF muß differenzierter gesehen werden, Herr Horchern. Das Büro Groenewold zum Beispiel wurde schon seit circa drei Jahren als "Bullenbüro" bezeichnet, weil es angeblich mit der Polizei zusammenarbeitete. Auch der verbliebene Teil jenes Heidelberger Büros, das seinerzeit Laubscher, Bekker, Becker, Haag hieß, also jetzt nur noch Jürgen Laubscher, Marieluise Becker, wird auf der Sympathisantenszene abgelehnt; es heißt, da sei ein BKA-Agent eingeschmuggelt worden.

Wie sehr die Anwälte untereinander zerstritten sind, wird immer wieder auf den linken Anwaltstreffen deutlich. Sie werden von etlichen linken Anwälten nicht mehr besucht. Zum Beispiel von jenen, die Distanzierungen von Anschlägen ablehnen, ein Ergebnis der scharfen Kontroverse auf dem Frankfurter Anwaltstreffen vor anderthalb Jahren, die zur Spaltung der Versammlung geführt hatte.

Ein großer Teil der K-Gruppen-Anwälte schwankt zur Zeit noch hin und her. Einerseits wollen sie einen scharfen Kurs nicht mitgehen, andererseits suchen sie nach Einflußmöglichkeiten bei der größeren Anwaltsgruppe durch prononcierte Radikalität.

Leicht

Gibt es eigentlich gegen das Büro Groenewold inzwischen mehr Beweise dafür, als wir sie bisher aus der Anklageschrift kennen, daß hier ein Kommunikationszentrum im Sinne der Steuerung terroristischer Aktivitäten bestand? Möglicherweise wird sich ja das Gericht einer solchen Schlußfolgerung nicht anschließen können.

Horchem

Die Anwälte, die Sie in Frankfurt gesehen haben, unter anderem die K-Gruppen-Verteidiger, gehören einer anderen Kategorie an als die von mir genannten, was ihre Einstellung zum Terrorismus angeht. Es gibt Anwälte, die diesen Staat und dieses Gesellschaftssystem ablehnen und das auch in ihrer forensischen Tätigkeit zum Ausdruck bringen, ohne daß man da von einer echten Unterstützung des Terrorismus sprechen kann.

Anders verhält es sich bei den drei von mir erwähnten Anwaltsbüros. Wir wissen heute, daß 1973/74 Mitarbeiter, die bei Groenewold vielleicht nicht im versicherungsmäßigen Sinne angestellt waren, in diesem Büro täglich Material vervielfältigt und Weisungen, die aus den Zellen kamen, an Gruppen weitergegeben haben, die Aktionen planten und durchführten. 1976 wechselte der Schwerpunkt von Hamburg zum Büro Croissant nach Stuttgart.

Busche

Die Terroristengruppen setzen sich übrigens zu fast gleichen Teilen aus Männern und Frauen zusammen. Es trifft also nicht zu, was häufig behauptet wird, daß die Frauen bei den Terroristen überrepräsentiert sind. Einer Zusammenstellung des STERN zufolge sind 70 Prozent der Verhafteten Männer und 70 Prozent der Gesuchten Frauen. Man kann also nicht sagen, daß Frauen besonders zum Terrorismus neigen.

Da das personelle Reservoir der Hochschulbereich ist, in dem Frauen nicht nur zahlenmäßig ungefähr so stark vertreten sind wie Männer, sondern sie auch eine gleichberechtigtere Rolle spielen können, ist eine vermutlich halbe-halbe Zusammensetzung bei den Terroristen ganz natürlich.

Smoydzin

Der Anteil der Frauen an den gesuchten Terroristen beträgt genau 60 Prozent. In den Gruppen selbst liegt er, nach den Kenntnissen, die wir über die Zusammensetzung haben, etwas über 50 Prozent. Dagegen liegt der Anteil der Frauen, die in unserer Gesellschaft insgesamt kriminell werden, unter 20 Prozent.

Horchem

Ich will noch etwas zur Frage der Sympathisanten sagen. Es ist unbestritten, daß eine terroristische Organisation um so rücksichtsloser operieren kann, je kleiner die Klientel ist. Sie braucht ihre Aktionen dann nur einem harten Kern von Anhängern zu erklären. Vielleicht ist die rückläufige Zahl der Sympathisanten nach 1974 ein Grund dafür, daß die Militanz und die Rücksichtslosigkeit der agierenden Gruppen größer geworden ist.

Anfang der 70er Jahre gab es einen relativ großen Kreis von Sympathisanten, die bereit waren, die Taten mit den Motiven zu entschuldigen. Das ging bis weit in intellektuelle Schichten hinein. Dabei ist nicht zu verkennen, daß die terroristischen Aktivisten im Grunde genommen die Schriftsteller und Intellektuellen, die sich da erklärend und entschuldigend äußerten, verachtet haben. Sie hatten richtig erkannt, daß hier eine subjektive Attitüde hervortrat, die sich zum Schiedsrichter zwischen Gesellschaft und Terroristen aufwerfen wollte.

Die zweite Sympathisantenwelle ist der undogmatischen Linken zuzurechnen. Dabei denke ich beispielsweise an die Spontis, die sich vorwiegend an den Universitäten sammeln. Die Zahl dieser Leute, die sich verbal positiv zum Terror und negativ zum Staat äußern, wurde auf 2500 geschätzt; sie dürfte inzwischen größer geworden sein. Diese Gruppen haben auch einen eigenen Medienmarkt. Ich erinnere nur an die Zeitungen der K-Gruppen, wie "Arbeiterkampf", "Rote Fahne", die Infos der anarchistischen Zirkel oder die Asta-Zeitungen, die auch von den K-Gruppen herausgegeben werden.

Kein Zweifel, es gibt in der studentischen Jugend einen Resonanzboden für Aktivitäten der Terroristen, was diese auch zu nutzen versuchten. Als beispielsweise der Mescalero-Artikel in Göttingen erschien, haben Mitglieder des Hamburger Solidaritätskomitees sich bemüht, dort Kontakte zu knüpfen, was ihnen aber nicht gelungen ist.

Smoydzin

Insbesondere von polizeilicher Seite werden häufig andere Zahlen zur Sympathisantenszene genannt, Herr Horchern. Dabei handelt es sich um Verbindungen, die man bei einem bestimmten Personenkreis zu aktiven Terroristen festgestellt hat. Das besagt in den meisten Fällen jedoch keineswegs, daß hier bereits eine direkte Zuwendung zum Terrorismus unterstellt werden kann. Deswegen sind solche Zahlen im Hinblick auf das Terrorismusproblem nur wenig aussagefähig.

Bracher

Was die sogenannten Sympathisanten angeht, so kann niemand bestreiten, daß es erhebliche Zustimmung für den Terrorismus im Raum der Universität gibt. Herr Laqueur hat in seinem Buch "Terrorismus" ausdrücklich betont: Alle terroristischen Bewegungen sind in irgendeiner Weise Jugendbewegungen, wobei der intellektuellen Jugend ein besonderer Anteil zukommt. Das gilt auch für die Weimarer Republik. Ich bin deshalb überrascht, daß Sie diese These heute etwas eingeschränkt haben.

Laqueur

Terrorismus ist in der Tat immer eine Art Jugendbewegung gewesen; aber Jugendbewegungen sind keineswegs immer terroristisch geworden. Lombroso hat einmal geschrieben, zum Terrorismus brauche man außer einem gewissen Idealismus drei Vorbedingungen: man müsse gut sehen, gut hören und schnell laufen können. Diese Eigenschaften sind bekanntlich in den Jahren zwischen 18 und 25 eher vorhanden als zwischen 40 und 50.

Busche

An den Universitäten zeigt sich seit dem letzten Jahr ein bemerkenswerter Vorgang, nämlich die Erosion der K-Gruppen, deren Mitgliederzahl zurückgeht, ohne daß allerdings ihre Radikalität nachläßt. In den Vollversammlungen tauchen die K-Gruppen zwar immer noch mit ihren Schlägerkommandos auf, aber ihre Redner können nicht mehr den Verlauf einer Versammlung bestimmen. Ich habe mehrfach erlebt, daß Mitglieder von K-Gruppen, besonders von KPD und KBW, ausgepöfeln oder niedergeklatscht worden sind.

Diese Entwicklung ist jedoch keineswegs ein Anlaß zur Beruhigung; denn die K-Gruppen verlieren deshalb an Zulauf, weil sie für die Mehrheit der aktivierbaren Studenten nicht mehr radikal genug sind. Sie sind in den Geruch geraten, Abwiegler zu sein, eine Ordnungsfunktion wahrzunehmen, Aktionen zu verhindern. Das hat sich etwa in Heidelberg bei den großen Auseinandersetzungen um die Fahrpreiserhöhungen gezeigt. Es ist absehbar, daß die K-Gruppen ihre Massenbasis verlieren.

Was an den Universitäten die radikale Subkultur angeht, in der übrigens nicht immer Studenten den Ton angeben, so müssen wir dort eine Unterscheidung treffen. Auf der einen Seite gibt es die undogmatischen Gruppen: die Spontis, die "Stadtindianer", die Gruppe "Wir wollen alles", die "Hausbesetzer" und dergleichen mehr. Diese sind in der Lage, jederzeit eine Massenbewegung herzustellen. Auf der anderen Seite stehen die K-Gruppen wie KPD, KBW, KB, die ihre Kader durch ein Schulungsprogramm disziplinieren, einschnüren und damit unfähig machen, spontan auf die Massen einzugehen. Deshalb verlieren sie mehr und mehr an Einfluß.

Welche Rolle spielen die Terroristen in diesem Zusammenhang? Die K-Gruppen versuchen zwar, über das Thema der Haftbedingungen, über den Gang der Prozesse mit den Terroristen eine Aktionseinheit herzustellen, was ihnen aber nur noch in Einzelfällen gelingt. Dagegen gleiten aus den kleinen Gruppen der undogmatischen Linken möglicherweise Leute in die terroristische Szene ab, die keine Perspektive mehr für sich sehen, die den Weg zum Studiumabschluß nicht mehr finden oder die sich aus Mitleid mit den Leiden der Terroristen, wie sie sie verstehen, identifizieren.

Meine Prognose geht dahin, daß die K-Gruppen über kurz oder lang an Auszehrung sterben werden. Noch haben sie einen festen Kern von Anhängern; sie können von ihren Verlagen und Buchläden ganz gut leben - ihre Schriften und Zeitungen werden von der ganzen Linken gelesen. Wenn der Kundestamm eines Tages ausbleibt, werden diese Gruppen zusammenbrechen. Gerade im Hinblick auf die Verbotsdiskussion halte ich es für wichtig zu sehen, daß von den K-Gruppen, so unangenehm sie auftreten mögen, keine terroristische Gefahr ausgeht. Diese Gefahr geht vielmehr von den Spontis und den anderen Gruppen der undogmatischen Linken aus. Dorthin muß man die Aufmerksamkeit richten.

Ein Wort zur Universitätspolitik. Ich halte es für einen unmöglichen Zustand, daß die CDU und der RCDS in ihrem Kampf an den Universitäten von den anderen Parteien allein gelassen werden. Ein Hochschulminister hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß jeder politische Mandatsträger von seinem

Grundrecht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen kann. Dies ist, wenn heute ein CDU-Politiker an einer Universität reden will, nicht gewährleistet.

Ich meine, die Sozialdemokraten müßten darauf Einfluß zu nehmen versuchen, daß die Jungsozialisten an den Universitäten für klare demokratisch-rechtsstaatliche Verhältnisse eintreten. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, daß die Jungsozialisten sich irgendwo dafür eingesetzt hätten, daß der RCDS freies Rederecht hat, Politiker einladen kann und die Durchführung einer solchen Veranstaltung gewährleistet ist. Solche Verhältnisse müssen natürlich die "Stadtindianer" und die Spontis permanent ermutigen.

Die Jusos gehen an den Universitäten keine direkten Bündnisse mit den K-Gruppen oder mit Sponti-Gruppen ein. Sie koalieren stets mit den braven SHB oder MSB-Spartakus-Marxisten. Aber das ist schon der Anfang einer schiefen Ebene; denn damit werden die Übergänge fließend, und viele Studenten ziehen daraus die Konsequenz, daß sie gleich zu den K-Gruppen oder zu den Spontis gehen. Das heißt, die Jusos müssen an den Universitäten eine klare Politik machen.

Das gilt auch für die Sozialdemokraten, die an den Hochschulen nicht die Konfrontation in der Weise fortsetzen sollten, daß sie die Universitätspolitik von CDU und RCDS von vornherein als Unsinn bezeichnen. Denn bei der Auseinandersetzung an der Universität um den Terrorismus geht es nicht mehr um Einzelheiten, bei denen man Recht oder Unrecht haben könnte. Die Frage, die sich heute stellt, lautet vielmehr: Sollen die Universitäten nach dem Vorbild Südamerikas exterritoriale Räume werden, die man gelegentlich durch Polizeieinsätze überrollt, sie aber sonst im eigenen Saft schmoren läßt? Oder sollen die Universitäten, integriert in diese Gesellschaft, für die Bürger da sein?

Wenn Sozialdemokraten die Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem RCDS und der CDU auf der Basis eines demokratischen Minimalkonsenses verweigern, dann setzt sich in der universitären Subkultur das Bewußtsein fest: Die sind sich ja selbst nicht einig; wir sind die einzig konsequenten, politisch handelnden Subjekte an der Universität.

R. Dahrendorf

Für den Rektor einer normalen Universität klingt das alles abenteuerlich. Dennoch vertrete ich die These: Wie immer es an den Universitäten aussehen mag, der Gesetzgeber und die Regierung werden es nicht in Ordnung bringen. Je mehr sie eingreifen, desto schlimmer wird es werden.

Der Fehler liegt weit zurück; es begann mit der Gesetzgebungsmanie in Bund und Ländern, deren Konsequenzen die Universitäten jetzt zu tragen haben. Aber das Unheil, das da angerichtet worden ist, kann nicht dadurch korrigiert werden, daß irgend jemand, der nicht im Tagesgeschäft der Universität steht, auf dem Papier festlegen will, wie eine Universität aussehen soll.

Busche

Vom Gesetzgeber war keine Rede.

R. Dahrendorf

Nein, aber von den Regierenden, die nicht erlauben sollen, daß beispielsweise die Jusos eine bestimmte Politik an den Universitäten machen. Politik gehört in diesem Zusammenhang überhaupt nicht an die Universitäten. Entschuldigen Sie meine naive Bemerkung aus der Perspektive einer Universität, die übrigens als links gilt.

Horchem

Noch einige Worte zur internationalen Zusammenarbeit. Es gibt kein internationales Zentrum, das terroristische Aktionen steuert. Es gab und gibt punktuelle Zusammenarbeit; zum Teil haben sich versprengte oder abgefallene Gruppenmitglieder deutscher terroristischer Organisationen als Söldner den palästinensischen Terroristen zur Verfügung gestellt. Es gab auch Anschlußaktionen, die vorher nicht geplant waren, bei denen andere Terroristen-Organisationen die deutsche Situation auszunutzen versuchten, wie das zum Beispiel bei der Entführung der "Landshut" Lufthansa-Maschine der Fall war.

Middendorff

Was hat es mit diesem oft genannten Carlos auf sich?

Horchem

Nach ziemlich sicheren Informationen ist Carlos einer der Kommandoführer des Flügels der PFLP, der Wadia Hadad untersteht. Diese Gruppe umfaßt etwa 60 aktive Terroristen.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht noch eine Zahl von Interesse. Herr Kupperman hat in seiner Broschüre "Facing Tomorrow's Terrorist Incident Today" darauf hingewiesen, daß es auf der ganzen Welt etwa 50 terroristische Organisationen mit circa 3000 Aktivisten gibt. Nur vier oder fünf davon umfassen mehr als 100 Mitglieder.

Bracher

Gibt es Verbindungen zwischen den Terroristen in der Bundesrepublik auf der einen Seite und dem irischen, baskischen oder palästinensischen Terror auf der anderen Seite? Dann müßte der Kreis der Sympathisanten oder auch der Organisationen, die sich für Aktionen im weltweiten Maßstab interessieren, sehr viel größer sein, als gemeinhin angenommen wird. Ich habe jedenfalls von durchaus ernst zu nehmenden Stellen Zahlen gehört, die in die Tausende gehen.

Horchem

Es gibt Verbindungen der irischen Terroristen zu Mitgliedern der sogenannten Vierten Internationale, aber nicht zu den RAF-Leuten oder zur Bewegung 2. Juni. Andere Versuche, Verbindungen politischer Art zu knüpfen, zum Beispiel zu maoistischen Organisationen, sind gescheitert.

Was die Zukunft des Terrorismus angeht, so folgen die noch aktiven Mitglieder der Roten Armee Fraktion und die Rekruten im zweiten Glied, also die Mitglieder der Solidaritätskomitees und der antifaschistischen Gruppen, dem, was Mahler schon sehr früh gesagt hat: daß man auch kämpfen müsse ohne Aussicht auf Erfolg. Das Ziel der nächsten Aktion sei vielleicht die Motivation für ähnliche Kämpfe in anderen Ländern, um weltweit ein revolutionäres Klima zu schaffen.

Fazit: Wir werden im nächsten Jahrzehnt mit dem Terrorismus leben müssen. Er wird gewissermaßen zu unserem Alltag gehören wie, sagen wir, Verkehrsunfälle.

R. Dahrendorf

Ich schlage vor, daß wir jetzt die deutsche Terroristenszene ergänzen durch Tatsachen, wie sie sich in anderen Ländern darstellen. Darf ich zunächst Herrn Ronchey bitten, uns einiges über die Situation in Italien zu berichten.

Ronchey

Die italienische Situation hinsichtlich Terrorismus und bewaffneten revolutionären Organisationen läßt sich nicht mit der anderer industrieller Gesellschaften vergleichen. Ein Vergleich wäre allenfalls mit Südamerika möglich oder mit der Lage in Österreich vor 50 Jahren, als Karl Popper von der "Bürgerguerilla als einer endemischen Erscheinung" sprach. In Italien ereigneten sich 1975 702, 1976 1353 und 1977 2081 terroristische Anschläge.

In den sechziger Jahren war das politische Spannungsfeld durch die neofaschistische Bewegung beherrscht, während in den letzten Jahren der linke Terrorismus dominierte. Bei den 24 politischen Attentaten der vergangenen zwei Jahre wurde nur eine Person durch faschistische Terroristen getötet. Mit den 1972 gegründeten "Roten Brigaden" (Brigate Rosso), den 1974 entstandenen "Bewaffneten Proletarischen Fraktionen" (Nuclei Armati Proletari - NAP) und der nachfolgenden Verbreitung revolutionärer Sekten hat der Linksextremismus heute die Initiative übernommen.

Obwohl in Italien 155 Terroristen in Gefängnissen sitzen, weitere 88 sich vorläufig auf freiem Fuß befinden und nur 22 verdächtige Terroristen flüchtig sind, schießt jeden Tag irgend jemand auf irgend jemanden, zum Beispiel auf Richter, Polizeioffiziere, Journalisten, lokale Parteiführer, Fabrikdirektoren. Der Mord an Carlo Casalegno, dem Vizedirektor der Tageszeitung "La Stampa" in Turin, war der erste rein ideologische Mord ohne einen anderen Hintergrund.

In Italien haben wir keine ethnischen Probleme und folglich keinen Terrorismus aus dieser Richtung. Der Terrorismus in Italien hat jedoch heute eine breite soziale Basis. Dadurch unterscheidet er sich von der Situation in Deutschland, wo die RAF isoliert ist. In Rom und Bologna nahmen im letzten Jahr Tausende junger Menschen im städtischen Guerillakrieg an Straßenkämpfen teil.

Es gibt eine Reihe von politischen, ideologischen, soziologischen und ökonomischen Faktoren, die als Ursachen für die Entstehung des Terrorismus in Italien angeführt werden können.

So mußte in Italien eine ungeheure Landflucht hin zu den Großstädten verkräftet werden, die weit höher als die Industrialisierungsrate lag. Wir haben in Italien - im Gegensatz zu Deutschland - ein Lumpenproletariat, geführt von Leuten, die den Nihilisten in der russischen Gesellschaft des vorigen Jahrhunderts vergleichbar sind, wie sie von Turgenjew, Dostojewskij oder Alexander Uljanow beschrieben wurden - das aber heute inmitten einer industrialisierten Gesellschaft. Gegenwärtig haben sich um Rom herum 70 illegale Vorstädte gebildet, in die sich seit zwei/drei Jahren nicht einmal mehr die Polizei wagt. Solche Ringe gibt es auch um Turin, Mailand und andere Großstädte. Dort finden die Terroristen den Nachwuchs für ihren Kampf.

Der zweite soziologische Faktor, der in Italien ins Gewicht fällt, sind die mehr als eine Million Studenten an den Universitäten. Ihnen fehlt die fachliche und materielle Basis, und sie haben keinerlei berufliche Zukunftsaussichten. Allein in Rom gibt es 120000 Studenten. Die Universitäten sind zu einer Art "sozialer Parkräume" geworden; dort kann heute alles mögliche geschehen. Ferner haben wir 1 200000 arbeitslose Jugendliche in Italien.

Drittens ist als ökonomischer Faktor die schlechte Wirtschaftslage Italiens, der "abgebrochene Aufstieg" nach der Ölkrise, anzuführen. Durch die veränderten Terms of trade wurde die italienische Wirtschaft, die eine reine Verarbeitungswirtschaft ist, besonders empfindlich getroffen. Italien hat deshalb größere Schwierigkeiten als andere Volkswirtschaften. Hinzukommt ein explosiver Widerspruch zwischen den anhaltenden Erwartungen der Massen und den beschränkten produktiven Möglichkeiten.

Ich möchte jetzt noch auf einen anderen Punkt der italienischen Situation zu sprechen kommen. So hat die Kommunistische Partei Italiens Raum an die bewaffneten revolutionären Organisationen abgegeben, und auch die katholische Kirche hat die Kontrolle über viele Menschen eingebüßt. Das ist die Wurzel der "terroristischen Umweltverschmutzung" in Italien. Auf jeden Fall befinden wir uns international gesehen in einer eigenartigen Situation zwischen Ost und West, Nord und Süd.

Wenn wir uns etwa die Wurzeln und die Struktur der Roten Brigaden ansehen, dann finden wir zwei Elemente. Erstens die Krise des leninistischen Konzepts der Revolution aus der Sicht der kommunistischen Partei. Es hat eine Fragmentierung, eine Personalisierung des Klassenkampfes stattgefunden und dann die Entwicklung des Terrorismus. Ursprünglich war die italienische kommunistische Partei stalinistisch und leninistisch. Heute ist sie nicht mehr stalinistisch; und die kommunistischen Führer sind sich selbst über den Leninismus nicht mehr einig. Nach dem Weltkrieg wurde der revolutionäre Virus durch die autoritäre Struktur der Partei unter Kontrolle gehalten, was gegenwärtig nicht mehr der Fall ist.

Das zweite Element der terroristischen Guerilla wird durch Leute vertreten wie Renato Curcio, den Führer der Roten Brigaden, Margherita Cagol und andere. Sie waren traditionelle Katholiken aus der gegenreformatorischen Bewegung. Sie sind ein Ergebnis innerhalb des Prozesses der kulturellen Säkularisierung im Zuge der italienischen Industrialisierung, ein Resultat des Trends, in dem der absolute Wert des religiösen Glaubens in eine Sakralisierung der sozialen Fakten übertragen worden ist.

Diese beiden Elemente, die kommunistische Auflösung der leninistischen Doktrin der Revolution und der revolutionäre Katholizismus, haben sich miteinander verbunden wie zwei Säulen eines Bogens. Eine ähnliche Struktur ist zum Beispiel bei den Montoneros in Argentinien festzustellen; auch sie waren Katholiken und Kommunisten. Ich möchte betonen, daß eine enge Wechselbeziehung zwischen den politisch-ideologischen und den sozioökonomischen Faktoren besteht.

R. Dahrendorf

Da Herr O'Brien erst etwas später eintrifft, will ich einige Worte zu Nordirland sagen. Robert Krumpach hat in einem Artikel über Terrorismus in Nordirland folgende Zahlen genannt: Von 1969 bis 1977 sind nahezu 1800 Menschen ums Leben gekommen, darunter fast 500 Polizisten und Soldaten. Etwa 12000 Mordversuche wurden unternommen und über 20 000 Menschen verletzt. In der Bilanz des Schreckens sind auch noch etwa 9000 Explosionen, ungezählte Brände, weit über 20 000 Schießereien verzeichnet sowie ungefähr 70 000 zerstörte Häuser und Geschäfte. Dabei muß man im Sinn behalten, daß Nordirland ungefähr so viele Einwohner hat wie Hamburg oder München, nämlich 1,6 Millionen.

Ich erwähne diese Zahlen, weil man bei einer Diskussion über Terrorismus in der Bundesrepublik die Größenordnungen im Auge behalten muß, ohne daß ich daraus unmittelbare Schlüsse ziehen will. Sobald man nämlich anfängt zu vergleichen, ergeben sich nicht nur statistische Probleme, sondern die Schwierigkeiten gehen weit bis in den Ursachenbereich hinein.

Laqueur

Nur ein Hinweis als Ergänzung, Herr Dahrendorf. Während 1972 in Nordirland 400 Menschen durch Terroranschläge getötet wurden, waren es 1977 nur noch 100. Es sieht also so aus, als ob der Terrorismus dort rückläufig ist.

In der Türkei dagegen sind in den letzten vier Wochen 29 Menschen durch terroristische Anschläge getötet worden, also mehr als in der Bundesrepublik in acht Jahren.

Neubauer

Solche zahlenmäßigen Vergleiche erscheinen mir doch bedenklich. In Nordirland herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände, während es sich bei uns um Kriminalität handelt.

R. Dahrendorf

Das ist sicher richtig. Allerdings werden Sie in Nordirland kaum jemanden treffen, der zugeben würde, daß dort bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Jedermann würde Ihnen sagen, die Verhältnisse seien eigentlich ganz normal.

Ein Bereich, wo man in Nordirland überhaupt kein Verständnis für den Terrorismus findet, sind die beiden Universitäten. Weder an der Queens University in Belfast noch an der University of Ulster hat der Terrorismus eine Basis, woraus ersichtlich wird, daß er sozial ein ganz andersartiges Phänomen ist als der deutsche Terrorismus.

Kupperman

Wir haben in den USA keine sehr großen Erfahrungen mit dem Terrorismus. Dennoch macht sich die amerikanische Öffentlichkeit ernsthafte Sorgen über dieses Problem. In den letzten Jahren wurden insgesamt weniger als hundert Menschen durch terroristische Aktionen getötet. Das herausragendste Ereignis war der Bombenanschlag auf den Flughafen La Guardia im Jahre 1975, bei dem elf Menschen getötet und 30 verletzt wurden. Nicht ohne komische Aspekte lief die kroatische Flugzeugentführung ab; denn die Entführer wählten sich das falsche Flugzeug. Sie hatten jedoch insofern Erfolg, als ihre Forderungen erfüllt wurden, unter anderem die Veröffentlichung ihres Manifestes.

In Kalifornien sind die pazifischen Gas- und Elektrizitätsgesellschaften sowie verschiedene Banken das ständige Ziel von Bombenanschlägen. Die dabei angerichteten Schäden waren bisher aber nur geringfügig. Puertorikanische Terroristen, eine Gruppe von etwa 120 Personen in New York City, haben einige Anschläge durchgeführt. Der spektakulärste war ein Anschlag auf die Faunces Tavern, wobei man unter anderem eine höchst raffinierte Bombe verwendete, deren Wirkung durch den Einsatz von Propan gesteigert wurde.

Ein Problembereich, der gerade erst an Bedeutung gewinnt, ist die Tätigkeit von Gruppen extremer Umweltschützer, die gegen Kernkraftwerke demonstrieren, und die bis nach Kanada hinein aktiv sind. Sie veranstalteten einige Demonstrationen und machten ein paar Bombenanschläge. Aber dies alles hat noch keinen großen Umfang angenommen.

Die Verbindungen amerikanischer zu ausländischen Terroristen sind schwer durchschaubar. Wir wissen, daß Anfang der siebziger Jahre in Nordkorea, im Libanon und in Libyen einige amerikanische Terroristen ausgebildet wurden, die dann in den Untergrund gingen. Wir können jedoch keinen großen Einfluß der Palästinenser, der japanischen oder der deutschen Roten Armee Fraktion feststellen. Das bedeutet natürlich nicht, daß er gar nicht vorhanden ist. Soweit uns bekannt ist, sind die Palästinenser zweimal aktiv geworden. Ich meine einmal die Ermordung des israelischen Militärattachés vor einigen Jahren. Das andere war ein Mordanschlag in New York City, der dadurch eine etwas bizarre Note gewann, daß die New Yorker Polizei den Wagen, in dem der Sprengstoff verborgen war, vorher wegen Falschparkens abschleppte.

Wie wirkt sich der Terrorismus auf die amerikanische Öffentlichkeit aus? Häufig werden terroristische Aktivitäten und Flugzeugentführungen durch geistesgestörte Individuen in einen Topf geworfen. Es besteht also keine sehr große Klarheit über das Problem. Dennoch sind die Ergebnisse einer Umfrage, die die Harris Poll National Survey Organisation vor kurzem durchgeführt hat, von Interesse. Es wurden drei Fragen gestellt.

Erstens: Für wie ernst halten die Amerikaner den Terrorismus als ein Weltproblem? 90 Prozent der Befragten meinten, es sei sehr ernst; neun Prozent hielten es für mäßig ernst und ein Prozent für nicht ernst.

Zweitens: Wie ernst ist der Terrorismus als ein nationales Problem in den USA? 60 Prozent sagten sehr ernst und über 30 Prozent mäßig ernst.

Hier wirkte sich offensichtlich aus, daß sich in Amerika bisher nicht viel ereignet hat.

Die dritte Frage war vielleicht die interessanteste: Würden Sie die Bildung einer Polizeitruppe befürworten, die nationale Grenzen überschreiten darf, Terroranschläge untersucht, Terroristen festnimmt und sie tötet? Die amerikanische Öffentlichkeit bejahte diesen Vorschlag mit 55 zu 29 Prozent.

Ich halte dieses Ergebnis für höchst bedeutsam und überraschend in einem Land, das eine so lange Geschichte als liberale Demokratie mit einer fairen Rechtssprechung hat. Hier kann man nur von einer Oberreaktion der Öffentlichkeit sprechen; denn objektiv hat sich bisher ja nicht sehr viel ereignet.

Fetscher

Beim Terrorismus handelt es sich um ein äußerst komplexes Phänomen, bei dem es schon schwierig ist, überhaupt die Frage zu beantworten, was auf diesem Gebiet eigentlich Tatsachen sind. Sicher nicht nur die Zahlen, über die wir bisher gesprochen haben. Dazu gehört zum Beispiel auch, wie viele Zeilen über terroristische Taten in den Zeitungen erscheinen oder wieviel Zeit dafür in den Fernseh- und Radio-Nachrichtensendungen eingeräumt wird. Das ist es, was aus elf Toten ein Phänomen macht, das auf den Status der Gesellschaft einwirkt.

R. Dahrendorf

Das ist sicher richtig, Herr Fetscher. Deshalb sollten wir jetzt auf die größeren Wirkungszusammenhänge eingehen, die den Terrorismus erst zu jener Bedrohung machen, um derentwillen wir hier zusammensitzen.

Vogel

In der Tat gehört zur Feststellung der Fakten insbesondere die Beschreibung jenes Wirkungspotentials des Terrorismus, das weit über das hinausgeht, was sonstige Verbrecherorganisationen in der Gesellschaft an Wirkungen auszulösen in der Lage sind.

Ich sehe das in folgenden Tatsachen. Erstens: Den Terroristen in der Bundesrepublik ist es gelungen, die Aufmerksamkeit, das Bewußtsein und die Gefühle der Bevölkerung in einem ungewöhnlich hohen Ausmaß in Anspruch zu nehmen. Das betraf nicht nur die Zeit während der Schleyer-Entführung. Es geht weit über das hinaus, was selbst schwerste Verbrechen, etwa die Braunschweiger Morde, bewirkt haben. Meinungsumfragen zeigen, daß über 70 Prozent der Bevölkerung den Terrorismus für das wichtigste Problem halten, das die Gesellschaft zu lösen hat.

Zweitens: Die staatlichen Organe, und zwar nicht allein die Sicherheitskräfte, werden durch den Terrorismus nicht nur rein zeitlich, sondern auch was die Intensität angeht, weit mehr in Anspruch genommen, als das bei der allgemeinen Kriminalität der Fall ist. Im vergangenen Jahr waren die gesamte Bundesregierung, Spitzenpolitiker der Landesregierungen, der Deutsche Bundestag, insbesondere der Rechtsausschuß, über Monate hin engagiert, und zwar in einer Weise, daß dadurch dringende Gesetzgebungsvorhaben zeitlich beeinträchtigt worden sind.

Drittens: Der Terrorismus hat ohne Zweifel das Außenbild der Bundesrepublik erheblich beeinflusst. Nichts hat in letzter Zeit im Ausland die Spekulationen über den Zustand der Bundesrepublik, ihre positiven und negativen Aspekte, so sehr angeregt wie der Terrorismus und seine Bekämpfung. Dies gilt auch für die befreundeten Staaten. Die negativen Einwirkungen auf das Auslandsbild werden von den Terroristen ganz bewußt und planmäßig angestrebt.

Viertens: Die durch den Terrorismus ausgelösten Diskussionen verstärken den Polarisierungsprozeß, dem wir uns in den politischen Parteien und in den gesellschaftlichen Gruppen gegenübersehen. Die Konfliktfelder werden von den Terroristen ganz bewußt anvisiert mit dem Ziel, irreparable Brüche innerhalb unserer demokratischen Strukturen herbeizuführen. Das heißt, die Terroristen verfolgen das Ziel, unseren Staat in solche Veränderungen hineinzutreiben, die ihren Behauptungen und Darstellungen vom Zustand dieser Gesellschaft den Anschein von Wahrheit verleihen.

Fünftens: Der Terrorismus hat Diskussionen bis hinein in die Ethik, die Theologie, das Staatsrecht und die Staatsphilosophie ausgelöst. Ich denke etwa an den Begriff einer Theologie der Befreiung; an die ethische Frage, inwieweit solche Taten oder die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung gerechtfertigt sind oder nicht. Es gibt staatsrechtliche Debatten darüber, ob es sich bei den Terroristen um Kombattanten

handelt, ob dies Krieg sei, wieweit hier Notwehrrechte ausgeübt werden und so weiter - alles Fragen, die man mit Kriminalität sonst nie in Zusammenhang bringt.

Sechstens: Es ist eine Besonderheit der terroristischen Anschläge, daß sie in bestimmten Bereichen unserer Gesellschaft deutlich erkennbar und zum Teil auch eindeutig mit Zustimmung aufgenommen worden sind. Es ist jedenfalls für diese Republik ein Novum, daß die Ermordung von Menschen unter bestimmten Gesichtspunkten als durchaus notwendig angesehen wird. Allenfalls hält man sich aufgrund von Nützlichkeitsabwägungen noch zurück.

Siebtens: Es gehört auch zum Wirkungspotential des Terrorismus, daß sich der Zweck des Verbrechens nicht in persönlicher Bereicherung, der Tötung eines Nebenbuhlers oder anderen individuellen Absichten erschöpft. Vielmehr weist das erklärte Ziel dieser Kriminalität weit über das Verbrechen selbst hinaus. Es will die Erschütterung, ja die Zerstörung unserer gesellschaftlichen Ordnung, damit etwas anderes an deren Stelle treten kann.

Für den, der die Wertordnung des Grundgesetzes vor Augen hat, ist wohl das Einschneidendste, daß hier Verbrechen begangen werden, bei denen der einzelne Mensch - ich denke besonders an den Fall Schleyer - seiner Menschenwürde absolut beraubt wird. Er wird zum Ding, zur Sache, die beliebig austauschbar ist. Er wird nur nach Zweckmäßigkeit Gesichtspunkten ausgesucht und über Wochen hin bis zu seiner Ermordung lediglich als Waffe benutzt, um Ziele zu erreichen, die mit seiner Person gar nichts zu tun haben.

Eines möchte ich unterstreichen: Die Leute, die solche Verbrechen begehen, verfolgen ihre Ziele in der intelligentesten Weise mit ausgezeichneter Kenntnis der politischen Details und der handelnden Personen in unserem Lande.

R. Dahrendorf

Für die Erklärung des Terrorismus muß man sich, wie Herr Vogel sagt, mit dem Wirkungspotential beschäftigen. Ich möchte die einzelnen Punkte für unsere weitere Diskussion noch einmal kurz resümieren:

1. Die Terroristen erregen die Aufmerksamkeit der Bevölkerung in ungewöhnlichem Maße.
2. Sie nehmen die staatlichen Organe außerordentlich stark in Anspruch.
3. Es gibt einen erheblichen, und zwar negativen Einfluß auf das Außenbild der Bundesrepublik.
4. Der Terrorismus wirkt auf die inneren Konfliktfelder unseres Landes ein.
5. Er löst Diskussionen aus, die weit über das unmittelbar Politische hinausgehen, bis hinein in Staatsphilosophie, Staatsrecht, Ethik und Theologie.
6. Es ist ein ungewöhnlicher Sachverhalt, daß solche Verbrechen zumindest von bestimmten Gruppen mit Zustimmung aufgenommen werden.
7. Der Zweck des Verbrechens geht über das Verbrechen selbst weit hinaus und reicht ins Politische hinein. Die Menschen, die davon betroffen sind, werden als Instrumente für die Erreichung bestimmter Ziele angesehen.

Middendorff

Was die Beanspruchung der Sicherheitsorgane betrifft, so habe ich die Sorge, daß die normale Bekämpfung der Allgemeinkriminalität bereits beeinträchtigt ist. Ich habe vor kurzem gelesen, daß schon ein Zehntel der gesamten Polizei der Bundesrepublik für Personen- und Objektschutz eingesetzt ist. Sehr häufig mache ich die Erfahrung, daß ich Polizeibeamte, die Angehörige des Verkehrsunfallkommandos waren, als Zeugen nur sehr schwer erreichen kann, weil sie auf Monate außerhalb von Freiburg zum Personen- und Objektschutz eingesetzt sind.

Smoydzin

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß nahezu sämtliche Schriften der deutschen Terroristen auf dem Handbuch des Stadtguerilla von Carlos Marighella fußen, der als einer der Anführer der südamerikanischen Tupamaros 1969 im Kampf mit der Polizei umgekommen ist. Die deutschen Terroristen haben bis 1973 eine Theorie-Diskussion geführt, in der sie ihre Taten politisch zu motivieren und ideologisch zu untermauern suchten. Eine solche Diskussion findet heute nur noch in Randgruppen statt, die aber zur Zeit noch scharf von den aktiven Terroristen abgegrenzt werden müssen.

Fetscher

Terrorismus ist offenbar - um eine biologische Analogie zu gebrauchen - ein Krankheitssymptom. Bei einer Krankheit geht es erstens um die Infektion und zweitens um die Resistenzfähigkeit des Körpers. Um im Bild zu bleiben: Man kann versuchen, eine Infektion zu vermeiden, also durch Verbot von Theorien eine Gesellschaft in einen gleichsam sterilen Raum versetzen. Das erscheint mir in mehrfacher Hinsicht als problematisch. Die andere Möglichkeit, einer Krankheit zu begegnen, besteht darin, die Widerstandsfähigkeit des Körpers zu stärken.

Offenbar gibt es zwei Bereiche, in denen unsere Gesellschaft nicht sehr widerstandsfähig ist. Das ist einmal die intellektuelle Jugend, für die Theorien, die zu diskutieren durchaus sinnvoll sein kann, sozusagen zu Drogen werden, mit denen man sich von der Realität abkapselt. Statt die Dinge zu interpretieren wie sie sind, baut man sich eine illusionäre Wirklichkeit auf, in der man dann auch wirken möchte. Zweitens zeigt sich die schwache Resistenzfähigkeit der Gesellschaft darin, daß es der Bevölkerung, auch den Parteien und den politischen Führungskräften, gegenüber dem Terrorismus an demokratischer Selbstsicherheit fehlt. Sie lassen sich in einer Weise herausfordern, die der tatsächlichen Gefährdung in keiner Weise entspricht.

So frage ich mich beispielsweise, ob es wirklich notwendig war, daß während der Schleyer-Entführung über Wochen hin jeden Tag die obersten politischen Verantwortlichen unter Vorsitz des Bundeskanzlers im Krisenstab zusammenkamen. Hätte man da nicht Befugnisse weit stärker delegieren können? War es wirklich nötig, jeden Tag auf allerhöchster Ebene Beratungen abzuhalten, nachdem man einmal eine klare Grundsatzentscheidung getroffen hatte?

Diese mangelnde Gelassenheit auf der einen Seite und die Anfälligkeit für Theorien, die zur Droge werden, auf der anderen Seite, beides hat, so meine ich, die gleiche Ursache: Wir haben in der Bundesrepublik zwar einen Staat und eine Verfassung, aber es fehlt uns ein Staatsbewußtsein und die Fähigkeit zur Identifikation mit diesem Staatsgebilde. Wir haben diesen Staat als Provisorium gewollt, und jetzt ist er ein Definitivum geworden. Da er theoretisch immer noch ein Provisorium ist, fällt es uns schwer, eine emotionale Bindung zu erreichen.

Offenbar gibt es aber ein allgemeines Bedürfnis nach emotionaler Identifikation. Das gilt auch für die Terroristen, die sich eine andere Gemeinschaft als die bundesdeutsche, nämlich die imaginäre Gemeinschaft der Revolutionäre aller Erdteile suchen, von der sie glauben, daß sie immer auf der guten Seite steht. Viele Bundesbürger wiederum identifizieren sich mit einem in Selbsttäuschung übertrieben idealisierten Bild der deutschen Wohlstandsgesellschaft. Wenn dieses Bild durch Metaphern wie "Konsumterror" und Hinweise auf die Notlage von Randgruppen gestört wird, dann fühlen sie sich außerordentlich verunsichert. Der Franzose dagegen, ob rechts oder links, identifiziert sich in erster Linie mit Frankreich und ist deshalb gegen solche Verunsicherungen weit weniger anfällig.

Becker

Der Terrorismus ist nicht nur bedingt dadurch, daß bestimmte, vor allem universitäre Gruppen gewisse Vorstellungen über den Staat und seine Handlungen entwickeln, sondern er hat auch zu tun mit der Enttäuschung über die Linke und das, was sie in ihrem Kampf gegen diesen Staat alles nicht erreicht hat. Es ist die Verzweiflung über die Entwicklung seit 1968, die mit ungeheuren Erwartungen begonnen hatte, ein Horizont, in dem viele Angehörige der ersten Terroristengeneration noch gestanden hatten. Dieser Erwartungshorizont ist offensichtlich zerbrochen.

Nun hat Carl-Friedrich von Weizsäcker vor kurzem gesagt, der Terrorismus sei zwar eine wirkliche Gefahr, aber er sei letztlich nur ein verzerrtes Randphänomen der eigentlichen Krise. Das heißt, die Auseinandersetzungen um die Universität, die Justiz, den Kapitalismus und anderes mehr sind zwar sehr ernst zu nehmen, sie haben aber nicht eigentlich etwas mit Terrorismus zu tun. Daß der Staat dieser Diskussion häufig auf negative Weise neue Nahrung gibt, darf man dabei ebenfalls nicht übersehen.

Ich halte es deshalb für problematisch, wenn man die kritische Diskussion über unsere Gesellschaft oder unser Wirtschaftssystem mit dem Terrorismus identifiziert, nur weil dieser gelegentlich das gleiche Vokabular verwendet. Deshalb unterscheidet von Weizsäcker auch zu Recht zwischen dem Protestpotential in der intellektuellen Jugend einerseits und der besonderen Situation des Terrorismus in der Bundesrepublik andererseits. Ich füge hinzu, daß die angebliche Sympathie an der Universität mit dem Terror nach meinem Eindruck äußerst diffus ist. Die Identifizierung mit terroristischen Handlungen würde ich als sehr gering ansehen.

Altmann

Meine erste Feststellung betrifft das überraschende Wiederauftauchen von Gewalt in der inneren Politik und die Sympathie nicht unbeträchtlicher Gruppen für die Anwendung von Gewalt in der Demokratie. Der Terrorismus ist sicher eine Zuspitzung, aber daß Gewaltanwendung, angefangen von Gewalt gegen Sachen, Zustimmung auch bei solchen gefunden hat, die keine Terroristen sind, halte ich für ein wichtiges Phänomen.

Was den Terrorismus der Gegenwart von früheren terroristischen Gewaltakten, etwa im vorigen Jahrhundert, unterscheidet ist, daß ein Teil der Öffentlichkeit mit großer Intensität über die Argumente der Terroristen diskutiert, nicht weil sie für deren Methoden eintritt, wohl aber für ihre Motivation ein verdächtiges Interesse zeigt.

Die Terroristen stammen fast alle aus den bürgerlichen Schichten unserer Gesellschaft und sie handeln nicht aus einem sozialen Konflikt heraus, wie wir ihn aus dem 19. Jahrhundert kennen. Ihr Ziel ist die Auslösung eines Bürgerkriegs in der demokratischen Gesellschaft gewissermaßen als Ersatz für Revolution. Insofern sind die terroristischen Anschläge nicht mit Attentaten gegen den Zaren oder die Kaiserin von Österreich im vorigen Jahrhundert gleichzusetzen.

Ich meine, daß die terroristischen Aktionen die Demokratie in der Bundesrepublik bereits in einem zentralen Nerv getroffen haben. Deshalb müssen wir auch die Parteien und Gruppen in unsere Analyse miteinbeziehen. Die Sozialdemokratie ist, wie die ganze Linke, in ihrer Reaktion auf den Terrorismus gespalten. Es gibt Gruppen, die anerkennen, daß es hier Personen wagen, die Verhältnisse zu ändern. Die Mehrheit der SPD dagegen sind Noskes, die voller Erbitterung sehen, wie durch diese Aktionen die Demokratie, die sie mitgestaltet haben, zerstört wird. Andere Gruppen versuchen, den Terrorismus als Vorwand zu benutzen, um eine Restauration zu rechtfertigen.

Wir erleben es in der Bundesrepublik jedenfalls zum ersten Mal, daß kleine aktivistische Minderheiten gegen die große Mehrheit kämpfen. Die Mehrheit der Parteipolitiker und der Bürger sind sich einig in der Ablehnung der terroristischen Aktivitäten. Die kleinen Minderheiten sind aber in der Lage, im Blick des Auslandes, aber auch im Blick der intellektuellen öffentlichen Meinung bei uns, die Mehrheit als undemokratisch erscheinen zu lassen, weil sie die Minderheiten angeblich unterdrückt. Dieses ist ein Symptom für die große Schwäche, in die die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik geraten ist.

Bracher

Herr Dahrendorf sagte zu Anfang, es gehe nicht nur um Tatsachen, sondern auch um das Verstehen. Und Herr Vogel hat jetzt versucht, das Problem in einem etwas weiteren Zusammenhang zu sehen und jene Daten einzuführen, die erforderlich sind, um zu verstehen, warum ein zahlenmäßig relativ kleines Phänomen unter den Umständen unserer Telekratie oder Massenkommunikationsdemokratie ein solches Ausmaß gewinnen konnte.

Für die Diskussion ist es wichtig, daß man nicht nur die Faktoren beachtet, die im Bereich der personalen und gruppenmäßigen Voraussetzungen zu suchen sind. Hier kommen soziologische und vor allem auch psychologische Erklärungen zum Zuge, die ja in reicher Auswahl schon vorliegen; die Soziologen neigen dazu, das Phänomen unter dem Gesichtspunkt abweichenden Verhaltens in den Griff zu bekommen. Demgegenüber ist es in der Tat sehr viel schwieriger, die andere wichtige Seite der Sache, nämlich die politische und die ideologische in ihrer Bedeutung exakt auszumessen.

Ich bin der Meinung, daß die Diskussion in der Bundesrepublik in Gefahr ist, die politisch-ideologische Seite des Terrorismus zu unterschätzen. Wenn es hier heißt, daß in den terroristischen Kreisen keine Theoriediskussion mehr stattfindet, dann frage ich mich, ob das nicht vielleicht daran liegt, daß in diesen Gruppen inzwischen ein bestimmter Konsensus vorhanden ist, das heißt ein Arsenal von Argumenten, die nicht mehr so kontrovers diskutiert werden wie am Anfang der Entwicklung. Ende der 60er Jahre waren ja die Vorstellungen von der notwendigen Veränderung der Gesellschaft noch sehr unterschiedlich. Ich erinnere nur an die Diskussionen im SDS und in anderen Gruppen.

Wenn man das Phänomen Terrorismus verstehen will, muß man zunächst vom Selbstverständnis der Betroffenen ausgehen; das heißt, man sollte sich davor hüten, die Unsinnigkeit der Aktionen und Argumente nur vom rationalen Standpunkt aus anzuprangern und daher nicht ernst zu nehmen. Damit würde man das Problem bagatellisieren, wie es in der Weimarer Republik mit den scheinbar so unsinnigen rassistischen Argumenten des Nationalsozialismus geschehen ist. Damals war es üblich, "Mein Kampf" nicht ernst zu nehmen, unter die Rubrik "abweichendes Verhalten" einzuordnen und auf diese Weise zu bagatellisieren. Die totalitäre Komponente und Stoßrichtung wird verkannt.

Heute besteht erneut die Tendenz, den Terrorismus im Zeichen der Psychohistorie, die gegenwärtig zum Beispiel die amerikanische Hitlerforschung beherrscht, weitgehend auf individuelle Faktoren zurückzuführen. Dabei ist zu bedenken, daß alle großen ideologischen Bewegungen natürlich auch auf individual-psychologische Tatbestände reduziert werden können - von Marx über Lenin, Hitler, Mussolini, Robespierre und so weiter. Das reicht aber zur Erklärung der geschichtlichen Phänomene sicher nicht aus.

Allen diesen terroristischen Gruppen ist die antikapitalistische, die antiimperialistische und die totalitäre Argumentationsweise eigen: Konsumgesellschaft, Antifaschismus, Vietnam, Dritte Welt und anderes mehr. Es geht ihnen bei allen Aktivitäten um die Verunsicherung von Gesellschaft und Staat, was, wie Herr Vogel zu Recht betonte, nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch von Bedeutung ist.

Daß der Terrorismus heute im wesentlichen mit linken oder linkstotalitären Ideologien operiert, ist in gewisser Weise, da folge ich Herrn Laqueur, auswechselbar. In der Weimarer Republik haben wir beispielsweise klassische Formen des rechtsradikalen Terrors erlebt. Diese Auswechselbarkeit darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ideologie jeweils eine wichtige Rolle spielt. Die Geschehnisse in der Weimarer Republik sind doch nur zu verstehen, wenn wir die damaligen ideologischen Positionen auch wirklich ernst nehmen. Das gilt ebenso für die Ideologie der heutigen Terroristen. Wir dürfen es uns nicht so leicht machen und einfach sagen, eine Theoriediskussion finde bei denen nicht mehr statt.

Leicht

Wir haben lange Zeit erhebliche Anstrengungen unternommen, den politischen Charakter des Terrorismus zu verdrängen, indem wir behaupteten, dies seien ganz gewöhnliche Kriminelle. Über die politischen Implikationen wollte man nicht diskutieren, weil man offenbar der Meinung war, wir könnten besser damit fertig werden, wenn wir erklärten, das seien eben Mörder.

Hinzu kommt, daß wir offenbar fürchteten, unsere Selbstgerechtigkeit könne leiden, wenn wir anfangen, dieses Thema politisch zu diskutieren und plötzlich feststellen müssen, daß unsere Gesellschaft gar nicht so perfekt ist, wie wir immer behauptet haben. Da ist es schon besser, es auf der Ebene der Kriminalität zu belassen. Diesen Standpunkt können wir jetzt nicht mehr aufrechterhalten.

Nach dem, was Herr Vogel dargelegt hat, wird deutlich, daß wir auf zwei Ebenen diskutieren müssen. Einmal auf der Ebene der Ideologie, zum anderen auf der Ebene der Zweckrationalität. Auf der Ebene der Ideologie stellen wir fest, daß die Terroristen weder eine zutreffende Analyse der gesellschaftlichen Realität geben, noch eine sinnvolle Prognose, wohin sich die Gesellschaft entwickeln könnte, anbieten. Das heißt nicht, Herr Bracher, die Ideologie in ihrer Effizienz verharmlosen zu wollen.

Herr Vogel weist aber auf anderer Seite darauf hin, daß wir es keineswegs mit weltfremden Illusionären zu tun haben. Sie sind vielmehr sehr präzise Kenner der Wirkungsmechanismen unserer Gesellschaft. Das heißt, auf der Ebene der Taten haben wir es mit außerordentlich zweckrationalen Verhaltensweisen zu tun.

Mein Eindruck ist, daß wir die Ideologie zwar nicht unterschätzen dürfen, aber auf dieser Ebene nichts bewirken können. Da sind wir für jene Gruppen sozusagen nicht satisfaktionsfähig. Deshalb müssen wir versuchen, die auf der Ebene der Zweckrationalität geschickt eingeleiteten Aktionen einerseits durch Prävention zu unterlaufen. Auf der anderen Seite käme es darauf an, daß wir uns auf das zweckrationale Spiel gar nicht einlassen und die beabsichtigte publizistische Wirkung und die Vergiftung der politischen Atmosphäre verhindern. Wir dürfen uns von den Terroristen nicht in die Falle locken lassen. Das setzt allerdings voraus, daß man nüchtern bleibt und sich nicht terrorisieren läßt.

Wassermann

Der Versuch, das Problem des Terrorismus auf die Ebene bloßer Kriminalität hinabzudrücken, war in der Tat eine Art Selbstschutz der Gesellschaft, die eine grundlegende Debatte über ihren Zustand vermeiden wollte. Das war kurzsichtig, und deshalb braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in ihrer Wirkung verpuffen.

Wir müssen die Dinge, wie Herr Bracher sagt, von der ideologisch-politischen Seite her betrachten und vom Selbstverständnis der Terroristen ausgehen. Was die Situation an den Universitäten in den 60er Jahren anging, so wollte eine ganze Reihe der heutigen Gewalttäter ihre Ziele zunächst auf

durchaus zulässige Weise durchsetzen. Dann kam es zur Militarisierung der Bewegung. Nach wie vor werden aber politische Ziele verfolgt.

Nun könnte man sich fragen: Warum müssen wir uns überhaupt mit dieser Strategie auseinandersetzen, die doch nur von ganz wenigen Leuten vertreten wird, während die große Mehrheit in der Gesellschaft sich ablehnend verhält? Ich bin jedoch der Meinung, daß die Universität im gewissen Sinne sensibler ist für Probleme, die die ganze Gesellschaft betreffen. Auf der Universität werden die Köpfe revolutioniert. Ein Beispiel dafür ist das Stichwort der strukturellen Gewalt, wodurch der Gewaltbegriff außerordentlich ausgeweitet wurde, ohne daß die Öffentlichkeit davon Notiz genommen hat.

Hinzu kommt, daß in manchen Kreisen unserer Gesellschaft den Terroristen ein moralischer Anspruch zugebilligt wird, obwohl sie menschenverachtend handeln, während diejenigen, die auf die menschenverachtenden Praktiken vorbeugend oder abwehrend reagieren, es schwer haben, überhaupt noch moralische Maßstäbe glaubhaft zu machen. Wer das kapitalistische System radikal bekämpft, hat offenbar die Moral von vornherein auf seiner Seite.

Mich erschreckt weiterhin die Tatsache, daß die liberale Demokratie in weiten Bereichen unserer Universitäten auf eine totale Ablehnung stößt, die mehr und mehr an Weimarer Verhältnisse erinnert. Man kann hier bereits von einem Legitimitätsverlust sprechen. Wer für die liberale Demokratie eintritt, setzt sich in vielen Universitätsdiskussionen der Gefahr aus, nicht mehr ernstgenommen zu werden. Ich gebe zu, daß auch ich diese Entwicklung zunächst unterschätzt habe.

Ich meine, mit den vielfältigen Argumenten dieser Gegner unserer liberalen Demokratie müssen wir uns in Zukunft sehr viel stärker auseinandersetzen. Leider weicht man dieser ideologischen Auseinandersetzung aus und nimmt immer wieder Zuflucht zu administrativen, politisch-technischen und auf Kriminalitätsbekämpfung zielenden Strategien - ganz so, als ob es sich um Kriminalität "normalen" Zuschnitts handelt.

Busche

Wie steht es um die Theorie-Diskussion unter den Terroristen? Die erste Generation brauchte eine Theorie, weil sie bei ihrer Kritik gefragt wurde: Was wollt ihr denn, euch tut doch keiner etwas? Heute kann man auf Theorie weitgehend verzichten; denn es ist eine direkte Motivation vorhanden. Jeder kann sagen: Der und der ist erschossen worden; die Kameraden und Genossen werden gefoltert. So werden beispielsweise die Kommandos nach erschossenen Genossen benannt. Das heißt, es wird gewissermaßen als Begründung angeführt: Wir handeln deshalb so, weil der Staat Krieg gegen uns führt, um von seinen inneren Widersprüchen abzulenken.

Es ist also nicht so, daß sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutieren. Wenn man etwa im "Pflasterstein", im "Informationsdienst", in "Autonomie", in "Revolutionärer Zorn" die Auseinandersetzungen über den Brief von Klein oder über den Mescalero-Artikel nachliest, dann wird dort nicht mehr ideologisch argumentiert, sondern nur noch mit Hinweisen auf die Wirkung von Gewalttaten, die Rache für tote Genossen und dergleichen mehr.

Diese Motivation bringt auch an den Universitäten eine ganz neue Art von Sympathisanten hervor - bis hin zu Mescalero. Dabei handelt es sich um große Gruppen von etwa 500 bis 1000 Studenten an einer Universität, die darüber nachdenken, was in Stammheim geschehen ist. Bei einer solchen Zahl entschließen sich natürlich leicht zehn oder zwanzig zu weitergehenden Schritten. Das feed back durch staatliche Repressionsmaßnahmen hat also die Theoriediskussion ersetzt. Der Staat sorgt gewissermaßen selbst dafür, daß die Terroristen Zulauf erhalten. Ich enthalte mich ausdrücklich jeder Wertung.

Binder

Sieht man die Terroraktionen in der Bundesrepublik unter dem ideologischen Aspekt, dann gab es nur eine in diesem Sinne begründete Aktion, nämlich den Anschlag auf das Heidelberger US-Hauptquartier. Alle anderen Taten waren nur gerichtet entweder auf die Selbsterhaltung der Gruppe, auf Rache für Festnahmen oder für Strafverfolgungsmaßnahmen oder auf die Befreiung von inhaftierten Gruppenmitgliedern.

Rüegg

Soziologisch betrachtet gehören Terroristen geschlossenen, verschworenen Vereinigungen an, verschworen in dem fanatischen Willen, eine bestehende legale - in Demokratien auch legitime - Ordnung zu verändern. Dabei gibt es auf der einen Seite Gruppen, die konkrete partikulare Ziele

verfolgen, wie sie zum Beispiel in der Autonomiebewegung Nordirlands oder des Nordjuras in der Schweiz deutlich werden. Auf der anderen Seite stehen Bewegungen, denen es um die Erreichung globaler Ziele geht, nämlich um die Konstruktion einer neuen Gesellschaft, wie sie in den utopischen Gesellschaftsmodellen zum Ausdruck kommt.

Da die Methoden der Veränderung gewaltsam sind, sich also gegen die anerkannte Ordnung richten, ist das Bedürfnis der Terroristengruppen nach Selbstrechtfertigung sehr groß. Wir wissen aus der Soziologie, daß in derartigen Kollektivitäten Symbolen eine starke Bedeutung zukommt. Dazu gehören nichtverbale und sprachliche, insbesondere auch historische Symbole. Im Unterschied zu anderen Ländern fehlt es in Deutschland an historischen Symbolen. Deshalb orientieren sich die deutschen terroristischen Gruppen an Symbolfiguren wie Che Guevara oder jetzt an den sogenannten Märtyrern, von denen schon die Rede war. Dabei gibt es Märtyrer nur innerhalb eines bestimmten Glaubenssystems; insofern besteht hier ebenfalls eine ideologische Fundierung.

Für das geistige Umfeld des Terrorismus ist außerdem von großer Bedeutung, daß es heute nicht mehr nur um den Marsch durch die Institutionen geht, sondern auch um den Marsch durch die Wörter, was vielleicht noch gefährlicher ist. Im Gegensatz zum Marsch durch die Institutionen, die erst erobert werden müssen, damit man agieren kann, liegt dem Terrorismus bereits die Konstruktion eines bestimmten Bedeutungsfeldes zugrunde. Zur ideologischen Rechtfertigung werden also die sprachlich formulierten Normen umfunktioniert. Für die utopischen Modelle sind die ideologischen Rechtfertigungen und der Sprachgebrauch deshalb besonders wichtig, weil es ihnen an einer konkreten Vorstellung der neuen Ordnung fehlt. Karl Mannheim definiert das Utopische gerade als Zerstörung der bestehenden Ordnung im Hinblick auf eine unbestimmte bessere Zukunft.

Wenn die Terroristen in Nordirland oder im Nordjura die Engländer als Unterdrücker beziehungsweise die Berner als Okkupationstruppen bezeichnen, ist das etwas ganz anderes, als wenn deutsche Terroristen die Bundesregierung faschistisch nennen. Bereits vor 1970 wurden SPD-Minister an den Wänden der Universität Frankfurt Mörder genannt. Damals haben wir das als verbale Drohungen bagatellisiert, zumal es schwierig war, die Täter ausfindig zu machen. Ich erinnere auch an die Verherrlichung von Brandstiftungen, die sogar vor Gericht als poetische Versuche bezeichnet wurden, bis dann einige Wochen später tatsächlich ein Warenhaus in Brand "geriet". Wir haben seinerzeit jedenfalls das Selbstverständnis dieser Gruppe nicht ernst genug genommen.

Dabei hätten wir ausgehen können von der soziologischen Erkenntnis, daß die Interpretation der Wirklichkeit für die Menschen ihre Wirklichkeit ist. Dies gilt besonders bei jenen Radikalen, die in ihrem Handeln keinen unmittelbaren Bezug zur Realität haben, nämlich den Intellektuellen. Insofern gibt es auch keinen Gegensatz zwischen Ideologie und Zweckrationalität. Wenn bestimmte Gruppen der Meinung sind, dieser Staat sei faschistisch, dann glauben sie aus dieser Interpretation der Wirklichkeit ein Recht auf Widerstand abzuleiten. Innerhalb dieser Ideologie ist es dann durchaus zweckrational, die Repräsentanten des Systems und ihre Hilfskräfte, wie zum Beispiel die Polizisten, die man von vornherein als Werkzeuge oder als Tiere (Bullen) abwertet, umzubringen.

Binder

In bestimmten historischen Situationen besteht mitunter die fatale Tendenz, daß Begriffe verfälscht werden und es schwierig wird zu erkennen, was Recht und was Unrecht, was Wahrheit und was Lüge ist. Ich denke beispielsweise an das Gedicht über den ermordeten Generalbundesanwalt Buback, in dem es heißt: "Dieses Stück Fleisch / glaubte Recht zu tun / und tat Unrecht." Hier wird der Begriff des Rechts umgedreht und die Sprache zum Erfüllungsgehilfen einer inhumanen Absicht. Wenn die Sprache zu einem Instrument potentieller Gewalt wird, wenn die Wirklichkeit sophistisch unkenntlich gemacht wird und wenn die Wahrheit keinen Realitätsbezug mehr hat, dann hat das Wirkungen, die in die Ursachendebatte mit einbezogen werden müssen.

Busche

Was sind das eigentlich für Leute, die Terroristen werden, oder die den Mescalero-Brief verteilen und abdrucken? Man muß sich ihre Argumente einmal anhören. Ernst Jünger hat in seinem letzten Buch über diese Menschen zutreffend von Mitleid ohne Güte und von Güte ohne Mitleid gesprochen. Wenn sie die Gegenwart beurteilen, benutzen sie Argumente der Güte, stellen aber einen so totalen Anspruch, daß sie die Gesellschaft mitleidlos verurteilen. Sie gebrauchen auch Argumente des Mitleids, die aber jede Möglichkeit eines Handelns in Güte ausschließen.

Die direkte ideologische Auseinandersetzung mit diesen Leuten halte ich deshalb nicht für sinnvoll, weil sie sich dabei nur in ihren Aggressivitäten steigern. Wenn man ihnen sagt: "Deine Analyse stimmt

nicht, und hier hast du deinen Lenin falsch verstanden, oder hier hättest du Mao besser lesen sollen", dann werden die Leute aggressiv und nicht etwa nachdenklich.

Wie sind die "Mescalero-Sympathisanten" zu sehen und diejenigen, die aus diesem Kreis zu den Terroristen stoßen? Da trifft man eine ganz kindliche Erwartungshaltung gegenüber diesem Staat, seinen Gesetzen und seiner Polizei an. Diese Studenten gehen an den Staat heran wie ein Kind in eine fremde Wohnung, das fragt: "Was ist hier erlaubt, und was darf der Erziehungsberechtigte mir tun?" Das checken sie mit jener äußersten Sensibilität aus, wie sie Kindern in solchen Fällen eigen ist. Wenn sie dann zum Beispiel feststellen, daß der Staat ihnen ein Recht verwehrt, das ihnen zusteht - schließlich haben sie ja eine ganze Reihe von Jahren Gemeinschaftskundeunterricht bekommen;- , neigen sie zum Durchdrehen.

Eine solche Haltung schlägt sich in Folter- und Sympathisantenkomitees nieder. Und wir dürfen uns nichts vormachen: Dieser Kreis ist stark im Anwachsen. So soll etwa eine Einrichtung wie das Russell-Tribunal den Eindruck hervorrufen, daß der Staat sich nicht an seine Gesetze hält. In der Bundesrepublik streiten wir uns seit der Schleyer-Entführung darüber, ob die Polizei, wenn sie einen Verdacht hat, nur eine Wohnung durchsuchen darf oder das ganze Haus oder sogar den ganzen Häuserblock. Das wird in der Sympathisantenszene als Zeichen für den Zerfall des Rechtsstaats angesehen und kommentiert. Wenn dagegen die französische Polizei in Paris ganze Stadtviertel durchsucht, regt sich kein Mensch darüber auf. Das wird dann auch nicht unter dem Gesichtspunkt der Rechtsstaatlichkeit diskutiert.

Ein Wort zur Sensibilisierung des Rechtes durch diejenigen, die nicht direkt zu den Terroristen zählen, die aber im weitesten Sinne in die Szene gehören. Das sind im universitären Bereich Leute, die an einer Demonstration teilnehmen, ein Flugblatt gegen Haftbedingungen unterschreiben und anderes mehr. Diese werden auch von anderen Studenten noch als Gesprächspartner akzeptiert. Über sie läuft ein großer Teil der Kommunikation.

Dabei unterscheide ich zwei Gruppen. Die erste Gruppe glaubt an die schlichte Lüge; für sie ist Isolation Folter; sie glauben, daß die BM-Leute umgebracht worden seien, daß ein BKA-Kommando die Stockholmer Botschaft gesprengt habe. Solche Behauptungen werden sofort aufgestellt, weil man auf diese Weise Zweifel säen kann und eine Diskussion darüber in Gang bringt.

Die zweite Gruppe zeichnet sich durch Unkenntnis der bestehenden Gesetze aus. Ein Beispiel: Wenn morgens um vier Uhr Polizeibeamte ihre Wohnung durchsuchen wollen, aber keinen Hausdurchsuchungsbefehl haben, pochen diese Leute auf ihre sogenannten Rechte; das sei verboten, heißt es dann. Es besteht Unkenntnis, daß die Polizei auch ohne einen Hausdurchsuchungsbefehl durchsuchen darf, wenn Gefahr im Verzuge ist. In der Szene heißt es dagegen: Hier werden Rechte gebrochen; da zeige sich der faschistische Staat.

Etwas anderes ist es natürlich schon, wenn die Polizei nach irgendeinem Brandanschlag jede Wohnung, in der sie irgendwann einmal eine verdächtige Person nach einer gewalttätigen Demonstration oder aus sonst einem Anlaß festgenommen hat, genau zwischen 12 Uhr nachts und 6 Uhr morgens durchsucht. Jedesmal hat man den Tiefschlaf abgewartet und stets wurde mit Totalverdacht begründet, so daß kein Hausdurchsuchungsbefehl! nötig war. Bei solchen Vorfällen fragt man sich, ob hier nicht planmäßig die Möglichkeit, ohne Hausdurchsuchungsbefehl sofort zu durchsuchen, ausgenutzt und damit überzogen wurde; fast möchte man sagen, nach Vorbild der Terroristenanwälte.

Eine Rechnung der Terroristen ist allerdings schon aufgegangen, daß nämlich eine Kritik am Verhalten des Staates, beispielsweise in den Gerichtsprozessen, nicht mehr uneingeschränkt möglich ist, weil man sich als Journalist im konkreten Einzelfall fragen muß, ob man mit einer Veröffentlichung nicht objektiv der Propaganda der Terroristen beziehungsweise der Sympathisanten gegen den Staat dient. Es gibt Handlungsweisen von Polizei und Justiz, die uns immer wieder in die Situation bringen, daß wir den Mund halten müssen und damit gewissermaßen zu Komplizen werden, oder daß wir etwas kritisieren und damit objektiv der Polizei schaden, die doch nur ihre Pflicht tut, und das für uns alle. Die staatlichen Stellen müßten überlegen, wie sie uns aus dieser unangenehmen Lage heraushelfen.

Horchem

Die Ideologie des Terrorismus, wie sie sich in den Schriften von Mahler und Meinhof niederschlug, ist eine Abart des Marxismus-Leninismus, angereichert mit Thesen des Aktionismus von Mao Tse-tung. Diese Ideologie, so unrealistisch, ja unsinnig sie sein mag, ist für jene Gruppen ein Vehikel. Junge Menschen greifen nach dem, was en vogue ist. Rechts war nichts vorhanden, das sich umsetzen

ließe. Hinzu kam die Renaissance des Marxismus, die Ende der 60er Jahre über ganz Westeuropa hinwegging. Heute ist es für einen Terroristen leichter, in die Aktion zu gehen, weil es schon Märtyrer in ihrem Sinne gibt. Die Aktion selber ist bereits Ideologie.

Die Tatsachen werden aber auch durch Selbsttäuschung verfälscht. Trotz der von der Bundesregierung und von der Justiz offengelegten Situation in den Haftanstalten, hat die sogenannte Folterkampagne Erfolg gehabt - auch im Ausland. Trotz der Bilder, die in der Presse veröffentlicht wurden, und der Schilderungen über die Haftsituation, glauben die Mitglieder der RAF und auch diejenigen, die ihnen sympathisch gegenüberstehen, daß in den Zellen gefoltert wird, daß Isolation wirklich Isolation bedeutet und so weiter. Nach dem Angriff auf die Deutsche Botschaft in Stockholm ist von der RAF und von der Bewegung 2. Juni erklärt worden, das Mobile Einsatzkommando der Hamburger Polizei habe die Botschaft in die Luft gesprengt. Das wird heute noch geglaubt.

Die aus der Ideologie abgeleitete strategische und taktische Konzeption der Terroristen geht in zwei Richtungen. Einmal zielt sie auf die Reflexionsebene der studentischen Jugend ab, und dies offenbar mit Erfolg, begünstigt durch die hohe Publicity ihrer Aktionen. Zweitens zielt diese Taktik auf das Verhalten des Staates im Hinblick auf all die Probleme, die in der staatlichen Überreaktion liegen.

Der Staat ist immer in der Gefahr, Überreaktionen zu zeigen, und zwar sowohl bei der nachrichtendienstlichen Aufklärung als auch bei der Fahndung und bei der strafprozessualen Abwicklung. Ich denke etwa an die Überprofilierung von Fahndungsmaßnahmen, wenn ganze Wohnblocks durchsucht werden. Das sollte man stets auch unter dem Aspekt sehen: Lohnt der mögliche Erfolg das politische Risiko, das in einer solchen Großaktion liegt? Trotz aller Gefahren der Überreaktion meine ich, daß von staatlicher Seite bisher mit einer verhältnismäßigen Gelassenheit reagiert wurde. Das wird wohl auch in Zukunft nicht anders sein.

Conradi

Ich sehe diese Gefahr doch als ernster an, Herr Horchern, und frage mich, ob es nicht eine Wechselbeziehung gibt zwischen der Intensität des Terrors - zumindest dem Anwachsen der "Sympathisantenszene" - auf der einen Seite und der Überreaktion des Staatsapparates auf der anderen.

Es wird bei uns meist übersehen, daß die Kritik schon kriminalisiert wurde - da war sogar die Rede von "Tieren";-, bevor aus der Kritik Kriminalität wurde. Das fing mit Benno Ohnesorg an und damit, daß man in Berlin den Demonstranten die Kirchen öffnen mußte, um sie vor dem Staatsapparat zu schützen. Überreaktionen des Staatsapparates gab es nicht nur in Berlin. Ich weise auf die Haftbedingungen hin, die Gerichtsverfahren - Fälle wie Frau Hammerschmidt - und schließlich auf die mir völlig unverständliche Reaktion auf den Mescalero-Artikel. In den USA hat man auf den Terror gelassen reagiert; ich denke an den Prozeß gegen Angela Davis. Möglicherweise ist das einer der Gründe dafür, daß es in den USA heute keinen nennenswerten Terrorismus gibt.

Auf der anderen Seite: Welche Wechselbeziehungen bestehen im politischen Bereich zwischen terroristischen Anschlägen und politischen Gruppen, denen der Terrorismus als Vehikel für eigene autoritäre Bestrebungen gelegen kam? Legt nicht auch da das amerikanische Beispiel die These nahe, daß Terrorismus sich schwerer tut, wenn solche politischen Kräfte nicht vorhanden sind? Barry Goldwater hatte keinen Erfolg, und selbst die nicht sehr fortschrittliche Nixon-Administration hat das Terroristenargument im Wahlkampf nicht entfernt so verwendet, wie es bei uns benutzt wird.

Laqueur

Ich sehe in der Tat die Gefahr einer Überschätzung des Terrorismus. Sie liegt nicht nur in einer Wechselbeziehung zwischen Terror und Überreaktion des Staates, Herr Conradi, sondern auch in einer Überreaktion der Gesellschaft. Um es überspitzt auszudrücken: In der Zeit eines Krieges wird eine Regierung oder ein Oberbefehlshaber keine Minute zögern, ganze Armeen zu opfern. In Friedenszeiten sitzen die Regierung und die Gesellschaft gebannt vor dem Bildschirm, weil das Leben eines einzelnen auf dem Spiel steht.

Es besteht die Gefahr, daß Diskussionen über Terror zu einer Verunsicherung in der Bundesrepublik führen, wengleich diese Gefahr sicher etwas übertrieben wird. Natürlich schätzt man in Deutschland aus historischen Gründen die Einwirkungen auf das Ausland sehr hoch ein. Über England mögen zwanzig Artikel in "Le Monde" erscheinen, ohne daß man in England darauf reagiert, während in der Bundesrepublik in entsprechenden Fällen wochen- und monatelang darüber diskutiert wird.

Auf der anderen Seite sollte man aber die Anfälligkeit der Bundesrepublik nicht überschätzen. Sicher gibt es an den Universitäten starke antidemokratische Bewegungen, aber die müssen nicht unbedingt

in terroristische Fahrwasser münden. Zudem: Wenn man sich etwa den Faschismus ansieht, so stellt man fest, daß die starken faschistischen Bewegungen keinen individuellen Terror begangen haben, sondern eher offene Straßenschlachten austrugen, während die schwachen Bewegungen, beispielsweise in Rumänien, individuellen Terror benutzten.

Aber lassen Sie mich noch eines betonen: Der Terrorismus hat zu jeder Zeit eine Resonanz hervorgerufen, die in keinem Verhältnis zu der Zahl der Beteiligten stand. In den Jahren 1880-1895 wurden in Europa zahllose Anschläge auf Kaiser Wilhelm und Bismarck verübt, wurden ein französischer Präsident, ein italienischer König, die Kaiserin von Österreich und viele andere umgebracht. In jenen Jahren konnte man aus Leitartikeln, etwa in Frankreich, den Eindruck gewinnen, das Jüngste Gericht, das Ende der Welt sei nahe. Aber diese Periode ging vorüber, der Terrorismus fand ein Ende und wurde vergessen.

Man kann mir entgegenhalten, daß sich 1880-1895 nicht unbedingt wiederholen wird. Man wird sagen, die Gesellschaft sei heute verwundbarer geworden, und die Machtmittel, die vielleicht in fünf oder zehn Jahren in den Händen der Terroristen sind, würden unvergleichlich größer sein als die damaligen und auch heutigen. Möglicherweise drohen von daher in der Zukunft Gefahren, die wir heute noch nicht kennen. Dennoch sollten wir die Anfälligkeit unserer Gesellschaften nicht überschätzen und uns vor Überreaktionen hüten.

Neubauer

Sie sagen, Herr Laqueur, wir würden die Gefahr des Terrorismus überschätzen. Ich meine, schon das, was Herr Vogel ausgeführt hat, widerlegt, daß wir den Terrorismus in seinen Wirkungen überhaupt überschätzen können.

Zudem dürfen wir den Terrorismus nicht isoliert, sondern müssen ihn im Zusammenhang mit einer Reihe anderer Erscheinungen in unserem Lande und in der Welt sehen. Ich erwähne erstens den Expansionsdrang des totalitären Kommunismus, zweitens die großen Ressentiments eines Teils der Dritten Welt gegenüber den Industrieländern und drittens die Zermübnungsarbeit bestimmter politischer Gruppen bei uns. Wir sind einem Zangenangriff ausgesetzt zwischen dem Terrorismus auf der einen und einer ideologischen Propaganda auf der anderen Seite. Dabei sollten wir nicht verkennen, daß für diese Propaganda die Garantien und Freiheiten des demokratischen Rechtsstaates systematisch in Anspruch genommen werden.

Eine der wichtigsten Wurzeln des Terrorismus ist zweifellos eine abgrundtiefe Verachtung des bestehenden politischen Systems. Diese Verachtung ist noch dadurch gesteigert worden, daß viele politische Repräsentanten in den letzten Jahren auf die Herausforderungen an den Staat falsch gehandelt haben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ich habe es für falsch gehalten, wenn diejenigen, die bei einer Veranstaltung des Bundespräsidenten eine Störaktion unternahmen, eingeladen worden sind, an der Veranstaltung teilzunehmen. Das heißt, viele politische Repräsentanten haben es an Widerspruch und auch an Widerstand fehlen lassen. Die Folge war nicht die Beschwichtigung des Aggressors, sondern eine weitere Steigerung seiner Verachtung. Angesichts so vieler Legitimitätskonzessionen sollte man nicht von Überreaktion, sondern ruhig einmal von Unterreaktion sprechen.

Laqueur

Als ich von Überreaktion sprach, Herr Neubauer, meinte ich damit keineswegs, daß man selbstzufrieden annehmen sollte, wenn man nichts tut, werde alles in Ordnung kommen. Wenn man nichts tut, wird die Legitimität der Regierung, der Demokratie in Frage gestellt. Wenn man aber zuviel tut, erliegt man der Provokationsstrategie der Terroristen und richtet viel Unheil an; man schießt gewissermaßen mit Kanonen auf Spatzen.

Ich möchte aber eines betonen: Terrorismus ist nicht vorhersagbar. Es ist durchaus möglich, daß er im nächsten Jahr in der Bundesrepublik zu einem Ende kommt und daß er in Amerika ansteigt.

R. Dahrendorf

Wenn wir die Situation in Nordirland und in der Bundesrepublik miteinander vergleichen, könnte man vielleicht so sagen: In Nordirland hat fast jeder Mensch irgendwann einmal direkte Berührung mit Terrorakten gehabt, aber man könnte im Sinne von Herrn Vogel feststellen, daß das Wirkungspotential überraschend gering ist. Natürlich sprechen die Leute immerfort von den "troubles". Aber es steigen die Preise der Häuser, und die Industrie befindet sich in Nordirland in einem besseren

Zustand als in England. Auch sonst ist das Land in allen seinen privaten und öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zügen keineswegs vom Phänomen des Terrorismus beherrscht.

Umgekehrt scheint es in der Bundesrepublik zu sein. Der Terrorismus ist keineswegs 60, 70 oder 80 Prozent der Bundesbürger schon einmal direkt begegnet, sondern nur indirekt. Aber das Wirkungspotential ist hoch. Wie erklärt sich das eigentlich? Irgendwie muß es da doch eine Anfälligkeit geben, Herr Laqueur.

Schreiber

Herr Conradi sprach von Überreaktion des Staatsapparates, und in der gleichen Richtung sagte Herr Leicht, man sollte sich nicht locken lassen und operational nicht reagieren. Nun, was das Operationale angeht, da kenne ich mich ein bißchen aus.

Lassen Sie mich eines ganz deutlich sagen: Herr Conradi, Herr Leicht und ich, wir haben keine Begriffsgemeinschaft. Was Herr Conradi Überreaktion nennt, halte ich für die normale Reaktion einer Gemeinschaft auf eine Gesetzesverletzung. Der Staat muß reagieren und seine Normen durchsetzen. Natürlich muß er auch prüfen, ob die Normen noch adäquat und zeitgerecht sind. Wer dies durcheinanderbringt, wer also die normale, vom Gesetzgeber vorgesehene Reaktion des Staates schon zur Überreaktion erklärt, hat mit mir keine Sprachgemeinschaft.

Es geht ja nicht an, daß der Staat zuerst Regelverletzungen hinnimmt und erst dann reagiert. In praxi heißt das: Haut dem Herrn Conradi bei einer Diskussion Eier auf den Kopf und dann erklärt ihm, daß das noch als politische Meinungsäußerung zu gelten habe. Ich meine, der Staat muß umgekehrt verfahren und verhindern, daß dem Herrn Conradi Eier an den Kopf geworfen werden.

Es ist interessant, daß Herr Conradi und ich noch immer der gleichen politischen Partei angehören; denn offenkundig fehlt uns ein Minimalkonsens. Ich räume der Polizei nicht ein, daß sie vermeintlich unaktuelles Recht durch Nichtreaktion aktualisiert. Der Staat in der rechtsstaatlichen Demokratie meines Verständnisses hat in diesen Bereichen zu reagieren. Wenn das Parlament glaubt, daß diese Reaktion nicht mehr zeitgemäß ist, hat es Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich halte es aber für schlecht, wenn die vom Gesetzgeber angeordnete staatliche Reaktion als

Conradi

Ich weise den Versuch zurück, Herr Schreiber, das Problem auf den Gesetzgeber abzuschieben. Sie sagen, die Sicherheitsorgane des Staates würden nur das tun, was der Gesetzgeber ihnen vorschreibe. Ich erinnere an den Ausspruch in der Berliner Polizei: "Die Wurst abschnüren und dann in die Mitte reinstechen". Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß das mit allen Folgen vom Gesetzgeber gewollt oder vorgeschrieben gewesen sei. Sie werden doch nicht sagen wollen, es gäbe keinen Ermessensspielraum. Ich habe den Fall Katharina Hammerschmidt erwähnt, der mit dem, was er in der Sympathisantenszene an Emotionen ausgelöst hat, mit Sicherheit nicht vom Gesetzgeber vorgeschrieben war. Hier sind Ober- und Fehlreaktionen festzustellen.

Meine Frage an Herrn Laqueur war, ob eine überharte Reaktion des Staates dem Terrorismus nicht zusätzliche Sympathie und moralische Legitimation schafft. Dann wird, wie Herr Busche sagte, Theorie unnötig.

Schreiber

Wenn ich Sie richtig verstehe, dann meinen Sie jetzt nicht Überreaktion des Staatsapparates, sondern den rechtlichen Begriff der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

Conradi

Ja, ich spreche von der Unverhältnismäßigkeit der verwendeten Mittel.

Schreiber

Das zähle ich allerdings nicht zu den Ursachen des Terrorismus, sondern das ist eine juristische Variante des Strafvollzugs.

Wassermann

Ich bin der Meinung, die Gefahr der Überreaktion besteht auch bei der Gesetzgebung, Herr Schreiber. Das halte ich für wichtiger als Übergriffe der Polizei, die sich immer ereignen können.

Vogel

Herr Conradi hat als ein Beispiel für Überreaktion auch den sogenannten Mescalero-Nachruf erwähnt.

Conradi

Ich meine, die Reaktion auf den Artikel, zum Beispiel, daß Professoren unter Druck Treueerklärungen unterschreiben mußten.

Vogel

Da fühle ich mich angesprochen, weil ich als der dafür Zuständige wegen der Verunglimpfungen und Beleidigungen der Bundesanwälte und des ermordeten Generalbundesanwalts Strafantrag gestellt habe, und zwar wegen der sogenannten Dokumentation "Buback - ein Nachruf". Außer dem Mescalero-Artikel, über dessen strafrechtliche Relevanz man lange reden kann, findet sich dort auch ein Auszug aus den Schriften von Rosa Luxemburg. Sie teilt in der zitierten Schrift ihre große Freude und die Erleichterung darüber mit, daß der Moskauer Polizeigouverneur Romanow im Jahre 1905 endlich wie ein tollwütiger Hund auf dem Pflaster der Moskauer Hauptstraße krepitiert sei. Die Gleichsetzung der Ermordung des Generalbundesanwaltes mit der Ermordung eines zaristischen Polizeigouverneurs war für mich der entscheidende Punkt, weshalb ich Strafanträge gegen die Professoren gestellt habe, die dieses Machwerk herausgegeben haben.

Holmqvist

Ich komme aus Schweden, einem Land, das sich einerseits des Privilegs einer nur sehr begrenzten Erfahrung mit dem Terrorismus erfreut und welches andererseits für sein tief verwurzelt und in mancher Weise ungewöhnlich erfolgreiches demokratisches System bekannt ist. Ich meine, zwischen beiden Phänomenen besteht eine Verbindung. Allerdings bin ich skeptisch gegenüber allen verallgemeinernden Theorien, zu denen Beobachtungen solcher Art führen können. Es ist immer leicht zu verallgemeinern, wobei man nur allzu schnell der Gefahr verfällt, sich der Internationale der terribles simplificateurs anzuschließen. Das gilt vor allem für Generalisierungen, die auf nationale Begründungen abheben. In diesem Sinne spreche ich also nicht für Schweden, sondern nur für mich selbst, möglicherweise auch für eine liberale Meinung, wie sie heute in den meisten Ländern des Westens vertreten ist.

Ich bin darüber hinaus strikt gegen alle nationalen Verallgemeinerungen, die sich auf den Begriff eines "Nationalcharakters" gründen. Es gibt keinen schwedischen oder englischen Nationalcharakter, selbst wenn philosophierende alte Herren wie Carlyle, Ruskin und andere uns von der Existenz solcher Phantome zu überzeugen versucht haben. Es gibt auch, ganz gleich was ein Maurice Barrès oder ein Charles Maurras mit Nachdruck behauptet haben mögen, keinen "esprit français", oder eine "alma espanola", selbst wenn General Franco gesagt haben sollte, er habe das brüchige parlamentarische System in seinem Lande deshalb zerstört, weil er die spanische Seele gegen den kommunistischen Terror schützen wollte.

Natürlich gibt es auch nicht so etwas wie "eine deutsche Seele" oder "ein deutsches Wesen". Dieses Phänomen war eine Erfindung der romantischen Bewegung, die seltsame Entwicklungen durchmachte, bis sie ihre endgültige Korruption in den Händen einer ganz anderen Bewegung erfuhr, jener, die wir Nationalsozialismus nennen. Dies ist natürlich nicht der Ort, die oft erzählte traurige Geschichte der deutschen "Innerlichkeit" zu wiederholen, aber ich halte es für wichtig, dies nicht zu vergessen.

Ich spreche hier auch als Vertreter jener vielen Europäer, die in den letzten Monaten scharf, vielleicht zu hart auf das reagiert haben, was man als die deutsche Überreaktion auf den Terrorismus bezeichnet hat. Dabei denke ich jetzt nicht an eine rein polizeiliche Überreaktion, die Herr Conradi angesprochen hat, sondern an eine Art geistiger und ideologischer Überreaktion. Hier kann man die Frage stellen, ob nicht die Terroristen selbst teilweise Opfer einer pervertierten deutschen Innerlichkeit sind, jener idealistischen Strömung, deren Bezeichnung sich so schwer, wenn überhaupt, in andere Sprachen übersetzen läßt, ein Begriff jedoch, der eine Schlüsselrolle spielt. Vielleicht waren auch viele von jenen Deutschen, die gegenüber den sogenannten Sympathisanten Überreaktionen gezeigt haben, ebenfalls Opfer der gleichen Tradition, einer Tradition, der ein demokratisch-politisches Verfahren und eine demokratisch-politische Diskussion fremd sind.

Ich möchte noch einige Bemerkungen über die geistige Panik, die ideologische Überreaktion in diesem Land anschließen. Ich bin davon überzeugt, daß diese Art der Überreaktion auf den Terrorismus ihrerseits ein Phänomen darstellt, das ebenso schwierig zu bewältigen ist wie der

Terrorismus selbst. Vor allem bewirkt eine solche Überreaktion ja nicht, den Terrorismus irgendwo zu verhüten. Im Gegenteil, in Deutschland dürfte sie eher dazu führen, die terroristische Mentalität in der Jugend geradezu zu fördern, einer Jugend, die sich sonst von kriminellen Vorgehensweisen nicht verlocken ließ. Natürlich ist eine solche Aussage schwer zu beweisen.

Lassen Sie mich provokativ sagen: Sicherlich hätten nicht so viele junge Menschen, die meisten vermutlich Studenten, am Begräbnis der Selbstmörder von Stammheim teilgenommen, wenn es nicht zu einem solchen Ausbruch des Antiintellektualismus in führenden deutschen Zeitungen und in deutschen politischen Kreisen in den Wochen nach der Entführung von Herrn Schleyer gekommen wäre. Es wäre auch nicht so schwer gewesen, die öffentliche Meinung im Ausland davon zu überzeugen, daß die drei Terroristen tatsächlich Selbstmord begangen haben, begünstigt durch eine unglaubliche "Schlamperei" der Verwaltung, daß sie nicht kaltblütig getötet wurden, so wie sie selbst zu töten bereit waren.

Im übrigen hat die öffentliche Meinung in Schweden darauf vernünftiger reagiert als zum Beispiel in Italien oder in Frankreich. Günter Grass wurde fast aus dem Saal geworfen, als er eine Zuhörerschaft in Mailand davon überzeugen wollte, daß die Bundesrepublik Deutschland kein faschistischer Staat sei; ganz zu schweigen von all dem, was in den letzten Monaten in der französischen Presse, selbst in Zeitungen von hohem Niveau über Deutschland geschrieben worden ist.

In Schweden hat es keine vergleichbare Reaktion gegeben; die These vom Selbstmord ist in fast allen Kreisen anerkannt worden. Aber es besteht ein starkes Gefühl der Sorge bei uns, und nun benutze ich den Plural "uns" ohne Zögern. Ja, wir sind tief besorgt wegen der intellektuellen Verfolgung von Menschen wie Heinrich Böll, Luise Rinser und Erich Fried. Wir finden es geradezu schrecklich, wenn ein Mann wie der Bremer CDU-Fraktionschef Bernd Neumann über die Arbeiten von Erich Fried, einem der wenigen wichtigen politischen Dichter in Deutschland nach Bertolt Brecht, sagen kann, und nun zitiere ich wörtlich: "Derartige Werke sollten verbrannt werden". In einem Land mit einer starken demokratischen Tradition müßte ein Mann wie Herr Neumann nach einer solchen Aussage moralisch tot sein. Er sollte als ein viel gefährlicherer Förderer des Terrorismus angesehen werden als alle seine intellektuellen Gegner.

Dies ist der Grund, warum das Problem der intellektuellen Unverantwortlichkeit auf der politischen Ebene eine so wichtige Rolle für den Terrorismus selbst spielt. Es tut mir leid, es aussprechen zu müssen: Dies erscheint mir ein besonders deutscher Aspekt des Problems zu sein. Es hat, wie Sie wissen, viel mehr Terrorismus in Italien und in Großbritannien gegeben als in Deutschland. Und dennoch ereignete sich dort kein vergleichbarer Ausbruch von antiintellektueller Hysterie oder von Verfolgungswahn.

Heinrich Heine, der große deutsche Dichter, der auch unter einigen Mißverständnissen in seinem Heimatland zu leiden hatte, schrieb einmal: "Wo Bücher brennen, da brennen bald auch Menschen". Wir alle wissen, was sich nach den deutschen Bücherverbrennungen von 1933 ereignet hat, und wir sollten es nie vergessen.

Bitte verstehen Sie mich richtig: Ich versuche hier nicht, wie so viele ausländische Kommentatoren in ihren Artikeln über Deutschland, eine Cassandra-Rolle zu spielen. Im Gegenteil, ich habe Heine zitiert, um eine Schlußfolgerung zu untermauern, daß die Gefahren der antiintellektuellen Reaktion heute nicht überschätzt werden sollten.

Es bestehen gegenwärtig in Deutschland bessere Mechanismen demokratischer Selbstverteidigung auf geistig-intellektueller Ebene als damals. Auch die soziale Organisation und die wirtschaftliche Lage müßten erst noch sehr viel schlechter werden, als es im Augenblick vorhersehbar ist, wenn es zu Gefahren führen sollte.

Trotzdem möchte ich daran erinnern, daß Männer wie der Nobelpreisträger Böll für gefährlicher angesehen werden konnten als die Baaders oder Meinhofs, wie dies von der Illustrierten "Quick" vor einigen Jahren tatsächlich gesagt wurde, eine Formel, die in verschiedenster Form auch in anderen Medien wiederholt wurde. Die Folge ist, daß man alte Damen in einem Kölner Café sagen hören kann, wenn sie Böll das Haus betreten sehen: "Diesem Kommunisten und Terroristen sollte man keinen Kaffee und vor allem keinen Kuchen geben." Das wird das Gelächter des Auslands hervorrufen, wie der große Wiener Satiriker Karl Kraus dies in "Die letzten Tage der Menschheit" ausgesprochen hat.

Deutschland scheint ja immer eigenartig überempfindlich auf das Gelächter des Auslands reagiert zu haben, schon zu Kaisers Zeiten. Die Frage des Selbstschutzes dagegen, sich in den Augen der Welt lächerlich zu machen oder auch als furchtbar zu erscheinen, ist ein deutsches Problem und nicht ein Problem des Terrorismus. Ich könnte die Dinge auf sich beruhen lassen, wenn nicht bestimmte

autoritative Äußerungen von intellektueller Ahnungslosigkeit zur Entfremdung in einem Teil, ich meine dem besten Teil der jungen Generation in Deutschland geführt hätten.

Welches sind eigentlich die Kräfte, die Zehntausende junger Menschen in das Gefühl treiben, verloren und aufgegeben zu sein? Ein kleiner Teil gerät aus diesem Gefühl der Verzweiflung in den Abgrund des Terrors oder in jene Schattensphäre, wo Terroristen Hilfe geleistet wird bei ihren Anschlägen gegen die Gesellschaft oder gegen einzelne Personen. Es gibt keine einfache Antwort auf diese Frage. Es sind hier zu viele Faktoren im Spiel.

Ich möchte erneut provozieren. Der Einfluß des Marxismus, was immer dieser Komplex von Ideen und Doktrinen heute bedeuten mag, dürfte sich als das geringere Übel herausstellen. Wichtiger ist das Gefühl der Entfremdung, das von einer älteren Generation verursacht wurde, die versagt hat bei der notwendigen Aufgabe, der Jugend etwas über Adolf Hitler beizubringen. Sie kennen die gänzlich verworrenen Antworten, die deutsche Kinder heute in der Schule zu diesem Thema geben. Die ältere Generation aber spricht - zum Beispiel über Erich Fried - nur zu oft in Begriffen, wie sie Dr. Goebbels benutzte, wenn er seinerzeit etwa über Tucholsky herzog.

In seinem in der "ZEIT" vom 20. Januar 1978 erschienenen Artikel über "Die Generation der Ausgeschlossenen" schreibt Wolf-Dieter Narr: "Die Gesellschaft weiß mit dem Verhalten der Jugendlichen nichts anzufangen." Narr zeigt, was wir tun müssen, um zu verhindern, daß sich die Gesellschaft in eine Schule für Terroristen verwandelt. In der gleichen Ausgabe der "ZEIT" wird unter dem Titel "Bayerischer Index" ausgeführt, daß Texte unter anderem von Wolf Biermann und Günter Wallraff in Zukunft nicht mehr in bayerischen Schulbüchern erscheinen dürfen. Genau diese Reaktionen sollten absolut vermieden werden. Solche Texte sollten im Gegenteil gedruckt und in den Klassenzimmern diskutiert werden, was ja besonders in einem Land ungefährlich sein müßte, in dem starke Sicherheitsmaßnahmen dafür sorgen, daß kommunistische Lehrer ihre Ketzereien nicht an unschuldige Minderjährige weitergeben können.

Der deutsche Rechtsstaat sollte sich heute stark genug fühlen, die Werke von Dissidenten zu tolerieren, und sei es nur durch "repressive Toleranz", wie Herbert Marcuse das einmal mehrdeutig genannt hat. Eine solche Toleranz ist in Demokratien wie den USA, Frankreich und Schweden absolut selbstverständlich, ja sogar in Demokratien, die sich, wie Italien, im Belagerungszustand befinden. So antwortete mir ein italienischer Freund vor einigen Jahren auf meine Frage, was seiner Meinung nach das wichtigste Mittel gegen den Terrorismus sei: "Vor allem eines: Ruhe." Damit wollte er sagen, daß wir die Dinge etwas leichternehmen und nicht eine schlimme Sache durch hysterische Überreaktion noch schlimmermachen sollten.

Wir müssen heute lernen, "mit dem Terrorismus zu leben", wie der Titel eines Buches des englischen Politikwissenschaftlers Richard Clutterbuck lautet. Wir müssen den Terrorismus mit allen verfügbaren Mitteln bekämpfen, dabei aber die geistigen und intellektuellen Waffen sehr sorgfältig wählen, um keine unnötige und gefährliche Polarisierung in der Gesellschaft und zwischen den Generationen zu verursachen.

Ein letztes Beispiel: Man sollte nicht immer so voller Empörung auf den Mescalero-Artikel mit seinen einführenden Worten der "klammheimlichen Freude" verweisen. Der Grundgedanke des Artikels richtet sich doch gerade gegen den Terrorismus, gegen Entführungen, gegen politische Morde. Dieser Artikel hat vielleicht mehr zu einer möglichen Sinnesänderung weg vom Terrorismus in vielen Studentenkreisen beigetragen als so manche Ermahnung von oben. Ich behaupte, der Mescalero-Artikel hätte geradezu als Waffe gegen den Terrorismus benutzt werden können und nicht, wie dies völlig ungerechtfertigt geschah, als ein hervorstechendes Beispiel terroristischer Mentalität und Geisteshaltung hingestellt werden dürfen. Ein solches Vorgehen wäre auch viel würdevoller und vor allem demokratischer gewesen. Darauf kommt es doch gerade an; schließlich sind Terroristen die Todefeinde der Demokratie.

Der Tübinger Wissenschaftler und Schriftsteller Walter Jens hat vor kurzem in seinem Beitrag zur Anthologie "Briefe zur Verteidigung der Republik" die richtige Formel gewählt. Er sagte: "Isoliert die Desperados durch mehr Demokratie." Solange diese Formel eine Chance hat und solange ein Mann wie Walter Jens nicht als sogenannter Sympathisant diffamiert wird, würde ich weder die Vitalität der deutschen Demokratie in Zweifel ziehen noch ihre Möglichkeiten, sich gegen die Geißel des Terrorismus erfolgreich zu wehren.

Neubauer

Wenn Sie Heine zitieren, Herr Holmqvist: "Wo Bücher brennen, brennen auch bald Menschen", dann muß man dazu feststellen, daß bisher wohl keine Menschen gebrannt haben, daß aber Menschen

erschossen worden sind, und zwar nicht von den Kritikern der Terroristen, sondern von den Terroristen selbst. Natürlich billige ich nicht die Worte des Herrn Neumann. Auf der anderen Seite hat es 1974 aber auch einen Beschluß des Juso-Bundeskongresses gegeben, wo von Isolationsfolter an politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland die Rede war.

Vogel

Ich verstehe Ihr Engagement, Herr Holmqvist, und werte auch die Direktheit Ihrer Äußerungen positiv. Lassen Sie mich mit der gleichen Offenheit antworten.

Sie haben dankenswerterweise das Gebiet der Gesetzgebung und des Vollzugs der bestehenden Normen aus Ihrer Betrachtung ausgeklammert. Ein Vergleich zwischen unseren Rechtsordnungen würde zum Beispiel zeigen, daß das schwedische Ausweisungsgesetz von einer Rigidität ist, die in Europa ihresgleichen sucht. So wäre es unter den gesetzlichen Bestimmungen dieser Bundesrepublik unmöglich, einen Sterbenden ohne Gewährung einer richterlichen Nachprüfung innerhalb weniger Stunden des Landes zu verweisen. Ich kritisiere das nicht; ich stelle es nur fest.

Unter diesem Aspekt wäre auch zu erwähnen, daß

Sie in Schweden den Prozeß gegen Personen, die der versuchten Entführung der früheren Ministerin Leijon angeklagt waren, in einer Zeit abgewickelt haben, der unseren rechtsstaatlichen Vorstellungen nicht so ohne weiteres entsprochen hätte.

Ihre Hauptsorge ist offenbar die, wie Sie es nennen, psychologische, intellektuelle Oberreaktion. Dies ist in unserem, seiner selbst nicht sicheren, durch die Brüche seiner Geschichte immer wieder schockierten Volk zweifellos ein Problem. In einem gewissen Sinne sehe ich dies sogar noch schärfer als Sie.

Ich meine aber, daß Sie Ihre Beweisführung doch ein wenig detaillieren und da und dort modifizieren sollten. Sie haben noch einmal den Mescalero-Artikel erwähnt. Es muß zulässig sein, diesen Text auch anders zu verstehen als Sie. Darin ist beispielsweise die Rede davon, die Morde seien nicht mit dem Volkswillen und in einer lustigen und fröhlichen Stimmung, sondern von Isolierten in einer bitteren Stimmung ausgeführt worden. Daraus muß man schließen, daß der Verfasser Morde, die von einer fröhlichen Masse im Interesse des Volkes vorgenommen werden, positiv einschätzt. Dies macht es mir schwer, Ihrer Würdigung des Textes uneingeschränkt zu folgen. Ich gebe zu, daß es Passagen gibt, die eine positive Deutung zulassen; aber es gibt mehr Formulierungen, die genau das Gegenteil beweisen.

Was mich an dem Mescalero-Nachruf besonders schockiert, ist die Sprache, die aus dem Wörterbuch des Unmenschen entlehnt sein könnte. Es ist eine Sprache, die mit unseren mühsam erworbenen Wertvorstellungen frontal kollidiert und die totalitäre Elemente enthält. Ich würde sogar behaupten: nazistische Elemente, wenn der Verfasser nicht zu jung wäre, um dies bewußt zu vollziehen.

Holmqvist

Aber gerade mit einem solchen Text kann man auch Menschen überzeugen, die sich sonst ablehnend verhalten.

Vogel

Es würde mich fast reizen, Sie einmal zu einer der zahlreichen Diskussionen einzuladen, die ich zu führen habe, zum Beispiel mit Leuten aus den K-Gruppen, damit Sie mit dieser Art von Argumentation einmal einen praktischen Versuch machen. Ich wäre über das Ergebnis nicht so ganz sicher.

Sie haben Böll, Rinser und Fried erwähnt. Auch ich kritisiere auf das schärfste, wenn in diesem Land von Bücherverbrennung gesprochen wird. Es wäre gut, wenn dieser Herr Neumann, der offenbar bei Ihnen bekannter ist als bei uns, das in Ordnung bringen würde.

Conradi

Er ist immerhin der Fraktionsvorsitzende der Bremer CDU.

Vogel

Den müssen nicht alle kennen.

In diesem Zusammenhang betone ich aber, daß ich die intellektuelle Aussagekraft und Argumentationsfähigkeit eines Heinrich Böll anders beurteile als die einer Luise Rinser oder auch eines Erich Fried. Ich beanspruche jedenfalls in dieser Demokratie das Recht, das sogenannte Gedicht von Herrn Fried auf das schärfste zu kritisieren.

Im übrigen geht es mir um etwas Wichtigeres. Unter dem Eindruck der Verbrechen von Köln befinden wir uns in einer Zeit der gedanklichen Atemlosigkeit. Es hat aber in der Bundesrepublik von Scheel über Schmidt bis zu vielen anderen einen entschiedenen Widerstand gegen den Versuch einer Generalabrechnung, einer Verteufelung, einer über intellektuelle Kritik hinausreichenden Auseinandersetzung mit Böll, Rinser und anderen gegeben. Böll hat dies erleichtert, indem er in einem Interview seinen Irrtum in der Einschätzung der Baader-Meinhof-Aktivitäten öffentlich eingeräumt hat.

Worauf sind solche Reaktionen zurückzuführen? Einen Grund haben Sie nicht genannt, Herr Holmqvist. Meine Generation hat noch eine lebendige Erinnerung an die letzten Jahre von Weimar und an das, was zum Scheitern der ersten deutschen Republik geführt hat. Wir haben noch die Erinnerung daran, wie rasch aus totalitären ideologischen Ansprüchen, aus dem Glauben, im Besitze der unbedingten Wahrheit zu sein, abgeleitet wird, daß man auch Gewalt, Mord und Totschlag anwenden kann, um der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Wir erinnern uns noch, wie schnell Leute, die von Unterdrückung, Hinrichtung, Konzentrationslager reden, tatsächlich Konzentrationslager einrichten.

Wir haben auch nicht vergessen, daß der Hitlersche Ungeist seine ersten absoluten Mehrheiten im Bereich der deutschen akademischen Intelligenz erzielt hat. Ich empfehle, das Standardwerk von Herrn Bracher zu lesen über die Abstimmungen und Wahlen an einzelnen Universitäten in den Jahren 1931 und 1932, über den deutschen Studententag in Königsberg und über dergleichen Details mehr. Daß Menschen aufgrund dieser Erfahrung gegen totalitäre Ansprüche allergisch sind und sagen: Hier können Sicherungen durchbrennen, das hat auch einen positiven Aspekt, Herr Holmqvist.

Schließlich haben Sie den Punkt berührt, daß wir in diesem Lande bis heute kein unbefangenes und offenes Verhältnis zu unserem Staat, zur Nation und zu unserer eigenen Geschichte entwickelt haben. Schweden, England, Frankreich und andere Länder können viel mehr an Kritik verarbeiten. Wir haben unter dem Schock des Nationalsozialismus und des Mißbrauchs bestimmter Kategorien das entstandene Vakuum mit Wohlstand und Wachstumsraten zugedeckt. Wir haben ein vernünftiges Gefühl gegenüber unserem Staat und unserer Geschichte nicht entwickelt. Dies erklärt die Schwankungsbreiten, von denen Sie zu Recht sprechen.

Leicht

Ich möchte mich nicht in falsche Globalisierungen drängen lassen, indem ich Einzelheiten für repräsentativ ansehe. Andererseits lasse ich mich auch nicht davon abhalten, Mißstände in unserem Lande scharf zu kritisieren. Wir kommen eben nicht darum herum anzuerkennen, daß die Dinge alle sehr ambivalent und widersprüchlich sind.

So wirft man uns Antiintellektualismus vor. Gleichzeitig haben wir es mit einer überintellektualisierten Gruppe von Terroristen zu tun, die sich in der Identität mit der Arbeiterklasse behauptet, während diese allenfalls das Massenfutter für den Antiintellektualismus werden wird. Böll und Grass werden von einigen Deutschen verteufelt, und sie werden durch den Kauf ihrer Bücher von anderen Deutschen zu Bestseller-Autoren gemacht. Was die Oberreaktion angeht, so werden wir der perfekten Abwicklung der Aktion in Mogadischu wegen gerühmt und müssen auf der anderen Seite erfahren, daß wir in Stammheim nicht einmal in der Lage waren, Pistolen aus Gefängnissen herauszuhalten. Da wird dem Deutschen ein Hang zur Innerlichkeit und zur Harmonie nachgesagt und gleichzeitig eine sozusagen überstilisierte Konfliktbereitschaft. Wir nehmen eben eine Sonderrolle ein, die auch historisch bedingt ist. Das müssen wir akzeptieren.

Die Reaktionen auf den Terrorismus sind zugleich Reaktionen auf uns selbst. Es wird in Deutschland von einigen Personen die Ansicht vertreten, daß der Sieg über den Terrorismus erst zu erringen ist, wenn man über den politischen Gegner gesiegt hat.

Vogel

Das konnten wir kürzlich im Bundestag erleben.

Leicht

Es gibt Leute, die sagen, wir müssen die deutsche Identität wiederfinden und durch eine Identifikation mit unserem Staat sozusagen mündig werden. Das hat den Erfolg, daß wir dann wieder wie ein Mann

hinter dem Staat stehen, was wir ja auch nicht sollen. Deshalb warne ich vor allen Versuchen, gewissermaßen eine perfekte Sozialisation unserer Jugend zu erzeugen. Das kann auch schiefgehen.

Selbst auf die Gefahr hin, daß es wieder als ein Versuch deutscher Beschwichtigung interpretiert wird: Die Widersprüchlichkeit der Phänomene zu beseitigen wird nicht gelingen und kann nur mit intellektueller Verdrängung oder mit Gewalt einhergehen.

Sie werden mich auch nicht zu einer nationalen Apologie provozieren, Herr Holmqvist. Wenn Sie den Fall Neumann zitieren, so werde ich dazu nichts anderes sagen als Herr Vogel. Ich bin auch nicht bereit, mich dadurch zu entlasten, daß ich auf einen englischen Richter verweise, der ein außerordentlich rassistisches Urteil gefällt hat. Sie bekommen mich nicht dazu, das als repräsentativ für England anzusehen.

Worauf es ankommt ist, ein Klima der Diskussion zu schaffen und nicht einem Lerntabu zu verfallen. Die Ablehnung des Terrorismus darf nicht in ein Alibi für mangelnde Selbstkritik umschlagen. Denn gelegentlich tabuisieren wir Kritik an unserer Gesellschaft allein deshalb, weil die Terroristen an denselben Phänomenen anknüpften. Dabei könnte die Lernfähigkeit des Systems verlorengehen. Auf der anderen Seite muß es möglich sein zu sagen: Wir sind ein Rechtsstaat, aber mitunter kommen rechtlich fragliche Gesetze vor, ohne daß wir nun aufgrund solcher punktueller Fehler, die wir durchaus einzugestehen haben, auf typisch deutsche Weise in eine totale Kritik der Gesellschaft umschlagen.

F. Dahrendorf

Ich knüpfe an die Bemerkung von Herrn Holmqvist an, die intellektuelle Überreaktion auf den Terrorismus habe möglicherweise viele junge Menschen in die Nähe des Terrorismus gebracht. Ich habe Zweifel an dieser These.

Lassen Sie mich dazu ein Erlebnis aus der Praxis der Schulverwaltung schildern. Ich hatte vor kurzem Anlaß, die Äußerung eines Lehrers zu kritisieren und fragte dazu einen der Abteilungsleiter: "Wie ist es möglich, daß dieser Lehrer sich so äußert?" Ich bekomme zur Antwort: "Wieso wundert Sie das eigentlich? Sie müßten doch wissen, daß ein Drittel der Lehrer sich nicht mit diesem Staat identifizieren will." Das ist offenbar völlig selbstverständlich. Es gibt sicher auch eine ganze Menge junger Juristen, bei denen es sich ähnlich verhält.

Becker

In Frankreich identifiziert sich seit Jahrzehnten ein Drittel der Lehrer nicht mit dem Staat, ohne daß es dort zum Problem wird.

F. Dahrendorf

Die Tatsache, daß sich große Gruppen nicht mit dieser Gesellschaft identifizieren, kann zu Gewalt und Terrorismus führen, muß es aber nicht notwendigerweise. Meine These ist, daß sich neben unserer "offiziellen" Gesellschaft eine zweite in sich abgeschlossene Gesellschaft entwickelt hat. Zwischen beiden gibt es kaum Kommunikationsmöglichkeiten; deshalb wissen wir auch nur wenig über die Theoriediskussion, die in geschlossenen Zirkeln stattfindet.

Jene "andere" Gesellschaft ist auch in der handelnden Politik überhaupt nicht vertreten. Sie ist durch keine politische Partei repräsentiert. Die Folge ist das Gefühl des Nicht-dazu-Gehörens, was zu zwei verschiedenen Reaktionen führt. Einmal zur Flucht in Alkohol, Drogen und gewisse religiöse Sekten. Das andere ist weniger eine emotionale, eher eine intellektuelle Reaktion des Veränderenwollens: politisches Sektierertum. Das wird dann durch eine Ideologie begründet und überhöht.

Dieses Problem des Nicht-dazu-Gehörens großer Gruppen ist unabhängig von Gewalt und Terrorismus zu sehen; es würde sich für uns genauso stellen, wenn es in unserer Gesellschaft keinen Terrorismus gäbe; vielleicht wären wir dann nicht so schnell darauf gekommen. Dieses Problem läßt sich deshalb auch nicht dadurch lösen, daß wir den Terrorismus beseitigen. Und wenn Herr Fetscher sagt, die Gesellschaft reagiere darauf ungefestigt, dann frage ich mich, ob sie überhaupt darauf reagiert? Ist dieses System denn wirklich lernfähig, Herr Leicht? Wo haben wir eine solche Lernfähigkeit unter Beweis gestellt?

Wichtig zu sein scheint mir auch der Zeitpunkt, zu dem der Terrorismus entstand. Bis Mitte der sechziger Jahre waren wir voll mit dem Wiederaufbau beschäftigt. Deshalb fiel uns gar nicht auf, daß wir nur einer Aufbauideologie anhängen. Als die Aufbauphase abgeschlossen war, stellten wir plötzlich

fest, daß anderes zu kurz gekommen war. Jetzt fingen alle an zu suchen nach Identität, Grundkonsens, welchen Werten immer.

Neubauer

Sie sagen, Herr Dahrendorf, ein Drittel der Lehrer will sich nicht mehr mit diesem Staat identifizieren. Ich halte es in der Tat für einen zentralen Punkt, die Identifikationsbereitschaft der Bürger mit diesem Staate wiederzugewinnen. Sonst werden wir den Terrorismus nicht erfolgreich bekämpfen können. In diesem Zusammenhang muß man leider kritisch feststellen, daß die Sozial- und Politikwissenschaften sowie ein Teil der Publizistik nicht dazu beigetragen haben, die Distanz zwischen dem Bürger und seinem Staat abzubauen.

Bracher

Ich möchte nicht noch einmal die Diskussion über die Frage eines deutschen Nationalcharakters eröffnen. Man wird besser sagen, es gibt bestimmte deutsche Bedingungen, worunter man besondere Umstände unserer Entwicklung in den letzten dreißig Jahren zu rechnen hätte. Es sollte aber immer auch eine vergleichende Betrachtung mit anderen Ländern stattfinden und nicht nur eine Konzentration auf die deutschen Verhältnisse.

Ich weise in diesem Zusammenhang auf die besondere Art des hier beobachteten Phänomens vor allem in den Ländern hin, die man nicht zu den alten Demokratien rechnen kann. Neben Deutschland sind dies Italien und Japan, also die Verlierer des Zweiten Weltkriegs. Sie haben eine neue Demokratie teils als "künstliche Revolution" von außen, teils durch eigene Mitwirkung aufgebaut. Dieser Aufbau hat alle Kräfte in Anspruch genommen.

Die ersten 15, 20 Jahre standen im Zeichen der sogenannten Entideologisierung. Das war aber keine deutsche Spezialität. So haben Daniel Bell und andere noch 1960 über das Ende der Ideologie geschrieben, während gleichzeitig bereits wieder eine Re-Ideologisierung im Gange war. Das hat sich in den drei genannten Ländern in besonderer Weise ausgewirkt, wenn auch mit großen Unterschieden.

Das Ende der Nachkriegszeit war um die Mitte der 60er Jahre gekommen; es begann die eigentliche Belastungsprobe der neuen Demokratien. Der Unterschied zu den älteren Demokratien, der zunächst im Formalen nicht zu sehen war, trat dann deutlicher hervor, in der Art und Weise, wie diese Staaten mit dem weltweit heraufziehenden Problem der Re-Ideologisierung und dem Ansatz neototalitärer Bewegungen konfrontiert worden sind.

Die spezifisch deutschen Probleme liegen unter anderem darin, daß das Grundgesetz, unser deutsches Verfassungsverständnis, unser Verständnis von Demokratie, im wesentlichen auf zwei antitotalitären Pfeilern aufgebaut ist. Das eine ist unter dem Motto "nie wieder Weimarer Verhältnisse" die Bewältigung der 20er und 30er Jahre, also der Weimarer Republik auf der einen und des Nationalsozialismus auf der anderen Seite. Hinzu kommt zweitens die fortdauernde Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seiner totalitären Manifestation, zumal in der DDR. Man muß hier einmal deutlich sagen, die Deutschen haben - anders als etwa die Schweden - die Wirkung der kommunistischen Politik nicht nur als allgemeine Besatzungspolitik, sondern auch als gesplante Nation zu spüren bekommen.

Die Erschütterung dieser beiden Pfeiler, teils durch internationale, teils auch durch interne Entwicklungen des letzten Jahrzehnts, führten zu einer Identitätskrise der Bundesrepublik, und in dieser Krise stehen wir mitten drin. Der Totalitarismusbegriff selbst wird in intellektuellen Kreisen favorisiert, und damit verdrängt man auch den linkstotalitären Charakter des Kommunismus.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf etwas anderes hinweisen. Die gesetzlichen Maßnahmen, die in der Weimarer Republik eingeleitet wurden - ich denke vor allem an das Republikenschutzgesetz und die aus ihm folgenden Möglichkeiten;-, waren wahrscheinlich rigider als alles, was in den letzten Jahren und Monaten in der Bundesrepublik diskutiert worden ist. So gab es auch große Dossiers über die Nationalsozialistische Partei und ihre staatsfeindliche Tätigkeit. Worauf es aber ankommt ist, daß die Weimarer Republik derartige Möglichkeiten zur Abwehr der Gefahren nur sehr mangelhaft angewandt hat. Darauf ist das Versagen der ersten deutschen Republik wesentlich zurückzuführen.

Was die Anfälligkeit der Bundesrepublik angeht, Herr Laqueur, so sollten wir uns nicht mit dem äußeren Anschein der Stabilität zufriedengeben. Ein genauerer Blick zeigt die innere Verwundbarkeit unseres Selbstverständnisses. Sie hängt damit zusammen, daß bei uns nicht nur das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, sondern auch das Verhältnis der Intellektuellen zum Staat gestört ist. Dafür

hat auch der Diskussionsbeitrag von Herrn Holmqvist einen Beleg geliefert, wie immer man ihn im einzelnen interpretieren mag.

Revel

Selbstverständlich kann der Terrorismus einen rationalen Ursprung haben, auch wenn er unrealistisch ist. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn ein kolonialisiertes Volk, eine unterdrückte Minderheit, eine religiöse oder ethnische Gruppe oder ein besetztes Land glauben, daß ihnen der Terrorismus als einzige Waffe zum Kampf verblieben ist. Solche Gruppen mögen im Unrecht, sie mögen unrealistisch sein, aber sie haben ein klares Ziel. Vielleicht sind sie zu schwach, es zu erreichen; dennoch ist ihr Verhalten mehr oder weniger rational.

Auf der anderen Seite erleben wir in unseren demokratischen Gesellschaften, und das ist das Rätsel dieser Jahre, eine Situation, die es uns teilweise unverständlich macht, warum es überhaupt Terrorismus gibt. Dabei ist bemerkenswert, daß alle Versuche, dem Terrorismus in demokratischen Gesellschaften eine gewisse Rechtfertigung zu geben, immer zu der These führen, daß diese Gesellschaften eigentlich gar nicht demokratisch sind. So ist zum Beispiel der größte Teil der französischen Linken der Meinung, daß die Bundesrepublik Deutschland keine demokratische Gesellschaft ist. Natürlich kann man dazu feststellen, daß in Frankreich die Ignoranz über die Situation in Deutschland weit verbreitet ist. Aber diese falsche Meinung ist nun einmal eine Tatsache.

Auch in einer demokratischen Gesellschaft steht notwendigerweise nicht alles zum besten. Sie ist keine Gesellschaft, in der alle Ungleichheiten verschwunden sind, keine, die alle Probleme gelöst hat oder in der es nur nach der Nase der Studenten geht. Es ist vielmehr eine Gesellschaft, in der Schwierigkeiten und Probleme mit friedlichen Mitteln bekämpft werden können. Sie ist sicher kein Paradies, aber eine Gesellschaft, in der man seine Meinung äußern kann, in der es politische Parteien, verschiedenste Zeitungen und andere demokratische Mittel gibt, mit denen man versuchen kann, die Verhältnisse in der erwünschten Richtung zu verändern.

Wenn jemand nun zu der Schlußfolgerung gelangt, daß es kein anderes Mittel zur Veränderung gibt als die Gewalt, dann kommt das einer dialektischen Rechtfertigung des Terrorismus gleich. Um den Terrorismus in demokratischen Gesellschaften zu erklären, müssen wir die Frage beantworten, warum Menschen zu dem Schluß kommen, daß es, sagen wir, heute in Deutschland und in Italien und morgen vielleicht in Frankreich, in Großbritannien oder selbst in Schweden kein anderes Mittel gibt, die eigene Meinung zu vertreten, als andere Menschen zu töten. Solange wir diesen Teil des Rätsels nicht lösen können, wird das Problem des Terrorismus in demokratischen Gesellschaften - ich spreche jetzt nicht von Terrorismus in Ländern wie Iran, Chile oder Kambodscha - ungeklärt bleiben.

Es ist ferner eine Tatsache, daß wir keinen oder nur wenig Terrorismus gerade in jenen Gesellschaften haben, in denen er vielleicht im Sinne eines Kampfes gegen Despotismus notwendig wäre. Vielmehr ist der Terrorismus um so schwächer, je stärker der Despotismus ist, weil ein Polizeistaat offenbar sehr einfache Mittel besitzt, den Terrorismus zu beseitigen. Je schwächer ein Staat ist, etwa Italien, um so mehr Terrorismus gibt es. All das mutet einen an wie das Gleichnis von dem Mann, der seinen Schlüssel nicht dort sucht, wo er ihn verloren hat, sondern dort, wo Licht ist. Da, wo die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Terrorismus wohlbegründet wäre, gibt es ihn nicht.

Andererseits ist es schwierig, illegale Aktionen mit legalen Mitteln zu bekämpfen. Das heißt, für Demokratien ist es schwer, beim Kampf gegen den Terrorismus eine Demokratie im vollsten Sinne des Wortes zu bleiben. Das aber ist die wahre Bedrohung unserer Zeit in den wenigen echten Demokratien, die wir noch haben. Deshalb sollten wir auch den terroristischen Untergrund und seine Denkweise sehr viel genauer untersuchen.

In den letzten Jahren des Franco-Regimes war ich mit dem spanischen Untergrund persönlich vertraut. Einer meiner Bekannten, der auch an der Aktion zur Ermordung von Carrero Blanco beteiligt war, glaubte, daß nach dem Tode Francos der Demokratisierungsprozeß in Spanien eine gute Chance hätte. Die Ereignisse haben ihm recht gegeben. Darin war er klüger als anfangs die spanische kommunistische Partei oder selbst die spanischen Sozialisten. Er versuchte, seine Genossen im terroristischen Untergrund zu überzeugen, daß sie mit dem Terrorismus aufhören und die Chance zu einem echten Demokratisierungsprozeß nutzen sollten. Die Folge war, daß er von seinen eigenen Freunden "exekutiert" wurde.

Ich meine in der Tat, daß es eine Untergrundkultur gibt, die wir versuchen müssen, zu verstehen. Wir müssen erklären, warum in Gesellschaften, in denen trotz aller Unzulänglichkeiten und Fehler dennoch die demokratischen Mittel zur Erreichung der notwendigen Veränderungen vorhanden sind, manche Menschen glauben, daß sie unter einer Art Zwangsherrschaft leben, in der man nur durch

Mord und Bombenanschläge seine Meinung vertreten und jene Art von Gesellschaft errichten kann, die man für wünschenswert hält. Denn dies ist die Schlußfolgerung der Terroristen, und dort liegt der Kern des Rätsels, warum es Terrorismus in der demokratischen Gesellschaft gibt.

Rabehl

Einige Anmerkungen zur Identität und zum Gegensatz von Außerparlamentarischer Opposition und RAF. Diese Anmerkungen sind natürlich subjektiv geprägt, weil ich sowohl als Teilnehmer der subversiven Aktion wie auch als führender Kader des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes an der Außerparlamentarischen Opposition teilgenommen habe. Ich habe nicht den Schritt zum Terrorismus vollzogen. Jetzt befinde ich mich in der mehr tragischen und komischen Rolle eines Hochschullehrers, der sich mit Studenten auseinandersetzen muß, die ähnliche Probleme haben, wie wir sie damals hatten, die aber in der Zwischenzeit ganz andere Erfahrungen gemacht und Lernprozesse hinter sich gebracht haben als wir.

Zunächst ein paar Worte zur Entstehung der Außerparlamentarischen Opposition und zur Rolle des SDS. Ich möchte anknüpfen an Überlegungen zur politisch-ideologischen Krise der Bundesrepublik Mitte der 60er Jahre. Der Adenauer-Staat ruhte - grob gesagt - auf zwei Fundamenten. Das eine war die Aufbau- oder Wohlstandsideologie, wie Herr Dahrendorf sagte. Diese war begründet durch den tatsächlichen materiellen Aufschwung und das industrielle Wachstum. Dem entsprach der individuelle Konsum. Dafür brauchte man keine offensive Ideologie; die Folge war eine Entideologisierung der Politik. Zugleich war dieses System aber gebunden an die Person Adenauers und an die Rolle der CDU und ihrer Funktion im Nachkriegsdeutschland gegenüber der DDR und den anderen kommunistischen Staaten Osteuropas.

Dieses System geriet Mitte der 60er Jahre in eine Krise, zunächst politisch/ideologisch. Diese Krise äußerte sich vor allem im Hochschulbereich, aber nicht nur hier, sondern innerhalb der Jugend überhaupt, der Schüler- und Arbeiterjugend, der Lehrlinge und so weiter. Die APO war zu keiner Zeit nur eine Studentenbewegung, wenn sie auch von den Studenten wesentlich geprägt wurde.

Worin zeigte sich die ideologische Krise? Durch die einsetzende Bildungsreform waren ganz neue Schichten an die Hochschulen gekommen; dadurch wurde die alte Elitehochschule und Ordinarienuniversität gesprengt. Die neuen Leute kamen mit bestimmten Erwartungen an die Universität, und diese Ambitionen und Wünsche wurden nicht erfüllt. Gleichzeitig machte sich innerhalb der Arbeiterjugend eine Frustration, wie wir es damals nannten, über die bestehenden Verhältnisse bemerkbar. Das betraf den Mangel an Perspektive, den Mangel an persönlicher und politischer Identität, die berufliche Perspektive und die Situation im Arbeits- und Lebensbereich.

Dieser Bewegung gab der SDS damals eine Ideologie, eine Zielrichtung, einen Kollektivwillen. Damit identifizierten sich zwar die Teilnehmer; aber diese Ideologie entsprach nicht den wirklichen Bedürfnissen und Interessen. Wir standen in der Tradition sowohl der Aufklärung wie auch der westeuropäischen Revolution und der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Wir haben versucht, diese Tradition ideologisch auszudrücken und uns theoretisch in diese Gesellschaft einzuordnen. Gleichzeitig haben wir bestimmte Fragestellungen aufgeworfen, die zum ersten Mal nach 1945 gestellt wurden. Nach der militärischen Niederlage des Faschismus knüpften wir nach 20 Jahren an den politischen Antifaschismus und Radikaldemokratismus an.

Ich spreche jetzt in Signalsprache: Der Antiimperialismus war konkret gegen die amerikanische Politik in Vietnam gerichtet; er wurde gleichzeitig zu einem Antifaschismus, weil die Bundesregierung und die politischen Parteien sich mit dieser amerikanischen Politik identifizierten. Das heißt, wir fragten uns: Welche politisch-ökonomische Rolle spielen die USA in der Nachkriegsgeschichte, und wie kommt die Bundesregierung dazu, die Verbrechen in Vietnam mit zu legitimieren? Wie verhält sich das zur faschistischen Vergangenheit in Deutschland selbst?

Die Notstandsgesetzgebung war für uns ein Signal, daß der demokratische Staat sich seine Ausnahme Gesetze zulegte, um in einer bestimmten Krisensituation auf verfassungsmäßiger Grundlage den Ausnahmezustand zu schaffen. Für uns hatte das seine Parallele zum § 48 der Weimarer Republik. Damit war die Möglichkeit gegeben, daß sich ein autoritäres Regime in der Bundesrepublik legal festigen konnte. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze war also antifaschistisch und radikaldemokratisch motiviert.

Das zweite Problem, das konkret ausgetragen wurde, war der Kampf gegen die Pressekonzentration, gegen Springer. Hier ging es darum, daß die politische öffentliche Meinung durch einen Pressekonzern mehr oder weniger manipuliert wurde. Die Demokratie in Deutschland, die eine

breitgehende Information benötigte, wurde gefährdet durch die ökonomische Konzentration innerhalb der Presse.

Der dritte Faktor war die Hochschulreform; das heißt, die Ordinariatenuniversität konnte in keiner Weise mehr auf die Bedürfnisse und Interessen der Studenten reagieren. Sie war auch Hemmnis der Produktivkraft Wissenschaft.

Notstandsgesetzgebung, Pressekonzentration und Hochschulreform, das waren die drei Elemente, die die APO motiviert und mobilisiert haben. Wir haben damals einen Kollektivwillen ausgesprochen und in direkten Aktionismus umgesetzt, weil wir dem Parlamentarismus nicht mehr trauten und der Meinung waren, wir müßten unsere Interessen draußen selbst massiv vortragen. Wir wollten nicht mehr Demonstrationen als Prozessionszüge veranstalten, sondern die Demonstrationen sollten gleichzeitig aufzeigen, wo die Widersprüche in dieser Gesellschaft liegen. Wir wollten uns nicht abspesen lassen mit faulen Kompromissen oder mit irgendwelchen Sprüchen, die die Probleme auf die lange Bank schieben.

Mit diesem Konzept von Antimperialismus, Antifaschismus, Antiinstitutionalismus und direktem Aktionismus entsprachen wir den Bedürfnissen vieler Teilnehmer dieser Opposition, und wir wirkten zurück auf andere Schichten und Klassen. Deshalb hatte der SDS innerhalb der APO, die eine Bündnisbewegung war, die Hegemonie inne; Wir hatten aber keine Perspektive. Uns wurde damals zu Recht vorgeworfen - wir haben uns da immer herauszureden versucht;-, wir würden nur die bestehenden Verhältnisse negieren, ohne eine Perspektive geben zu können. Mit dieser Negation haben sich viele Menschen gerade in der Phase der Großen Koalition identifiziert, als es so schien, daß die politischen Parteien gemeinsam versuchen wollten, aus der ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Krise herauszukommen. In der Zeit haben wir auch unsere größten Fortschritte erzielt.

In dem Augenblick, als die sozialliberale Koalition die Große Koalition ablöste und mit einem Reformprogramm auftrat, das ungeheuer viel versprach, zersetzte sich die APO in ihrer Substanz. Denn das Reformprogramm umfaßte eigentlich alles: Hochschulreform, Rentenreform, Mitbestimmungsreform, Bildungsreform und andere Reformen mehr. Wir waren ja mit unserer radikalen Ideologie radikale Reformer; insofern waren wir ideologische Zuträger für die sozialliberale Koalition, mit der sich nicht zufällig große Teile der APO identifizierten. In dem Maße aber, wie diese Koalition ihre Versprechungen nicht erfüllen konnte, also nicht in der Lage war, das Reformprogramm in der bestehenden Demokratie durchzusetzen, stellten sich die alten Fragen der APO aufs neue.

Der größte Teil der APO fand sich also in der sozialliberalen Koalition wieder. Ein kleiner Teil, der vor allem radikale Fragestellungen formuliert hatte, repräsentierte die Zersetzungsprodukte; dazu gehört auch die RAF. Die Marxismus-Leninismus-Organisationen, die RAF und viele andere hatten aufgrund ihrer Erfahrungen in der APO-Bewegung ein großes Mißtrauen entwickelt. Ich erinnere nur an den 2. Juni 1967 oder an die Erfahrungen mit den antiamerikanischen Kampagnen. Sie brachten der sozialliberalen Koalition keinerlei Vertrauen entgegen und versuchten nun, eine eigene historische Identität zu finden, um aus der reinen Negation herauszukommen.

Da gab es zwei Richtungen. Die eine Richtung, zu der ich mich selbst zählen würde, hat den Versuch gemacht, eine neue Form von radikaler Demokratie oder sozialer Emanzipation durchzusetzen. Wir wollten in der Tradition des westeuropäischen - nicht des asiatischen, des russischen oder des osteuropäischen - Weges der Veränderung von Gesellschaften eine neue Tradition des Freiheitskampfes begründen. Die andere Richtung versuchte, über den Marxismus-Leninismus eine neue Elite-Ideologie zu formulieren. In Deutschland ist es aufgrund der Vergangenheit unmöglich, sich auf Nietzsche, Ernst Jünger, Bäumler, van der Brück oder derartige Leute zu besinnen. Deshalb wurde von der bürgerlichen Jugend die spezifische Form des Marxismus-Leninismus gewählt, mit der sie für sich einen Führungsanspruch ausdrückte und damit ihre Rolle in der Geschichte besetzen wollte.

Was die RAF und andere Gruppen angeht, so wird der Marxismus-Leninismus zur Begründung einer Existenzialismusideologie. Die RAF operiert zudem mit dem Begriff eines neuen Faschismus, wo kapitalistische Phänomene rundweg als faschistisch deklariert werden. Das geschieht in einer Situation, in der sie bestimmte Schritte legitimieren muß. Ich erinnere nur an den Zufall und die Tragik der Baader-Befreiung. Da illegalisieren und kriminalisieren sich Typen, indem sie Schritte unternehmen, die sie eigentlich gar nicht machen wollten. Als sie diese Schritte aber einmal getan hatten, brauchten sie dafür eine ideologische Rechtfertigung. Das beste Beispiel ist die Meinhof-Mahler-Broschüre. Wenn man sie mit kritischem Verstand liest, dann wird da die reine Scholastik vorgetragen, die aber den Sinn hat, eine bestimmte Aktion zu legitimieren.

Mit dem Begriff des neuen Faschismus bewegt man sich immer mehr weg von den Bedingungen und Verhältnissen der Bundesrepublik und macht sich zum Stellvertreter der internationalen Befreiungsbewegungen und wird dabei auch zum Objekt der internationalen Politik. Das sollten wir nicht vergessen, wenn überhaupt ein Vergleich zum internationalen Terrorismus angestellt wird. In Italien, in Frankreich, in Spanien wird der Terrorismus sowohl von staatlichen wie auch von außerstaatlichen Institutionen für die Innenpolitik benutzt.

Die Mitglieder der RAF haben keine Verbindung zur innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik mehr. Sie ziehen jetzt einen bestimmten Typus von Frustrierten, von kaputten Desperados an, die jede psychologische Identität und politische Perspektive verloren haben. Das sind die Jüngeren, die nicht mehr in der Tradition der APO stehen. Sie haben erlebt, daß die sozialliberale Koalition nicht in der Lage war und ist, die Reformen durchzusetzen und eine Perspektive, eine Hoffnung für die 80er Jahre zu bringen. Sie sind auf sich selbst zurückgeworfen. Da gibt es dann nur die Alternative: Entweder Drogenkonsum, Alkoholismus, Psychotherapie oder den Versuch, über den Weg in die Stadtguerilla die persönliche Identität zu finden.

Das ist eine ganz neue Generation mit einer völlig anderen Sprache, die auch wir nicht mehr verstehen. Diese Leute versuchen, persönliche Probleme existentiell zu lösen. Genau an diesem Punkt haben wir an den Hochschulen gesagt: Jetzt ist die Zeit des Schweigens vorbei. Wir haben bisher geschwiegen aufgrund unserer eigenen Geschichte. Denn wir haben unsere eigene Vergangenheit nicht verarbeitet und konnten auch unsere politische Rolle nicht verarbeiten. Jetzt wird es wichtig, die neue Situation zu klären, daß ab Mitte der 70er Jahre eine ganz neue Schicht von Jugendlichen in einen Prozeß hineingestoßen wird, den sie selbst nicht mehr reflektieren und kontrollieren kann.

Altmann

Wenn Sie sagen, Herr Rabehl, der Terrorismus sei eine Reaktion auf die Mißerfolge der Reformpolitik der sozialliberalen Regierung gewesen, so kann das nicht stimmen. Die Attentate der Terroristen begannen 1969.

Smoydzin

Herr Rabehl hat eine sehr geschönte Darstellung von der Motivation der studentischen Protestbewegung gegeben, wie er sie heute gern sehen möchte. Erstens trifft es nicht zu, daß die Protestbewegung wesentlich über den Bereich der Studenten hinausgegangen ist. Zweitens hat er kein Wort darüber verloren, daß die Gewaltdiskussion im SDS schon Anfang der 60er Jahre begonnen hatte und es schon im Jahre 1967 zu Gewaltanwendungen nach flammenden Aufrufen Dutschkes gekommen war.

Schreiber

Ein Musterbeispiel dafür waren die 21 Thesen des Republikanischen Clubs in Berlin.

Busche

Herr Rabehl löst das Kürzel APO in Außerparlamentarische Opposition auf. Vor zehn Jahren hat der SDS durch seinen Sprecher Karl Dietrich Wolf auf der Essener Konferenz erklärt, es hieße natürlich Antiparlamentarische Opposition. Diese vom SDS weithin gestützte Erklärung hatte zur Folge, daß das Bündnis der Atombewaffnungsgegner und der Notstandsgegner auseinanderbrach. Das geht auch aus der Theoriediskussion, die der SDS geführt hat, und aus den Impulsen, die die subversive Aktion im SDS hereingebracht hat, klar hervor. Die Tendenz war eindeutig: Wie können wir politisches Engagement in systemverändernde Gewalt umsetzen?

Herr Rabehl, wenn Sie hier so tun, als ob Sie und andere ehemalige APO-Führer bisher geschwiegen hätten, weil sie andere Interessen hatten, sich jetzt aber zu Wort melden, um tacheles zu reden, dann entspricht das wiederum nicht der Diskussion, die in den letzten sechs, sieben Jahren gelaufen ist und in der mäßige sozialistische Studentenfürer in dem Augenblick das Gehör der Vollversammlungen an den Universitäten verloren, als sie nicht den radikalsten Standpunkt vertraten. Nach den Selbstmorden in Stammheim ist Cohn-Bendit in Frankfurt beinahe verprügelt worden, weil er es wagte, die These vom Mord nicht voll zu vertreten.

Noch ein Wort zur Entwicklung der Ideologie. C. Wright Mills hatte Anfang der 60er Jahre geschrieben, daß von der Arbeiterschaft in den Industrieländern kein revolutionäres Potential mehr zu erwarten sei, weil sie einerseits durch den Konsum korrumpiert und andererseits im technologischen

Prozeß verfremdet sei. Die einzige historische Agentur zur Veränderung der Gesellschaft ist nach Mills die akademische Jugend. Das war das Passepartout, mit dem der SDS dann durch die Hörsäle gelaufen ist. Der SDS hat es aber nicht vermocht, die Veränderung durchzuführen. Deshalb wurden seine Führer des kleinbürgerlichen Bewußtseins verdächtigt.

Natürlich war ihnen durchaus klar, daß die Studenten keinen Klassenkampf mit einer Arbeiterschaft durchführen konnten, der es an einem Klassenbewußtsein fehlte. Wie verhilft man den Arbeitern aber zu einem Klassenbewußtsein? Dadurch, daß man sie auf ihre abhängige, unterprivilegierte Situation zurückführt. Unterprivilegiert sind sie aber nur dann, wenn es zu einer direkten militärisch geführten Auseinandersetzung kommt, in der die Arbeiterschaft kaum Möglichkeiten hat, sich gegenüber der Polizei und vor Gericht zur Wehr zu setzen. Auf diese Wirkung haben die Terroristen gehofft.

Diese revolutionäre Situation ließ sich auch nicht in diesem oder einem anderen Land Westeuropas im Auftrag einer Bevölkerungsschicht oder Klasse herstellen. Deshalb wurde folgendermaßen argumentiert: Die Klassengegensätze sind in Europa nicht aufgelöst, ihre Widersprüche sind nur exportiert worden und schlagen sich heute in einem Gegensatz Industrieländer - Dritte Welt nieder. Während im 19. Jahrhundert der Arbeiter in seinem Land gegen den Bourgeois, gegen den Beamten stand, so ist er im 20. Jahrhundert durch Konsumbefriedigung in die privilegierten Schichten aufgestiegen, wohingegen der Ausgebeutete, der Beleidigte, der Unterdrückte heute in der Dritten Welt lebt. Die Ideologie einer revolutionären Veränderung mußte also aus dem Kampf der Dritten Welt gegen die Industrieländer begründet werden. Was man erreichen wollte war, daß die Repression des Staates in den westlichen Metropolen sich gegen Arbeiter richtete und die Arbeiter sich daraufhin zur Wehr setzten.

Binder

Was wir, die wir damals in der studentischen Opposition standen, beklagt haben, war ein Mangel an theoretischer Perspektive, ein Mangel an politischer Sensibilität und politischer Phantasie sowie ein Mangel an Klarheit und Ausprägung des demokratischen Verfassungsstaates.

Der Terrorismus, insbesondere in der Bundesrepublik, ist in der Tat das Abspaltprodukt einer Protestbewegung, das entstand, als diese Bewegung schon im Zerfall begriffen war. Diese These ist unbestritten, formuliert jedoch keinesfalls eine logische Konsequenz. Zweifellos ist auch die Anfälligkeit für Terroraktivitäten in Ländern mit einer kurzen demokratischen Tradition - ich denke etwa an Japan, die Bundesrepublik oder Italien - größer als in Staaten mit einer längeren demokratischen Tradition und mit einem ausgeprägten bürgerlichen Selbstverständnis, also in Skandinavien, England, Holland oder Frankreich. In diesen Zusammenhang gehört weiter die Frage, wie die Kontrollfunktionen der Gesellschaft, zum Beispiel auch ihre Reaktionen und Proteste erfolgen.

Wassermann

Ich halte das, was Herr Rabehl gesagt hat, für sehr wichtig, weil es dazu beitragen kann, daß wir von entlegenen Deutungen Abschied nehmen und uns auf die spezifische gesellschaftliche Situation konzentrieren, aus der der Terrorismus entstanden ist. Ich habe mich immer gewundert, weshalb die Desperados, um die es sich hier handelt, auf eine so starke Solidarität innerhalb der "Gesamtsituation" zählen konnten. Ich höre mit Interesse, daß diese Zeiten jetzt vorbei sein sollen.

Hier wurde die Vermutung geäußert, die Ursachen für den Terrorismus lägen in einem Mangel an Reformen, in der Enttäuschung und Frustration wegen ausgebliebener Reformen. Ich habe diese These eine Zeitlang für plausibel angesehen und mich in meinem Verhalten danach gerichtet. Dabei habe ich aber die Erfahrung gemacht, daß man in dieser Ecke gar nicht an dem Versuch interessiert ist, den verkrusteten Staat zu öffnen; im Gegenteil.

Ich würde es daher für eine Fehleinschätzung halten, wenn man meinte, die heutigen Terroristen seien eine Schar ungeduldiger "Sozialdemokraten" gewesen, die den Staat verbessern und die Gesellschaft verändern wollten, und die deshalb so böse geworden sind, weil sie das, was an Reformen diskutiert wurde, nicht verwirklichen konnten. Mit mehr Reformen, mit mehr Demokratie kann man das Terrorismus-Problem nicht aus der Welt schaffen. Von dieser optimistischen Theorie: Machen wir doch alles immer schöner, immer mehr Sozialpolitik, dann wird sich das Problem lösen, sollten wir Abschied nehmen. Die Sache ist komplizierter.

Ich sehe im Terrorismus die Spitze jenes Phänomens, das sich auch sonst in der Gesellschaft in einer Erhöhung des Aggressionspotentials und in zunehmender Gewalttätigkeit ausdrückt. Diese Erscheinung ist gewissermaßen eine Antwort auf die Krise der liberalen Demokratie und ihrer Werte.

Nach 1945 hat man in der Bundesrepublik ignoriert, daß sich die Demokratie im Grunde seit langem in einer Krise befand.

Wenn Herr Neubauer nun eine Identifikation mit diesem Staat fordert, dann wird damit klar, daß die Bekämpfung des Terrorismus gar nicht das eigentliche Problem ist, das uns beschäftigen sollte. Mit den Gewaltakten werden wir schon fertig werden. Aber damit bleibt die eigentliche Krise nach wie vor ungelöst. Womit sollen wir uns identifizieren? Die pluralistische Demokratie bildet nur einen begrenzten Wertkonsens aus, aber es gibt sehr viel methodische Obereinstimmung. Demokratie bedeutet also nicht die Zustimmung zu einer starren, unveränderlichen Gesellschaft, sondern zu einer veränderungsbereiten unter Respektierung eines gewissen Bestandes an Werten. Es wäre die Aufgabe eines Staates, einer Gesellschaft, die noch nicht den Glauben an sich selbst verloren hat, auf die Herausforderung des Terrorismus nicht in bloßer Negation und Abwehr stehenzubleiben, sondern deutlich zu machen, daß und weshalb man sich mit der Demokratie identifizieren kann.

R. Dahrendorf

Lassen Sie mich unsere bisherige Diskussion kurz resümieren. Wir haben unterschieden zwischen dem Terrorismus im engeren Sinne und dem Wirkungspotential, also dem erstaunlichen Phänomen, daß es Menschen gibt, die dem Terrorismus mit einem großen Maß an Verständnis gegenüberstehen, ohne selbst Terroristen zu sein.

Was das Wirkungspotential des Terrorismus in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Demokratien angeht, so zeigt sich das Paradox, wie Herr Revel es prägnant formuliert hat, daß gerade diejenigen politischen Systeme, die offen sind für Veränderungen, Minderheiten hervorbringen, die meinen, dies seien autoritäre Regime. Es ist einiges gesagt worden, was uns helfen kann, dieses Paradox besser zu verstehen.

Für die besonderen Aspekte, die das Wirkungspotential in der Bundesrepublik betreffen, räume ich der Frage der deutschen Identität einen hohen Rang ein. Hier zeigt sich aufgrund der historischen Erfahrungen eine besondere Offenheit gegenüber einer Reihe von Fragen, die sich nur schwer beantworten lassen. Es ist eben vieles noch ungeklärt in der deutschen sozialen und politischen Entwicklung. Herr Rabehl hat dazu ein geschlossenes Geschichtsbild vorgeführt, das zwar an manchen Punkten an den Tatsachen auflaufen wird, aber es trägt immerhin ein Stück zur Erklärung bei.

Manche Menschen dürften bezweifeln, Herr Vogel, ob die in den Parlamenten versammelten Parteien tatsächlich vorhandene Interessenunterschiede ausgleichen. Manche würden Ihren Hinweis auf die Polarisierung innerhalb des Parlaments so nicht akzeptieren. Für sie sehen die "polarisierten" Parteien verdächtig ähnlich aus, ist das demokratische Gemeinwesen selbst sozusagen hermetisch abgeschlossen.

Für wichtig halte ich Herrn Rabehls Erwähnung des Existentialismus. Bei Bakunin beispielsweise findet sich mancher Hinweis darauf, was unter Umständen für Terrorismus motivierend wirken kann. Wenn man eine ganz andere Welt will, die sich von der gegenwärtigen radikal unterscheidet, dann ist zumindest eines sicher, daß man zunächst einmal das Vorhandene zerstören muß.

Was den sozialen Hintergrund angeht, so meine ich damit nicht nur die immer wieder betonte Tatsache, daß viele der Terroristen aus Familien stammen, die man auch in einem engeren Sinne als bürgerlich bezeichnen kann. Ich denke vor allem auch daran, daß der Zustand unserer Gesellschaft in manchen Bereichen vielleicht doch anomische Züge trägt. Mitunter habe ich jedenfalls den Eindruck: In dem Maße, in dem der Staat in der Wirtschaft maximalen Einfluß gewinnt, wird im Bereich der öffentlichen Ordnung selbst der minimale Staat zum Problem.

Zur Psychologie des einzelnen Terroristen will ich jetzt nur sagen, daß man die Selbstmorde ernster nehmen sollte, als diejenigen es tun, die nur von einem Fanal reden. So einfach ist es nicht, sich das Leben zu nehmen. Dahinter steckt eine ganze Fülle von Motiven.

Laqueur

In Amerika werden jährlich etwa 1000 Bombenanschläge verübt, von denen 100 bis 200 terroristischen Ursprungs sind. Die Zeitungen schreiben darüber nicht mehr, denn die sind nur an Neuigkeiten interessiert, und noch ein Bombenanschlag ist keine Neuigkeit. Zudem ist in Amerika die Anschauung weit verbreitet, daß Gewalt zum amerikanischen Leben gehört. Diese Bereitschaft, mit Gewalt zu leben, gibt es in manchen anderen Ländern nicht.

Dem Terrorismus kommt in Amerika gegenwärtig keine große Bedeutung zu. Der Vietnam-Krieg, der eine große Rolle für den Ursprung der terroristischen Bewegungen in den 60er Jahren spielte, ist zu Ende. Zudem dauern Protestbewegungen in Amerika erfahrungsgemäß nicht sehr lange; Amerika ist überhaupt ein etwas modisches Land; man braucht halt alle paar Jahre mal etwas Neues.

Dabei sollte man nicht übersehen, daß es unter den Extremisten in Amerika im Gegensatz zur Bundesrepublik eine große Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen gab und gibt. In Amerika war die radikale Linke, soweit sie zum Terrorismus neigte, meistens bereit, ihre Standpunkte im Lichte der Realität zu überprüfen. Die meisten reisen viel; dabei stellten sie fest, wie unvollkommen die amerikanische Gesellschaft auch immer ist, es gibt doch eine ganze Reihe von Ländern, die noch unvollkommener sind.

Schreiber

Können Sie die Richtung angeben, in die Terroristen reisen?

Laqueur

Die Richtung war Algerien, zum Teil Kuba und Nordkorea.

Hinzu kommt ein weiterer Faktor. Trotz der Einschränkungen in den letzten Jahren hat das FBI in Amerika doch etwas mehr Möglichkeiten der Kontrolle und Überwachung, als das in der Bundesrepublik der Fall zu sein scheint.

Kupperman

Das Terrorismus-Problem in Amerika hat einen doppelten Aspekt. Auf der einen Seite sind die Amerikaner, wie die bereits erwähnte Harris-Untersuchung gezeigt hat, über den Terrorismus sehr besorgt, obwohl sich auf der terroristischen Szene in Amerika bisher nicht viel ereignet hat. Auf der anderen Seite aber fühlt sich Amerika mittlerweile durch Entführungen geradezu gelangweilt, gleichgültig ob es sich dabei um ein amerikanisches, ein deutsches oder was immer für ein Flugzeug handelt. So etwas ist keine Neuigkeit mehr, und Herr Laqueur sagte ja, daß Amerika stets etwas Neues braucht. Der Terrorismus ist gewissermaßen zu einem schauspielähnlichen Ereignis geworden, das, jedenfalls im amerikanischen Fernsehen, irgendwo zwischen Football und Baseball seinen Platz hat. Auf der anderen Seite besteht allerdings auch die Gefahr einer Oberreaktion.

Mein Eindruck ist, daß der Terrorismus nicht verschwinden wird, sondern in seiner gegenwärtigen Intensität und seinen bekannten Aktivitäten anhalten und außerdem neue Technologien verwenden wird, die über das Maschinengewehr, die Bombe und andere klassische Waffen hinausgehen. Wir wissen, daß es außerordentlich gut organisierte Terroristen gibt; so stellte die Entführung und Ermordung von Schleyer eine höchst raffinierte paramilitärische Unternehmung dar. Wenn der Terrorismus an Raffinesse zunimmt, werden wir als Zuschauer sicher aufregende Tage erleben. Die Ereignisse von München im Jahre 1972 werden wir dann in anderer Form sicher noch einmal durchleben müssen.

In der Vergangenheit ereignete sich eine Reihe von Vorfällen, die zeigen, daß die Terroristen eine gewisse technische Kompetenz besitzen und über moderne Waffen verfügen. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: 1973 wurden in Rom bei fünf Palästinensern zwei SA-7 Boden-Luft-Raketen beschlagnahmt. Ähnliches ereignete sich in Kenia. In Orly wurde 1975 ein Raketenanschlag gegen ein Flugzeug geplant. Man kann sich leicht vorstellen, was es bedeutet, wenn eine Rakete auf einen von Frankfurt, New York oder London startenden Jumbo-Jet abgeschossen wird, oder wenn, wie jüngst in Indien, Sprengstoff und Zünder im Frachtraum eines Flugzeugs untergebracht werden und dieses am Boden oder in der Luft gesprengt wird. Die Folge wären 300 oder mehr Tote und der Verlust des Flugzeugs. Die Piloten der Luftverkehrsgesellschaften der freien Welt könnten sich weigern, die Flugzeuge zu fliegen, wenn sich die Regierungen außerstande sehen, vollen Schutz zu gewähren. Das hätte dann auch erhebliche negative sozioökonomische Auswirkungen.

Im Jahre 1975 sind in Wien mehrere Leute aus Berlin aufgegriffen worden, die Nervengas verkaufen wollten. Die Baader-Meinhof-Bande hat gedroht, Senfgas zu verwenden. Es besteht ein absolutes Überangebot an Boden-Luft-Raketen und Panzerabwehrwaffen. Wir wissen, daß die Palästinensergruppen solche Waffen haben. In den USA, in Deutschland und in anderen europäischen Ländern sind etwa 40000 arabische Studenten als Ingenieure in Physik, Chemie, Biologie und Mathematik ausgebildet worden. Natürlich sind das nicht alle Terroristen, aber 100 mögen darunter sein, die von El Fatah rekrutiert worden sind. Ich kenne natürlich nicht die qualitative Zusammensetzung der Roten Armee Fraktion, aber die Vorstellung, daß solche Terroristen nur ein

geringes technisches Wissen haben und daß sie sich außerdem dazu verpflichtet hätten, höchstens tschechische Maschinengewehre zu benutzen, ist bestenfalls eine Illusion.

Natürlich dürfen wir als Nation nicht überreagieren. Gleichzeitig müssen wir aber die Gesellschaft schützen. Wir sollten zwei Dinge verstehen. Erstens können die terroristischen Gruppen ihre Form und ihre Ziele ändern; und ich nehme an, daß sie dies tun werden. Zweitens müssen wir lernen, daß wir in dieser Hinsicht alle im gleichen Boot sitzen. Es geht hier nicht um Probleme, die nur die deutsche oder die amerikanische Regierung betreffen. Zwar ist der Terrorismus in den USA in den letzten Jahren nicht sehr effektiv gewesen; es gibt aber keinerlei Garantie, daß nicht auch wir eines Tages durch den Terrorismus schwer getroffen werden.

Aus diesem Grunde brauchen wir sehr viel an nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit, an Austausch forensischer Daten über den Terrorismus. Wir brauchen auch Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gegenseitigen technischen Unterstützung. Das Nichtzustandekommen von Auslieferungsverträgen und das Scheitern entsprechender Verhandlungen aus politischen Gründen in den Vereinten Nationen und an anderer Stelle bedeutet, daß wir Sondervereinbarungen brauchen. Allerdings geschieht ja schon vieles in der Praxis. In dieser Hinsicht waren beispielsweise die Vorgänge in Somalia sehr zu begrüßen. Bei der japanischen Flugzeugentführung jedoch, die in Algerien endete, wurden die Geiseln zwar freigelassen, aber die Terroristen konnten sich davonmachen.

Was die Frage der Verhandlungen mit Terroristen angeht und wie dies auf einer politischen Ebene erfolgen kann, so meine ich, daß wir zumindest in strategischer Hinsicht außerordentlich hart sein müssen. Regierungen können es sich nicht leisten, ihre Souveränität an einen "Schwärm Bienen" zu verlieren; denn mehr als Bienen sind die Terroristen ja nicht, im Vergleich mit dem bewaffneten Staat. Auf der anderen Seite sind aber auch die Schaltstellen der Gesellschaft äußerst verletzlich. Ein Beispiel: Vor kurzem hat sich in den USA ein bedrohlicher Vorfall ereignet, über den allerdings kaum publizistisch berichtet wurde. Bei einem Arbeitskampf durchschnitten Streikende ein 230000-Volt-Kabel, das ein Wasserkraftwerk in Puerto Rico mit der Hauptinsel verbindet. Dies verursachte einen Stromausfall. Es besteht durchaus die Möglichkeit, größere Stromausfälle hervorzurufen, so daß zum Beispiel New York City wochenlang ohne Strom bliebe. Die Systeme sind sehr anfällig; sie sind unzureichend miteinander verbunden; es gibt nicht viel Reservekapazität.

Jede Nation braucht meiner Ansicht nach drei Verteidigungslinien. Erstens einen guten Nachrichtendienst. Das Problem ist, wie man diesen in einer offenen Gesellschaft handhabt. Das muß sowohl national wie international sorgfältig geprüft werden. Natürlich ist es in der Praxis von Vorteil, wenn man frühzeitig eine genaue Kenntnis über terroristische Aktivitäten erhält.

Eine zweite nützliche Maßnahme ist meines Wissens bisher noch von keinem Staat versucht worden: Man sollte die zentralen kritischen Punkte einer Gesellschaft genau analysieren. In einer Kosten-Nutzen-Analyse wären sämtliche qualifizierbaren Faktoren zu untersuchen. So etwas kostet allerdings Zeit und kann auch nicht lückenlos sein. Wir müssen beispielsweise die Frage stellen: Welche Reserven brauchen wir in unserem Versorgungssystem; wo brauchen wir einen Objektschutz? Wenn man heute an Bord eines Flugzeugs geht, wird das Handgepäck durchsucht. Das mag ein teures Verfahren sein, aber es hat zumindest bewirkt, daß die Amateure aus diesem Geschäft verschwunden sind.

Die Nationen müssen beginnen, wirkungsvolle Schranken gegen den Terrorismus zu errichten. Es kommt darauf an, daß wir den Terroristen den Zugang zu bestimmten Einrichtungen und zu den Mitteln, diese zu zerstören, verwehren. Wir müssen zeigen, daß wir in der Lage sind, bestimmte höchst gefährliche Chemikalien und tragbare, insbesondere panzerbrechende Waffen unter Kontrolle zu halten. Vielleicht ist es dafür schon zu spät. Aber ich wäre trotzdem erleichtert, wenn man diese Dinge wenigstens ernsthaft untersuchen würde. Es ist zum Beispiel sehr einfach, Kulturen der Schwarzen Pest oder des Bazillus Anthrax zu beschaffen, dessen tödliche Dosis ein hundertmillionstel Gramm ist.

Auch die dritte Verteidigungslinie mag ihre Mängel haben. Ich nenne sie "effizientes Krisenmanagement". Wir müssen alle Völker auffordern, den Gefahren des Terrorismus ins Auge zu sehen und hart zu sein. Es bedarf einer ganzen Reihe von Vorbereitungen, etwa vom logistischen Standpunkt aus. Welche technischen Experten sind heranzuziehen? Welche Verhandlungspositionen sollen eingenommen werden? Es geht um Fragen der Kommunikation, um mögliche politische Auswirkungen und anderes mehr. Dafür bedarf es der Errichtung entsprechender Informationssysteme.

Ich denke auch an eine Einrichtung auf militärisch politischer Ebene analog den Unternehmensspielen. Hier ginge es darum, die möglichen Ereignisse und entsprechende

Gegenmaßnahmen zu simulieren. An solchen Simulationsspielen sollten möglichst hochrangige politische Entscheidungsträger, vielleicht sogar das Staatsoberhaupt, teilnehmen. Diese müssen schließlich wissen, welche Rolle sie in einer Krise zu spielen haben und worum es dabei geht.

Das Problem, insbesondere in einer Demokratie, ist, daß niemand Zeit für solche Dinge hat - bis ein Ereignis eintritt, und dann ist es zu spät. Das Denken muß vorher geschehen. Es hat auch keinen Zweck, solche Spiele auf der mittleren politischen Ebene zu spielen. Ich habe sechs Jahre im Weißen Haus zugebracht, und ich kann Ihnen sagen - ähnliches wird sicher auch in Deutschland gelten;- , daß wir jeweils von den Problemen des Augenblicks mehr als überfordert waren. Natürlich ist es sehr schwierig, die entsprechenden Mechanismen rechtzeitig zu planen und zu schaffen. Dennoch bin ich davon überzeugt, daß wir solche Vorbereitungen zur Verhütung des Terrorismus durchführen müssen, ob solche schrecklichen Ereignisse nun eintreten oder nicht. Sonst besteht die Gefahr, daß wir, wenn eine Krise eintritt, sehr viel größeren Problemen gegenüberstehen als beim Schleyer-Fall.

Ich möchte hier keine Vermutungen darüber anstellen, wohin die Entwicklung wohl laufen wird. Ich habe jedenfalls starke Zweifel, ob diejenigen recht haben, die hoffen, daß diese Krankheit aussterben wird. Das Kräftepotential der Terroristen ist noch nicht erschöpft. Das Spiel zwischen Terroristen und Nationen ist kein Nullsummenspiel. Wo der eine von uns einen Verlust erleidet, ist dies ein Verlust für uns alle. Deshalb bedarf es der Zusammenarbeit.

Smoydzin

Was Herr Kupperman fordert, gibt es schon weitgehend, nämlich eine internationale Zusammenarbeit von der UNO bis hin zu bilateralen Abkommen. Sie funktioniert allerdings um so besser, je weniger Staaten sie erfaßt. Bedenklich ist .auf der anderen Seite, daß es Staaten gibt, die der terroristischen Aktivität und ihren Akteuren nicht entgegenwirken, sondern diese im Gegenteil unterstützen.

Horchem

Sind die deutschen Terroristen in der Lage und willens, über den Gewaltlevel hinauszugehen, den sie bis jetzt angewandt haben? Bisher benutzten sie als Waffen Maschinenpistolen und Bomben, während ihre Aktionen Geiselnahme und Mord von Einzelpersonen waren. Werden die deutschen Terroristen in Zukunft versuchen, sich Zugang zu spaltbarem Material oder zu chemischen und biologischen Waffen zu verschaffen? Dies würde bedeuten, daß sie Massenmord mit einkalkulieren. Von der ideologischen Basis aus aber, auf der die Terroristen stehen - sie mag noch so skurril sein;- , bedarf jede terroristische Aktion der politischen Rechtfertigung. Eine derartige Gewalteskalation könnte nicht mehr gerechtfertigt werden. Deshalb kann man davon ausgehen, daß zur Zeit vom deutschen Terrorismus solche Aktionen nicht ausgelöst werden.

Die erste Maßnahme zur Abwehr des Terrorismus ist zweifellos die nachrichtendienstliche Aufklärung. Dabei geht es natürlich um Informationen an sich, unter Umständen läßt sich damit aber auch die Aktion selbst verhindern. Es werden also sämtliche nachrichtendienstlichen Mittel eingesetzt: Observation, Ermittlung, Einschleusung und Führung von geheimen Quellen. Letzteres bringt selbstverständlich Probleme mit sich; denn die Quelle kann selbst in kriminelle Handlungen verwickelt werden. Bis zu einem gewissen Grade muß man das im Hinblick auf die terroristische Gefahr tolerieren. Es wäre zu diskutieren, wer das verantwortet. Außerdem läuft jeder dieser geheimen Mitarbeiter Gefahr für Leib und Leben, wenn er von den Genossen enttarnt wird.

In diesem Zusammenhang noch folgende Überlegung. Man kennt etwa ein Kommunikationszentrum von Terroristen, in dem Aktionen, auch Morde, geplant werden. Pläne, Erwägungen sind strafrechtlich nicht relevant, wenn sie nicht die Kategorie eines strafbaren Versuches erreichen. Wenn man eine Aktion verhindern will, muß man prüfen, ob dieses Kommunikationszentrum nicht mit technischen nachrichtendienstlichen Mitteln überwacht werden kann.

Schreiber

Ich beschränke mich hier auf das, was ich als geistige Auseinandersetzung ansehe. Dabei geht es mir im Hinblick auf die praktischen Folgerungen nicht nur um Diskussionen in intellektuellen Exklusivzirkeln wie hier, sondern ich frage mich, was ich meinen 6000 Polizeibeamten vermitteln muß. Das sind nämlich die Leute, die draußen stehen, die alle Formen des Terrorismus erleben, aber auch sämtliche Eingriffe in persönliche Rechte anderer Menschen rechtfertigen müssen - was bei solchen Diskussionen gelegentlich vergessen wird.

Die geistige Auseinandersetzung beginnt bei mir mit dem Versuch, einen Minimalkonsens zu erreichen. Wenn ich mich in dieser Runde so umschaue, so würde ich diesen Minimalkonsens, sagen

wir, mit Herrn Rabehl nicht mehr erreichen können. Auch mit Herrn Conradi habe ich einige Schwierigkeiten. Solange wir nicht in der Lage sind, über Fragen wie Berufsverbote oder Isolationsfolter eine minimale Übereinstimmung zu finden, sehe ich die geistige Auseinandersetzung kaum als fruchtbar an.

Ein weiterer Punkt betrifft die persönliche Verantwortung. In diesem Lande muß das Gleichgewicht zwischen Tat, Täter und Opfer wieder hergestellt werden. Zur geistigen Auseinandersetzung gehört die individuelle Verantwortung, bei all den Grenzen, die hier in medizinischer und sozialer Hinsicht gezogen werden müssen. Wir haben jahrzehntelang nur nach den Umwelteinflüssen gefragt, was ja auch sehr wichtig ist. Aber die persönliche Verantwortung eines Individuums darf darüber nicht vernachlässigt werden.

Schließlich: Zur geistigen Auseinandersetzung, die ich meinen Leuten vermitteln muß, gehört der bedingungslose Verzicht auf die Anwendung jeder Art von Gewalt im politischen Bereich. Das ist gewissermaßen ein Glaubensbekenntnis für mich. Deshalb habe ich mich auch von Anfang an gegen den Begriff der sogenannten strukturellen Gewalt gewehrt, Herr Wassermann. Ein bißchen Gewalt gibt es so wenig wie ein bißchen Schwangerschaft.

Erst wenn wir die geistige Auseinandersetzung geführt haben, und zwar nicht nur auf einer elitären, exklusiven Ebene, können wir uns über all die anderen Fragen zur Bekämpfung des Terrorismus unterhalten, nämlich die Gesetzgebung, die organisatorischen und die logistischen Probleme.

Vogel

Zur geistigen Auseinandersetzung gehört auch, daß wir im Parlament nicht miteinander umgehen, als säße dort eine Versammlung von Todfeinden, die zufälligerweise in denselben Raum gesperrt worden sind. Auch das hat negative Auswirkungen.

Conradi

Herr Narr hat in dem schon erwähnten "ZEIT"-Artikel vom Autismus gesprochen, von der Selbstbezogenheit nicht nur der Studenten, sondern auch der Institutionen. Das Maß an Nicht-verstehen-Wollen oder Nicht-verstehen-Können der Institutionen wird durch das, was Sie hier dargelegt haben, Herr Schreiber, deutlich.

Wenn Sie als Stichworte, die den Konsens zwischen uns nicht mehr ermöglichen, die Themen "Berufsverbote" und "Isolationshaft" anführen, dann muß ich zurückfragen: Können wir uns wenigstens dahingehend verständigen, daß die Praxis des "Radikalenerlasses" mit seinen Folgen dem Terrorismus nützt und im Vorfeld Unterstützung liefert? Wird das von der Verwaltung nicht begriffen? Wissen Sie denn nicht, daß das Gutachten über die "Isolationshaft" und ihre Folgen nicht von irgendwelchen Jusos stammt, sondern von einem Mitglied des badenwürttembergischen Landtags, einem Arzt? Dieser hatte in seiner ärztlichen Verantwortung bestimmte Isolationsfolgerscheinungen bei den Betroffenen in Stammheim festgestellt.

Wollen Sie das alles einfach abtun und sagen, mit jedem, der auch nur das Wort verwendet, gibt es keinen Konsens mehr? Oder sind Sie bereit zu erkennen, daß auch bestimmte Handlungen der Verwaltung den Nährboden für die Distanz zum Staat schaffen? Ich finde es schrecklich, wenn hier gesagt wird, daß sich ein Drittel aller Lehrer nicht mit diesem Staat identifizieren kann und von den politischen Parteien nicht mehr vertreten fühlt. Das geht bei vielen bis zum Haß gegen diesen Staat, der nicht hält, was er verspricht. Und häufig sind Handlungen der Administration mit ein Anlaß, daß das, was versprochen ist, nicht eingelöst wird.

Können wir uns darauf verständigen, Herr Schreiber, daß einer der notwendigen Schritte die strenge Bindung der Verwaltung an das Recht ist? Das hilft zwar nichts gegenüber den Terroristen, aber es ist von erheblichem Einfluß im Vorfeld des Terrorismus. Sind sich Ihre 6000 Polizisten darüber im klaren, daß eine unnötige unverhältnismäßige Hausdurchsuchung in einer Wohngemeinschaft, die überhaupt nichts mit dem Terrorismus zu tun hat, unter Umständen dem Terrorismus noch mehr Anhänger zutreiben kann?

Was kann man im Hinblick auf diese vielen kritischen jungen Leute tun, die sich in zunehmendem Maße vom Staat, von der Gesellschaft abwenden? Da frage ich mich, welche Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten wir diesen Menschen eigentlich anbieten. In dem Punkt sind sich CDU und SPD zum Teil zum Verwechseln ähnlich; sie geben beide keine Antwort auf diese Frage. Wir schaffen an den Universitäten die Studentenvertretungen ab; in den öffentlichen Betrieben und in den Verwaltungen hat sich im Hinblick auf erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten in den letzten Jahren nichts geändert. Wo geben wir denn Identifikationsmöglichkeiten mit dem Staat, wie es hier immer

gefordert wird? Identifikation ist doch nicht irgend etwas Abstraktes, sondern ist konkret dort möglich, wo der einzelne erlebt: Hier kann ich etwas tun; dort kann ich etwas verändern.

Identifikation oder "Solidarität mit dem Staat" bleiben eine abstrakte Forderung, wenn wir nicht eine aktive Dezentralisierungspolitik betreiben. Dies liegt aber keineswegs im Interesse der Ministerialbürokratie, auch nicht der Abgeordneten weder im Landtag noch im Bundestag. Ob Sozialdemokraten oder Christdemokraten, alle wehren sich strikt gegen jeden Versuch einer Dezentralisierung - auf welcher Ebene auch immer. Das würde für die Betroffenen Machtverlust bedeuten - und den können wir doch nicht hinnehmen.

Leicht

Herr Conradi fordert mehr Partizipation, um damit die Gesellschaft gegen Terrorismus zu immunisieren. Ich trete zwar für mehr Partizipation ein, sehe darin aber kein Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus. Ich habe eine große Skepsis gegenüber allen Bedingungen menschlichen Zusammenlebens. Ich erwarte also von einer Fortschrittsentwicklung ebenso wenig wie von einer Restauration der staatlichen Autorität. Das eine hilft so wenig wie das andere.

Unsere Möglichkeiten, die geistige Auseinandersetzung zu führen, sind nur begrenzt. Das gilt nicht allein für die Situation an den Universitäten, sondern auch für großstädtische Subkulturen: Drogenabhängige, Alkoholiker, jugendliche Arbeitslose. Obwohl ich der Jüngste an diesem Tisch sein dürfte, bin auch ich für das Reservoir derer, um die es hier geht, steinalt. Insofern bin ich für jugendliche Protestgruppen schon nicht mehr kommunikationsfähig.

Was wir hier, wie polarisiert auch immer, diskutieren, würde von Anhängern der jugendlichen Subkulturen generell abgelehnt. Die Differenzierungen, um die wir uns bemühen, gelten dort als vollkommen irrelevant. Wenn wir also die geistige Auseinandersetzung führen wollen, so müssen wir bereit sein, zuzuhören und unter Umständen von unserer Selbstüberzeugung und Rechthaberei Abschied zu nehmen, selbst wenn dies den Verlust liebgewordener Vorstellungen bedeuten sollte.

Ich bin wahrlich nicht für Anbieterei. Aber vielleicht ist es für uns unerlässlich, in der Auseinandersetzung mit den Nachwachsenden einzusehen, daß wir nicht nur älter geworden sind, sondern daß ein Teil dessen, was wir denken, schon Tradition ist - wobei einiges es wert ist, daß es untergeht.

Smoydzin

Ich meine, daß das, was die Wissenschaft bisher zum Problem des Terrorismus und seiner Bekämpfung beigetragen hat, irgendwo im Nirwana endet. Da sagt Prof. Narr beispielsweise: Zurück zu Willy Brandt - mehr Demokratie wagen. Aber was bedeutet das? Es sollte viel mehr geredet werden über das Paradoxon, daß mit der permissiven Gesellschaft gleichzeitig ein Leistungsdruck entstanden ist, den die Jugend nicht versteht und dem sie sich zum Teil widersetzt.

Welche präventiven Maßnahmen können der Staat, insbesondere die Polizei und die Sicherheitsbehörden treffen? Verstärkte gesetzliche Möglichkeiten, bessere Ausrüstung der Polizei und anderes mehr - so wichtig und ausgefeilt das alles sein mag, es ändert aber nichts daran, daß alle diese Maßnahmen nicht ausreichen, des Problems Herr zu werden.

Was mich bestürzt, Herr Conradi, ist, daß Sie annehmen, der Terrorismus in unserem Lande sei auch durch die Praxis der Verwaltung beispielsweise bei der Anwendung des Radikalenerlasses motiviert worden. Jedermann weiß, daß die Rechtsgrundlage durch den Radikalenerlaß überhaupt nicht verändert worden ist. Das gilt auch für die Verwaltungspraxis in der Anwendung der Gesetze. Was wir sehen müssen ist - das hat allerdings nichts mit dem Terrorismus zu tun;- , daß es den Kommunisten durch ihre Propaganda in der Bundesrepublik gelungen ist, eine Verwaltungspraxis, die gelegentlich fehlerhaft gewesen sein mag - aber dafür haben wir ordentliche Gerichte, die das wieder zurechtrücken können;- , vollkommen zu diskreditieren. Dadurch ist in unserem eigenen Lande sowie im benachbarten, auch befreundeten Ausland und darüber hinaus der Eindruck vermittelt worden, als gäbe es in der Bundesrepublik ein Berufsverbot und als werde, um Berufsverbote auszusprechen, das Recht gebeugt. Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang. Das Mißtrauen gegenüber der Verwaltung, die die Gesetze nach bestem Gewissen anwendet, hat mich bestürzt.

Die Gewerkschaft der Polizei hat sich dafür ausgesprochen, die Ursachen zu erforschen und zu beseitigen. Hierzu ein Zitat, das auch meine Meinung wiedergibt: "In die Bekämpfung des Terrorismus müssen zwingend alle relevanten gesellschaftlichen Institutionen wie zum Beispiel Gesetzgeber, Regierung und Parteien, Gewerkschaften, Strafverfolgungsbehörden, Schulen, Jugend- und Sozialämter, Institutionen der Rechtspflege und nicht zuletzt die Medien einbezogen werden. Die

Aufgabe allein der Polizei zu überlassen, hieße einerseits, von der Polizei Unmögliches zu verlangen, oder andererseits, sich selbst aus der Mitverantwortung zu stehlen, was die Anerkennung der Unabänderlichkeit des Terrorismus bedeuten könnte."

Es mag sein, Herr Laqueur, daß Amerika gelernt hat, mit dem Terrorismus zu leben. Bei uns ist das noch nicht der Fall. Wir müssen mehr tun, zum Beispiel im Bereich der Bildungspolitik.

Leicht

Wir sind jetzt in einem Stadium der Diskussion angelangt, wo jeder sozusagen erst einmal sein Attest auf Verfassungstreue und Konsensfähigkeit vorzulegen hat und wo man ausmacht, wer wohl für den Konsens noch in Frage kommt und wer nicht. Dieses finde ich schlicht steril. Was dabei zum Ausdruck kommt, ist eine wortreiche Sprachlosigkeit. Wir reden nicht einmal mehr aneinander vorbei, sondern wir verweigern auf diese Weise Kommunikation. Wenn zum Beispiel Herr Conradi hier gewissermaßen als ein einzelner bunter Vogel hingestellt wird, der wohl nicht den richtigen Blick für den Radikalenerlaß hat, dann wird damit eine Art von Isolation angewandt, die wir ja wohl alle ablehnen.

Was die Frage der Haftbedingungen in Stammheim angeht, so ist, wie Herr Conradi richtig sagt, das Isolationsproblem dort ja nicht von Leuten erfunden worden, die Brandfackeln in das Gebälk der freiheitlichen Demokratie werfen wollen, sondern Justizminister Bender hat selbst darauf hingewiesen, wenngleich er dieses Problem aus technischen Gründen nicht gelöst hat.

Das alles sind nur Stichworte. Wenn wir darüber ernsthaft diskutieren wollen, müßte ich Ihnen einige skandalöse Fälle des Radikalenerlasses im einzelnen darlegen und würde dann von Herrn Smoydzin eine Antwort darauf bekommen wollen, inwieweit das Vorgehen der Verwaltung in diesen konkreten Einzelfällen rechtmäßig war. Dazu kann man keine allgemeinen Statements abgeben.

Was mich beschäftigt, ist die Frage nach einem Protestpotential in unserer Gesellschaft, das einerseits Rekrutierungsfeld für die Terroristen bildet, andererseits der Adressat ihrer Rechtfertigungsversuche nach einer Aktion ist. Wir kommen nicht darum herum, uns um ein Verständnis dieses Protestes zu bemühen und uns zu fragen, was man da tun kann. Hier wird nun immerfort Identifikation gefordert. So wenig ich bereit bin, einer antiparlamentarischen Verweigerung das Wort zu reden, so wenig akzeptiere ich die Aufforderung, jeder habe sich, verdammt noch mal, mit diesem Staat zu identifizieren.

Altmann

Es geht um die Beamten.

Leicht

Es mag ja ein Problem sein, daß ein Drittel aller Lehrer sich mit diesem Staat nicht identifizieren kann. Aber ich verweigere mich der Pflicht, ich hätte mich gefälligst zu identifizieren, bevor nicht geklärt ist, womit. Wenn ich mich mit diesem Staat identifizieren soll, dann hat diese Identifikation offenbar unter bestimmten Bedingungen stattzufinden, und über die müssen wir dann reden.

Vor einigen Jahren haben viele Leute noch erklärt, die Stabilität unserer Demokratie sei gerade dadurch gegeben, daß eine gewisse gesunde Apathie und Gleichgültigkeit herrsche. Heute kommt es offenbar darauf an, daß jeder jeden Morgen nach dem Aufstehen die Nationalhymne singt.

Die Einhaltung der Verfassung ist nicht nur eine Papierfrage, sondern eine Frage der Leistungsfähigkeit unserer politischen Gesellschaft. Sie müssen akzeptieren, ob es Ihnen gefällt oder nicht, daß eine große Zahl der heutigen Jugendlichen die Möglichkeit zur Identifikation mit diesem Staat nicht sieht. Sie können das für unglaublich halten, aber es ist so.

Woher kommt das? Da müssen wir uns dann fragen: Wieviel hat beispielsweise der Radikalenerlaß, sei es durch ideologische Überhöhung derer, die darauf ihr Süppchen kochen, sei es aber auch durch Fehlanwendung, bewirkt?

Bracher

Das war doch eine Kampagne!

Leicht

Es war eben nicht nur eine Kampagne. Wenn in München ein Mitarbeiter des Universitätsprofessors Noack, der lediglich die Aufgabe hatte, im Rahmen eines 6-Monats-Vertrages Zeitungsausschnitte zu sortieren, einer Überprüfung durch den Verfassungsschutz unterzogen wird, dann können Sie mir doch nicht erklären, dies sei notwendig zur Aufrechterhaltung der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Bracher

Aber ist der Verfassungsschutz denn etwas Verfassungswidriges?

Leicht

Wenn er so etwas tut, handelt er zumindest nicht zweckrational.

Aber lassen Sie mich deutlich sagen: Ich kann diese Diskussion, die ich für dringend notwendig halte, nicht weiterführen, wenn nicht zuvor geklärt ist, ob meine Äußerung nicht mit der Feststellung bestraft wird: Da ist mit Ihnen wohl kein Grundkonsens zu erreichen.

Altmann

Ich bestreite, daß Radikalenerlaß oder Berufsverbot irgend etwas mit Terrorismus zu tun haben. Niemand ist Terrorist geworden, weil man ihn durch den Radikalenerlaß aus dem öffentlichen Dienst entfernt hat.

Wenn hier von Identität der Gesellschaft gesprochen wurde, Herr Leicht, dann meinen wir damit nicht die Pflicht zur Identifikation mit dem Staat. Die Frage ist aber: Kann man nach der Verfassung verlangen, daß ein Staatsdiener sich für das Grundgesetz engagiert, oder müssen wir hinnehmen, daß Leute in den öffentlichen Dienst eintreten und Beamte mit Pensionsberechtigung werden, die das erklärte Ziel haben, diese Verfassung zu stürzen?

Wassermann

Herr Schreiber hat einen für mich wesentlichen Punkt insofern erwähnt, als er eine Generalkritik an der Strafrechtsentwicklung des letzten Jahrzehnts geäußert hat. Er ist offenbar der Meinung, die "Aufweichung" des Strafrechts habe die Kriminalitätsbekämpfung geschwächt. Diese These halte ich für falsch. Ganz im Gegenteil: Die Maßnahmen der Strafrechtsreform haben die Effektivität des Strafrechtsapparats nicht gemindert, sondern insgesamt erhöht. Aber lassen wir das beiseite.

Wenn wir fragen, wie das strafrechtliche Instrumentarium zur Terroristenbekämpfung noch verbessert werden kann, laufen wir, wenn wir nicht sehr vorsichtig und mit Bedacht vorgehen, Gefahr, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben: In der Absicht, den Rechtsstaat zu schützen und seine Verteidigung zu stärken, schwächen wir gerade das, was wir verteidigen wollen. Das ist die Gefahr einer Erosion des Rechtsstaates.

Ich habe jahrelang eine Hysterisierung der Debatte über die strafrechtliche Terroristenbekämpfung beklagt. Da zeigte sich ja ein merkwürdiges Wechselspiel: Nach jedem neuen Attentat setzte man den Gesetzgeber in Bewegung. Das schien fast eine Art sozialpsychologischer Eigengesetzlichkeit zu sein, die sich da im Bereich der Politik breitmachte. In letzter Zeit ist nun gottseidank eine Versachlichung festzustellen. Deshalb möchte ich jetzt, im Jahre 1978, nicht noch einmal die Schlacht von 1974 schlagen. Heute reagieren wir mit einer großen Gelassenheit und haben dadurch auch an Effizienz gewonnen.

Dennoch muß ich auf ein Problem hinweisen, das oft übersehen wird. Unser demokratischer Staat will das Kunststück fertigbringen, im Gegensatz zur Weimarer Republik, alles das, was zur Terroristenbekämpfung notwendig ist, ohne Ausnahme Gesetze zu bewerkstelligen. Selbst die Überlegung, die an sich nahe lag, nämlich für bestimmte Tätergruppen für eine gewisse Zeit ein Ausnahmerecht vorzusehen, wurde verworfen. So lief etwa die große Kommunismusdebatte in den 60er Jahren darauf hinaus, das politische Strafrecht zurückzunehmen und in das allgemeine Strafrecht zu integrieren. Wir wollten den Gedanken verwirklichen, daß der Verfassungsstaat keine besondere Staatsräson hat, sondern diese im allgemeinen Strafrecht verkörpert ist.

Im Fall Schleyer haben wir dann erlebt, daß für bestimmte Situationen das normale Strafrecht nicht ausreichte. Daraus ergab sich die Forderung nach dem Kontaktsperregesetz, das in der Tat an die rechtsstaatliche Substanz und damit an die Nieren von liberalen Demokraten geht. Die Alternative wäre der Paragraph 34 Strafgesetz - rechtfertigender Notstand - gewesen, der im Traube-Fall schon

unrühmlich strapaziert worden war, und das wäre noch schlimmer gewesen, so schlimm das Kontaktsperregesetz auch ist.

Bei allen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung muß man in zweifacher Hinsicht abwägen. Erstens ist zu fragen: Bringt die Maßnahme wirklich etwas ein? Das ist eine einfache Abschätzung der Vorteile und der Nachteile. Man ist in emotionsgeladenen Augenblicken immer schnell bereit, ein Gesetz zu verabschieden, ohne zu bedenken, ob es auch wirklich effektiv ist.

Das zweite Kriterium ist problematischer, aber nicht weniger wichtig. Selbst wenn wir feststellen, daß es sich um eine effiziente gesetzliche Regelung handelt, müssen wir uns auch fragen: Ist der Preis nicht zu hoch, den wir dafür zu zahlen haben? Geht damit nicht zu viel Freiheit verloren? Ich stimme Herrn Laqueur zu, daß es für einen konsequenten Polizeistaat kein Problem ist, mit dem Terrorismus fertig zu werden.

Leicht

Nicht einmal das stimmt - denken Sie an Spanien.

Wassermann

Wir wollen aber diesen Polizeistaat nicht. Deshalb müssen wir jeweils prüfen, ob die Substanz unserer freiheitlichen Ordnung angetastet wird.

"Verdorben" wird diese fast rational zu bewältigende Aufgabe durch die "großartigen" Strategien unserer Polarisierer, die in allen politischen Gruppen stecken. Diese machen sich den Spaß, die Dinge so mit Emotionen aufzuladen, daß es nicht mehr möglich ist, sie rational zu behandeln.

Noch eins: Geistige Auseinandersetzung bedeutet für mich auch Aufarbeitung der Vergangenheit. Unsere Gesellschaft hat sich bis heute um eine wirkliche Diskussion über den Nationalsozialismus gedrückt und ist deshalb Opfer einer Geschichtsklitterung geworden. Sie hat dabei aber ein schlechtes Gewissen behalten, und das macht viele in dieser Situation wehrlos. Nur so ist es zu verstehen, daß mit Begriffen wie faschistisch und kapitalistisch Politiker, Wirtschaftler, Wissenschaftler und andere Repräsentanten unserer Gesellschaft gleichsam moralisch entwaffnet werden konnten. Das Paradoxe an unserer Situation liegt darin, daß der Faschismusverdacht immer lauter geäußert wird, obwohl diejenigen, die in das NS-System verstrickt waren, von der politischen Bühne abgetreten sind.

Neubauer

Nach der Kriminalstatistik verläuft die Entwicklung des Terrorismus in etwa parallel mit der Entwicklung der Schwerekriminalität, und die Zunahme beider Bereiche fällt zeitlich in etwa mit den Liberalisierungstendenzen im Strafrecht zusammen. Das ist sicher kein Zufall, Herr Wassermann.

Sie haben dann gesagt, beim Kontaktsperregesetz seien Sie besorgt, weil dieses Gesetz an die rechtsstaatliche Substanz gehe. Ich pflichte Ihnen bei, daß es einer Güterabwägung bedarf zwischen der Sicherung des Rechtsstaates auf der einen Seite und der Einschränkung von Rechten der Betroffenen auf der anderen Seite. Die Praxis hat aber gezeigt, daß das Kontaktsperregesetz notwendig war und auch gewirkt hat. Heute wird von bestimmten Gruppen nun schon wieder erwogen, dieses Gesetz abzuschaffen, weil es angeblich nur gerade noch am Rande der Legalität liegt. Bei aller notwendigen Abwägung bin ich doch der Ansicht: Der Schutz unseres demokratischen Rechtsstaates rechtfertigt Einschränkungen durch das Kontaktsperregesetz, die von den einzelnen hingenommen werden müssen.

Gelassenheit, Herr Wassermann, ist ja gut und schön. Aber legen wir nicht etwas zuviel Gelassenheit an den Tag - bei 24 Toten, über 90 Verletzten, 102 Mordversuchen und zahlreichen Geiselnahmen, die der Terrorismus gefordert hat?

Rüegg

So wie der Identifikationsbegriff hier verwendet worden ist, führt er zu einer Hypostasierung beispielsweise des Staates. Niemand kann sich mit dem Staat oder mit der Wirtschaft identifizieren; das ist allenfalls mit so etwas wie Heimat oder country möglich, die emotionale Bindungen mit einschließen. Bei rationalen Ordnungen kann man nur bestimmte Normen und Regeln anerkennen, aber nicht sich damit identifizieren.

Auch der Begriff "Demokratisierung" stellt eine Hypostasierung dar, als wäre die Demokratie ein Wert an sich. Dabei kann es sich hier nur um Fragen der Anerkennung bestimmter demokratischer Grundregeln handeln. Die Form von Demokratie, wie wir sie in den westlichen Ländern antreffen, ist

ein äußerst fragiles Gebilde. Deswegen darf es meines Erachtens über die Einhaltung dieser Grundregeln keine Zweifel geben.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik stellt sich in anderen Demokratien, sagen wir, der Schweiz oder England, nicht die Frage, ob man die Gesetze oder Regeln des Rechtsstaates einhalten soll oder flexibel damit umgehen kann. Dort wird nach dem Gesetz und nicht nach Opportunität gehandelt.

Es war viel von Unsicherheit und Staatsverdrossenheit die Rede. Dabei hat sich die deutsche Bevölkerung gegenüber dem extremistischen Wirkungspotential als außerordentlich resistent erwiesen. Im Gegensatz zu dem, was wir Soziologen als Reaktion auf die 68er Bewegung erwartet hatten, ist keine Faschisierung eingetreten, obwohl das vielleicht sogar bezweckt war, wenn ich an einige Diskussionen mit SDS-Studenten denke.

Staatsverdrossenheit und Kritiklust sind auch, wie internationale Untersuchungen zeigen, kein reines Jugendphänomen. Davon sind neben bestimmten Jugendgruppen - vor allem an den Universitäten auch Gruppen von Erwachsenen betroffen.

Warum ist die Jugend nicht insgesamt im gleichen Maße anfällig? Im Lehrlingsbereich beispielsweise sind noch Interaktionsmöglichkeiten vorhanden, wenn auch in zum Teil repressiver Form. Aber die Lehrmeister stellen immerhin Autoritäten dar, mit denen sich die Lehrlinge täglich auseinandersetzen müssen. In der Universität dagegen gibt es vergleichsweise nur wenige Hochschullehrer, die zudem zu den Studenten in großer Distanz stehen.

Allerdings war es ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, man könne an den Universitäten durch Gesetz Interaktionsmöglichkeiten schaffen, um auf diese Weise die Mitbestimmung oder Mitentscheidung der Studenten im Verhältnis zur älteren Generation zu fördern. In England und den USA ist diese Gefahr vermieden worden.

O'Brien

Herr Leicht hat gefragt, ob eine Verpflichtung besteht, sich mit dem Staat zu identifizieren. Zunächst, und vor allem: Es gibt keine bedingungslose, allgemeine Verpflichtung für den Bürger, sich mit, sagen wir, dem Dritten Reich, der Regierung Südafrikas, der Regierung Idi Amins in Uganda zu identifizieren. Es gibt auch keine totale, bedingungslose Verpflichtung des einzelnen, sich mit dem demokratischen Staat zu identifizieren. Auch ein demokratischer Staat kann Verbrechen begehen, zum Beispiel einen ungerechten Krieg führen. Dann hat der Bürger das Recht zu sagen: "Ich identifiziere mich nicht mit dem Staat, wenn er solche Aktionen durchführt." Ich war während der Zeit des Vietnam-Krieges Universitätslehrer in den Vereinigten Staaten. Ich war bereit, Gesetze zu übertreten und wurde wegen der Teilnahme an gewaltlosen Protesten gegen den Vietnam-Krieg auch festgenommen.

Die andere Seite ist aber: Wenn der demokratische Staat mit all seinen Unvollkommenheiten, die, wie wir wissen, sehr groß sind, durch kleine bewaffnete Gruppen herausgefordert wird, die bereit sind, menschliches Leben zu vernichten, nur weil sie glauben, daß sie dies tun müßten, dann gibt es die Verpflichtung des einzelnen, sich mit dem Staat angesichts einer solchen Gefahr zu identifizieren. Gerade der demokratische Staat stellt trotz all seiner Schwächen und Fehler eine Schranke gegen die anarchistische Degeneration dar. Das bedeutet aber nicht eine Identifizierung in jeder Beziehung.

Ich komme aus Irland, einem Land, in dem seit über 100 Jahren eine terroristische Organisation bestanden hat, die während dieses Zeitraums in fast jeder Generation aktiv gewesen ist. Die Irisch-Republikanische Bruderschaft wurde von James Stevens im Jahre 1863 gegründet. Sie ist die Mutterorganisation der heutigen IRA. Ich führe das gegen jene Perspektive an, die glaubt, der Terrorismus lasse sich ausmerzen. Ich bin davon überzeugt, daß wir mit dem Terrorismus lange werden leben müssen. Man hat mit den verschiedensten Methoden und mit unterschiedlichem Erfolg versucht, diesem Tatbestand zu begegnen. Seit etwa 1970 haben wir die längste Phase bewaffneter Aktivität in der Geschichte dieser Organisation durchstanden. ^Vielleicht wird sich das jetzt ändern.

Es wurde die Frage gestellt, ob politisch motivierte Terroristen sich auch zum Massenmord hinreißen lassen. Aufgrund der irischen Erfahrungen kann man darauf nur antworten: Ja, sie schrecken auch davor nicht zurück. Die IRA war bereit, in den Straßen von Belfast, jener Stadt, die sie ja theoretisch befreien und deren Bürgern sie die Freiheit bringen will, Bomben mit größtmöglicher Sprengkraft zu verstecken und alle, die zufällig vorbeigingen, in die Luft zu sprengen. Die Verantwortung dafür schob die IRA einfach auf die Sicherheitskräfte; sie hätten die Bomben entfernen müssen. Dies ist eine überaus unehrliche Entschuldigung.

Ich selbst war vier Jahre lang Mitglied einer irischen Regierung, die den Terrorismus bekämpfte, was ihr auch bis zu einem gewissen Grad gelungen ist. Gegenüber dem Terrorismus kommt es darauf an,

sowohl jede Sentimentalität wie auch jede Hysterie zu vermeiden. Vielmehr müssen wir nach einem Mittelweg suchen. Allzuleicht fällt die öffentliche Reaktion von einem Extrem in das andere; aber damit spielt man nur dem Terrorismus in die Hände.

So hat die irische Regierung zum Beispiel jüngst erwogen, eine allgemeine Amnestie für die IRA zu erlassen. Aber bei der nächsten Serie von Sprengstoffanschlägen schwingt das Pendel der öffentlichen Meinung wieder zurück, und man ruft empört nach Einführung der Todesstrafe, weil man dies im Augenblick für die einzig wirksame Gegenmaßnahme hält.

Ich bin gegen alle drastischen Sondermaßnahmen wie Aufhängen, Prügelstrafe oder was immer man sonst vorschlagen mag. Ich würde aber auch, und zwar mit dem gleichen Nachdruck, gegen jede Sentimentalisierung des Terrorismus Stellung nehmen. Der Terrorist muß wie jeder andere Bürger, der eines Verbrechens angeklagt ist, behandelt werden. Er muß in üblicher Weise vor Gericht gebracht werden, ein faires Gerichtsverfahren erhalten und, sofern er verurteilt wird, eine Strafe bekommen, die dem begangenen Verbrechen angemessen ist. Dies ist die einzige Art und Weise, wie man mit Verbrechern umgeht.

Ich halte es auch für wenig sinnvoll, wenn man sich allzu tief auf Erörterungen der Motivation einläßt, wenn man das eigene Herz wegen irgendwelcher Schuldgefühle untersucht oder wenn man über die Natur der Gesellschaft nachdenkt. Dies tun wir ja auch nicht bei den gewöhnlichen Verbrechern.

Unsere soziale Ordnung hat, das wissen wir alle, große Mängel. Aber wir haben keinen Grund zu der Annahme, daß der Terrorismus die Dinge irgendwie zum Besseren wenden könnte. Es besteht auch nicht der mindeste Grund für die Annahme, daß ein von Terroristen geleiteter Staat besser wäre als der, den wir jetzt haben. Ganz im Gegenteil. Wir kennen doch Staaten, die von Terroristen geleitet werden. Joseph Stalin war Terrorist; er war ursprünglich gegen eine böse, ungerechte Herrschaft angetreten, um dann selbst eine noch ungerechtere, unehrlichere Regierung zu errichten.

Wir dürfen uns auch nicht als mit den Terroristen "im Krieg" befindlich betrachten oder politische Formeln für einen Friedensschluß suchen; es gibt keine solche Formel. Harold Wilson hat mit der IRA in Dublin persönlich verhandelt; desgleichen der Secretary of State für Nordirland, William Whitelaw. Die Folge war in beiden Fällen, daß die Gewaltanwendung zunahm. Seither haben sich die Regierungen des Vereinigten Königreichs ebenso wie der Republik Irland geweigert, irgendwelche politischen Gespräche mit Terroristen zu führen. Die britische Regierung versuchte es auch mit geheimen Aburteilungen. Dies war ein großer Fehler; das Verfahren wurde bald wieder aufgegeben, und die Intensität der Gewalt ging wieder zurück.

Ein Terrorist ist wie jeder andere Rechtsbrecher zu sehen, er ist weder besser noch schlechter. Wir sollten ihn weder idealisieren noch zu einem Ungeheuer machen. Er ist weder das eine noch das andere. Er ist ein Mensch, der sich aus irgendwelchen Gründen, nicht notwendigerweise den von ihm selbst vorgegebenen, auf diesen Weg der Gewalt begeben hat. Man macht häufig den Fehler, die Aussprüche von Terroristen zu wörtlich zu nehmen, wenn er etwa erklärt, er tue all diese Dinge wegen des Zustandes der Gesellschaft, wegen der Entfremdung, wegen der Identitätskrise und so weiter. Das mag stimmen oder auch nicht.

Wir müssen zwar die Gründe für die Handlungsweise des Terroristen kennen. Aber wir sollten ihm nicht dadurch schmeicheln, daß wir endlos darüber diskutieren, was ihn bewegt. Auch die Studenten sollten wir nicht ganz so ernst nehmen, wie manche das tun. Ich war vier Jahre lang Professor in New York; ich habe, wie schon gesagt, selbst an gewaltlosen Protesten der Studenten und Lehrer gegen den Krieg in Vietnam teilgenommen. Ich bin überzeugt, daß wir politisch recht hatten. Aber am Rande dieser Bewegung gab es immer Leute, die terroristisch nach Art der Baader-Meinhof-Gruppe arbeiten wollten. Mein Eindruck war, daß es denen nur darum ging, Aufmerksamkeit zu erregen und sich des Rampenlichts zu erfreuen. Sie hatten Spaß daran, daß man ihre Motive diskutierte; sie waren stolz, plötzlich als wichtige Leute angesehen zu werden, nur weil sie bestimmte Dinge sagten und taten. Sie hatten auch alle sehr viel Vergnügen daran, ihren Professoren Angst einzujagen.

Wie ich hier höre, können Universitätslehrer an deutschen Hochschulen ihre Vorlesungen und Seminare nicht abhalten, weil ihnen der Ruf vorausgeht, sie seien gegen den Terrorismus, während die Studenten der Meinung sind, ihr eigenes "Quatschen" über den Terrorismus sei eine wichtige Sache. Ich meine, eine Universität, an der solches geschieht, sollte für eine Abkühlungsperiode geschlossen werden, bis an ihr wieder die Meinung aller gehört werden kann. Daß Studenten das Recht erhalten, eine Universität zu dominieren, entspricht nicht der Idee der Universität.

R. Dahrendorf

Conor Cruise O'Brien ist, wie viele von Ihnen wissen dürften, seit vielen Jahren eine konstante Stimme der selbstbewußten Vernunft in einem sehr unvernünftigen Konflikt, und zwar als Autor, Journalist und Politiker, als Mitglied der Regierung der Republik Irland und als Oppositionspolitiker. Es gibt viele, die ihn für seine Haltung bewundern.

Vogel

Ich stimme Herrn O'Brien zu: Man kann keinen Bürger auf den Staat als solchen festlegen. Doch irgendwo muß es einen Punkt geben, an dem man sich verständigt. Andere Völker haben ein normales Verhältnis zu ihrem Staat. Bei uns besteht da gewissermaßen ein Vakuum.

Wir haben bis in die sechziger Jahre hinein nur den materiellen Wiederaufbau gekannt. Das war am Anfang vernünftig; denn in Elend und Dreck wollte keiner leben. Aber zwischen 1963 und 1965 haben wir vermutlich den Zeitpunkt verpaßt, wo wir uns auch nach anderen Dingen hätten umsehen müssen. Deshalb fragen uns heute die jungen Leute zu Recht: Was ist eigentlich der Sinn Eurer ganzen Veranstaltung; was habt Ihr noch im Kopf außer einem zweiten Auto, Farbfernseher und so weiter? Diese Frage ist keine Entschuldigung und Erklärung für den Terror, aber sie ist berechtigt.

Wir haben dann allerdings - gerade meine Generation ist in dieser Hinsicht angesprochen - dort keinen Widerstand geleistet, wo es dringend notwendig gewesen wäre, eine Institution auch um ihrer selbst willen zu verteidigen. Unter dem Stichwort "Verhältnismäßigkeit" meinten wir immer nur nachgeben zu müssen, dann liefere es schon. Junge Menschen haben ein Recht auf die Sinnfrage; sie haben aber auch ein Recht darauf, daß wir Älteren ihnen von einem bestimmten Punkt an Widerstand leisten.

Warum sind wir so unsicher? Ist das noch die Hypothek aus der Zeit von vor 1945? Ist es das Vakuum, das entstand, als wir nur das Materielle und Adenauer gemeint haben und glaubten, dies genüge? Wir haben in unserem Grundgesetz einige Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Darin steckt eine Menge, das sich aktivieren ließe. Darin ist auch eine Veränderungsfähigkeit enthalten, die unser System wie kaum ein anderes besitzt und die wir durch die Maßnahmen gegen den Terrorismus nicht kaputt machen dürfen.

R. Dahrendorf

Unsere Diskussion hat nun doch etwas von der Polarisierung in der intellektuellen und politischen Klasse der Bundesrepublik Deutschland sichtbar gemacht. Jemanden, der seit einer Reihe von Jahren im Ausland lebt, beunruhigt es zutiefst, daß Menschen sich wechselseitig in Schubladen stecken und mit bestimmten Etiketten versehen, was kaum förderlich sein kann, um das Wirkungspotential des Terrorismus zu verringern.

Wir haben über gesetzliche Maßnahmen bisher kaum gesprochen. Das wäre vor allem deshalb wichtig, weil in der Bundesrepublik eine Diskussion über die Sensibilität des Rechts, das als Instrument verwendet wird, nötig ist. Es ist ja mit den Buchstaben des Rechts eine eigene Sache. In einem totalitären Staat läßt sich der Buchstabe des Rechts unter Umständen benutzen, um Opposition zu organisieren. Der Opposition etwa in der Sowjetunion ist selbst die verschlechterte neue Verfassung noch ein nützliches Instrument, um dem Staat entgegenzuhalten, daß es gewisse verbrieft Rechte gibt, auf die man sich berufen kann, auch wenn der Staat sie systematisch und bewußt verletzt.

Auf der anderen Seite kann man aber in einem lebendigen, freien Gemeinwesen durch ständige Berufung auf den Buchstaben des Gesetzes Kräfte lahmlegen, so daß es zu einer Erstarrung kommt, die letztlich das Wirkungspotential des Terrorismus verstärkt.

Herr Schreiber hat nun gesagt, um die geistige Auseinandersetzung erfolgreich zu führen, müsse man zum Beispiel in der Lage sein, denen, die man auffordert, ihre Gesundheit, vielleicht sogar ihr Leben für die Verteidigung des Gemeinwesens einzusetzen, klare Antworten zu geben. Er hat dann aber hinzugefügt, daß zu diesem Zweck ein Minimalkonsens über Werte nötig sei. Diese Formulierung macht mir doch ein wenig Angst. Denn dieser Minimalkonsens ist offenbar so geartet, daß möglicherweise ein Drittel derer, die hier anwesend sind, nicht mehr dazugehören.

Engt man auf diese Weise nicht den Konsens, der in einem demokratischen Gemeinwesen noch akzeptabel ist, so sehr ein, daß man sich am Ende nicht wundern darf, wenn Herr Conradi sich fragt, ob er noch in den Deutschen Bundestag ehört? Kann man einen Bundestagsabgeordneten, der sich vielfach aktiv für das demokratische Gemeinwesen eingesetzt hat, als möglicherweise außerhalb des Minimalkonsenses stehend bezeichnen? Das würde auch für viele andere gelten, die diese oder jene

Auffassung teilen. Wer so argumentiert, engt nach meiner Meinung den Radius der erlaubten Diskussion so weit ein, daß die unerlaubte Diskussion bestärkt werden muß.

Es wäre schlimm, wenn wir diese Diskussion in dem Bewußtsein verließen: Ach, der Herr Schreiber ist ein bloßer Reaktionär, der will gar nicht mit uns reden. Oder: Der Herr Conradi bewegt sich auf halbem Wege zu den Terroristen, dem ist nicht zu trauen.

Binder

Die Tatsache, daß die Terroristen mit linken Theorien operieren, hat dazu geführt, daß, wie das Beispiel von Herrn Conradi zeigt, gerade die politische Linke darunter leidet. Die Situation gibt nämlich Gelegenheit, Vertreter einer bestimmten politischen Richtung zu Sympathisanten oder gar zu Komplizen des Terrorismus zu stempeln. Auf diese Weise kann man auch bestimmte Ideen aus der Diskussion verdrängen und Generalabrechnungen durchführen.

Schreiber

Ich habe hier keine apodiktischen Forderungen aufgestellt, sondern den Versuch gemacht, einige provokatorische Thesen zur geistigen Auseinandersetzung darzulegen, also darüber zu reden, was Herr Conradi und ich - oder wer immer - unter dem Radikalenerlaß oder unter dem Begriff Isolationsfolter verstehen. Wenn man von praktischen Folgerungen oder von Maßnahmen spricht, ist diese geistige Auseinandersetzung vorrangig. Meine Beispiele waren gewissermaßen Fixpunkte, über die man reden muß, aber keine Forderungen, die undiskutiert zu erfüllen wären. Ihre Angst, Herr Dahrendorf, ist also fehl am Platz.

R. Dahrendorf

Das ist sicher eine willkommene Bemerkung.

Busche

Im Rahmen der Maßnahmendiskussion verweise ich auf Gesetzesänderungen, deren Logik nicht einzusehen und die einen Einschnitt in die Rechte eines Angeklagten bedeuten. Ich denke etwa an den § 149, neue Fassung. Es kommt schon vor, daß, wenn jemand aus der Terroristenszene festgenommen wird, die Bundesanwälte händeringend linke Rechtsanwälte zu überreden suchen, das Mandat zu übernehmen, damit man beim ersten Haftprüfungstermin nicht ohne Anwalt dasitzt. Kaum ist der Haftprüfungstermin vorüber, wird dem Rechtsanwalt von dem gleichen Bundesanwalt eröffnet, er dürfe die Verteidigung dieses Mandanten gar nicht übernehmen, weil er schon einmal einen angeklagten Terroristen verteidigt habe, selbst wenn das Jahre zurückliegt.

Der § 149, neue Fassung, hat jedenfalls dazu geführt, daß Angeklagte das Recht der freien Verteidigerwahl von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr wahrnehmen konnten. Zum Teil wird mit diesem Gesetz ein übles Spiel getrieben. So läßt man einen Angeklagten eine Zeitlang in dem Glauben, mit seiner Verteidigung gehe alles in Ordnung. Zwei Tage vor Prozeßbeginn wird dem Verteidiger dann eröffnet, er dürfe aus dem schon erwähnten Grund diese Verteidigung gar nicht übernehmen. Es ist dann nicht die Regel, daß das Gericht, wie jetzt in Hamburg, entscheidet, dies hätte sich die Bundesanwaltschaft früher überlegen müssen; außerdem liege der andere Fall schon lange zurück.

Es sieht zudem nach Mißbrauch aus, wenn mit Berufung auf einen Paragraphen und unter Hinweis auf einschlägige Beschuldigungen ein Verteidiger aus einem Vorverfahren herausgehalten wird - zu diesem Zeitpunkt läge Doppelverteidigung vor;- , während bei Eröffnung der Hauptverhandlung die die Anwendung des § 149 ermöglichenden Vorwürfe fallengelassen oder abgetrennt werden. Jetzt kann sich der ursprünglich vom Angeklagten gewählte Verteidiger nicht mehr einarbeiten und ist ohne Rechtsgrundlage faktisch aus dem Verfahren eliminiert.

Es ließen sich noch weitere Konsequenzen solcher gesetzlichen Tatbestände anführen, ohne daß ich das jetzt vertiefen will. Worauf es mir ankommt ist: Der Paragraph 149, neue Fassung, behindert erstens die Justiz in der Verfolgung, er schafft zweitens ein Klima des Verdachtes gegenüber der Justiz und wird sie absehbar in große Schwierigkeiten bringen. Denn irgendwann werden sämtliche linken Verteidiger aufgebraucht sein.

Vogel

Sie vermitteln hier den Eindruck, Herr Busche, als sei der § 149 als Antwort auf den Terrorismus geändert worden. Das stimmt nicht. Die Diskussion über die Zulässigkeit der Mehrfachverteidigung ist

schon ungefähr vier oder fünf Jahrzehnte alt. Der vernünftige Grundgedanke ist, daß bei der Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch den gleichen Anwalt Situationen auftreten können, in denen die Interessen der Angeschuldigten nicht parallel, sondern gegeneinander laufen. Dann ist es geradezu ein rechtsstaatliches Gebot, daß man diesen Konflikt ausräumt. Das liegt dem § 149 in der neuen Fassung zugrunde.

Auch der Verteidigerausschluß ist keine Erfindung, die mit den terroristischen Aktivitäten zusammenhängt, wie selbst Mitglieder des Deutschen Bundestages fälschlicherweise annehmen. Den Verteidigerausschluß hat es seit Jahrzehnten gegeben, nur eben nicht als geschriebenes Recht, sondern als Gerichtsbrauch. Im Jahre 1973 hat dann das Bundesverfassungsgericht festgestellt, ein so schwerwiegender Eingriff könne nicht auf der Grundlage ungeschriebener Übung vollzogen werden, das Verfahren müsse im Gesetz festgelegt werden.

Ich komme jetzt zu den Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Natürlich müssen wir dabei primär diejenigen im Auge haben, die terroristische Aktivitäten entfalten. Von Weizsäcker betont aber in der schon erwähnten Rede, daß die Terroristen für ihren psychologischen Feldzug mindestens vier verschiedene Zielgruppen anvisieren: Die führende Schicht unserer Gesellschaft, die breite Masse der Bevölkerung unseres Landes, die öffentliche Meinung des Auslands und - kurzfristig wohl das Wichtigste - das Reservoir ihrer eigenen Sympathisanten, also derer, von denen sie personelle Verstärkung erwarten. Dies muß man alles zugleich beachten, um die Tauglichkeit einer Maßnahme zu prüfen.

Die Maßnahmen bestehen erstens, wie hier schon gesagt wurde, in der geistig-politischen Auseinandersetzung. Darunter verstehe ich zunächst eine vertiefte Ursachenforschung. Was im allgemeinen unter diesem Stichwort läuft, ist der mühsam verkleisterte Versuch zweier demokratischer Richtungen, den Terror jeweils ein wenig in die Nähe der anderen zu schieben. Am primitivsten geschieht dies mit der Etikettierung "Kinder Marxens" auf der einen Seite, womit man natürlich die Sozialdemokraten treffen will, während unter der Bezeichnung "Kinder Hitlers" auf der anderen Seite möglichst die Konservativen in diesem Lande rubriziert werden sollen. Dies ist gerade das Gegenteil einer sinnvollen Ursachenforschung.

Ein weiterer Punkt. Kritik ist ein Wesenselement unserer Ordnung, und ich bin gegen jede Einschränkung der Kritik, insbesondere mit administrativen Mitteln. Ich warne nur vor jener totalen Kritik, die nicht mehr die konkreten Mißstände, und seien sie noch so zahlreich, zum Gegenstand hat, sondern den gesamten Staat als verächtlich und hassenswert bekämpft. Der Realitätsverlust, der bei aktiven jungen Leuten, insbesondere bei solchen mit idealistischem Einschlag, festzustellen ist, rührt nicht zuletzt daher, daß Persönlichkeiten, die für diese Leute eine Orientierungsfunktion haben, das gesamte System in einer Art und Weise verteufeln, daß der junge Mensch sich sagt: Wenn dieser Staat eine Art südamerikanische Diktatur ist, dann muß man sich dagegen gewaltsam zur Wehr setzen.

Es ist unsere Aufgabe, diese Haltung nicht mit Vorschriften, sondern durch Engagement und Diskussion abzubauen. Denn der Terrorismus verfügt hier über ein Reservoir an Kräften, die ihm eine ganz neue Qualität geben könnten.

Auch das Problem der Sprache und der Semantik spielt bei der politisch-geistigen Auseinandersetzung eine große Rolle. Durch die Auffüllung bekannter Worte mit einem neuen kämpferischen Inhalt wird einmal die gegenseitige Verständigung blockiert.

Zum anderen werden wie bei den Pawlowschen Reaktionen fast automatisch Aggressionen ausgelöst.

Schließlich: Wir können jedes demokratische System diskreditieren, wenn wir aus der Verfassung ein Prinzip, das im Spannungsverhältnis zu anderen steht, herauslösen, es absolut setzen und daran dann die Wirklichkeit messen. Wir können auch jede realistische Reformpolitik diskreditieren, indem wir Erwartungen wecken, die kaum jemals erfüllt werden können.

Der zweite Bereich ist der Gesetzesvollzug. Dazu gehört zunächst, daß wir selber unsere Gesetze auf das korrekteste beachten. Das erfordert größte Empfindlichkeit gegenüber Rechtsbrüchen, die im staatlichen Bereich geschehen.

Gesetzesvollzug heißt aber auch, daß wir die Einhaltung der Regeln, die wir uns gegeben haben, nicht zur Disposition stellen. Wir dürfen nicht je nach Opportunität und Zweckmäßigkeit unter der falschen Flagge der Verhältnismäßigkeit Rechtsbrüche geschehen lassen, indem wir behaupten, es entstehe größeres Übel, wenn der Staat beispielsweise an den Universitäten das tut, was er dem Normalbürger gegenüber jeden Tag vollzieht. Ein Staat, der Rechtsbrüche akzeptiert, beschönigt und vertuscht, weil ein paar Staatsfunktionäre ihre Ruhe haben wollen, macht sich verächtlich.

Ich hatte als Oberbürgermeister durchaus Verständnis dafür, wenn junge Menschen so engagiert sind, daß sie eine Regelverletzung begehen, um auf Mißstände aufmerksam zu machen. Ich nenne als Beispiel Hausbesetzungen. Allerdings kann die Polizei dies nicht als Dauerzustand bestehenlassen, sondern muß die gesetzliche Ordnung wiederherstellen. Wenn dann aber derjenige, der das Recht gebrochen hat, um ein Signal zu setzen, sich wie ein wehleidiger Waschlappen benimmt - wie ich es vielfach erlebt habe;- , wenn die Spielregel an ihm exekutiert wird, so halte ich das für jämmerlich.

Es ist zweifellos richtig, daß wir den Staatsorganen, die unter schwierigen Bedingungen ihre Aufgaben erfüllen, keineswegs kritiklos gegenüberstehen dürfen. Sie brauchen Kritik, und diejenigen, die über mehr Macht verfügen, müssen schärfer kritisiert werden. Ist es aber zu rechtfertigen, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, die eigentliche Gefahr für Freiheit und Leben der Bürger gehe nicht vom Terrorismus, sondern vom Verfassungsschutz, von der Justiz und von der Polizei aus? Solche Auffassungen werden vertreten, und das kann man nicht mit Paragraphen in Ordnung bringen.

Ich komme drittens zum Thema Gesetzesänderung. Da widerspreche ich zwei fast dogmatisch verfestigten Lehrmeinungen. Die eine lautet: Ändert nur einige Paragraphen, haut mal ordentlich auf den Putz, hört auf mit der wachweichen Reaktion, sperrt die Kerle ein - andere sagen noch etwas anderes;- , dann ist der Spuk zu Ende. Das ist sicher falsch. Es gibt Staaten, die sich - mit welchem Erfolg auch immer - so verhalten. Das wollen wir aber unter gar keinen Umständen.

Ich habe keinen Zweifel, daß breite Schichten unserer Bevölkerung zunächst erleichtert wären, wenn von solchen scharten Vorschlägen vieles sofort verwirklicht würde. Aber ein Jahr später wäre ihre Enttäuschung und Staatsverdrossenheit um so größer, weil sich nämlich herausstellen würde, daß dies bei den handelnden Terroristen überhaupt nichts genützt hat. Dann wäre die Distanz zum Staat noch größer geworden.

Doch genauso falsch iüt das Dogma, ausgerechnet auf diesem Gebiet dürfe überhaupt nichts geändert werden. Wenn sich neue Formen der Sozialschädlichkeit zeigen - ich nonne als Stichworte nur Umweltkriminalität, Wirtschaftskriminalität;- , dann muß man dagegen etwas tun. Auch für den Terrorismus, bei dem wir es ebenfalls mit einer neuen Erscheinungsform der Kriminalität zu tun haben, gilt dieser Grundsatz.

Ich stimme Herrn Wassermann zu, daß man dabei strikt rechtsstaatlich vorgehen muß. Dazu möchte ich allerdings anmerken: In der Rechtsordnung anderer Länder gibt es bereits ohne Terrorismus Bestimmungen, die, wenn ich hier nur davon sprechen würde, lebhaftere Reaktionen auslösten. Außerdem müssen alle Maßnahmen effektiv sein. Etwas nur "just for show" ins Gesetzblatt schreiben, heißt den Staat demontieren.

Ein letztes Wort zum internationalen Aspekt: Terrorismus kennt keine Grenzen. Die deutschen Terroristen bewegen sich in einem weiten Aktionsradius. Wir müssen deshalb die internationale Zusammenarbeit verbessern. Die europäische Konvention, die jetzt von uns ratifiziert wurde, ist ein richtiger Schritt in diese Richtung.

Neubauer

Zur Bekämpfung des Terrorismus werden gesetzliche Maßnahmen allein sicher nicht ausreichen, aber auch sie sind notwendig, so zum Beispiel im materiellen Strafrecht die Aufstufung des § 129 a vom Vergehen zum Verbrechen. Ich denke weiter an die Verteidigerüberwachung im formellen Recht, an Verbesserungen im Melderecht, Haftrecht, Demonstrationsstrafrecht und Prozeßrecht. Das, was sich bisher aber als Einigung zwischen den Parteien anbietet, scheint mir im Hinblick auf die Herausforderung durch den Terrorismus zu wenig zu sein.

Ich komme jetzt noch einmal auf die geistige Auseinandersetzung zurück. Der Ansatzpunkt dafür muß meines Erachtens bei den eigentlichen geistigen und gesellschaftspolitischen Hintergründen liegen. Im Grunde gibt es zwar keine rational vermittelbare Motivation für den Terrorismus, aber es gibt Konstellationen, die dem Gedeihen des Terrorismus förderlich sind. Solche Konstellationen sehe ich vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich und im Bereich der Sozialwissenschaften.

Zum gesellschaftspolitischen Bereich gehört, wie Herr Laqueur sagte, der Verlust der sittlichen Orientierungswerte, die Überbetonung des Materiellen. Hinzu kommen Auflösungserscheinungen im Bereich des Religiösen; ich erinnere an die zahlreichen destruktiven Sekten, die hervorgetreten sind. Aber auch Auflösungserscheinungen in der Familie sind sowohl bei den Ursachen als auch bei den Maßnahmen mit zu beachten. So sollten wir die neuesten Bestrebungen beim Sorgerecht einmal unter dem Aspekt sehen, inwieweit sie die Auflösung der Familie begünstigen.

Ein weiterer Ansatzpunkt für die geistige Auseinandersetzung um Ursachen und Hintergründe des Terrorismus wäre die Frage nach dem Verlust unseres Geschichtsbewußtseins. Dem kommt im Geschichtsunterricht eine große Bedeutung zu. Im Unterrichts- und Erziehungsbereich allgemein denke ich etwa an bestimmte Rahmenrichtlinien einzelner Bundesländer, in denen die Konfrontation gegen den Staat, die Gesellschaft, die Polizei, gegen Eltern und Unternehmer heraufbeschworen wird. Das beginnt mehr oder weniger unterschwellig schon beim Kinder- und Jugendfunk.

Es müßte Schluß sein - auch das ist eine Maßnahme - mit der Konflikttheorie, wonach jede Form von Autorität zu hinterfragen ist, wie man so schön sagt. Es müßte Schluß sein mit Pauschalierungen in der politischen Auseinandersetzung; ich denke nur an die Aktion "Gelber Punkt". Es müßte Schluß sein mit Polarisierung und Konfrontation. Streithofen hat zu Recht die Frage gestellt, ob der Terrorismus nicht die konsequente Fortsetzung der Polarisierung und der Konfrontation sei, wie wir sie zunehmend im politischen und im gesellschaftlichen Bereich erleben. Ein Grund für die Polarisierung dürfte auch in der Reideologisierung zu finden sein.

Zweitens kommt den Sozial- und Politikwissenschaften für die geistige Auseinandersetzung eine große Bedeutung zu. Sie müssen sich mit wissenschaftlichen Methoden gegen pseudo-wissenschaftliche Theorien wenden, die letztlich die Grundlagen für die Theorie der Gewaltanwendung darstellen. Die Politik- und Sozialwissenschaften müssen sich gegen den Begriff der strukturellen Gewalt wenden, wie er von Herbert Marcuse entwickelt worden ist. Durch die Entgrenzung des Gesellschaftsbegriffs werden alle bestehenden Ordnungen als von Gewalt geprägt angesehen, da sie hinter der Vorstellung von einer idealen Gesellschaft zurückbleiben.

Die Sozialwissenschaften müssen sich auch gegen utopische Zielvorstellungen von einer herrschaftslosen Gesellschaft wenden, die zur Diffamierung jeglicher Autorität und zu selbstzerstörerischen Aggressionen führen. Des weiteren ist die Emanzipationspädagogik abzulehnen, wonach der Mensch sich selbst nur in dem Maße verwirklichen kann, als er sich von Abhängigkeiten befreit.

Man müßte sich auch gegen den geschlossenen Demokratiebegriff wenden, der nur eine bestimmte Form der Problemlösung für die Demokratie gelten läßt. Vor allem ist bei den Maßnahmen die Diffamierung der bestehenden politischen Ordnung durch ein Vokabular zu bekämpfen, in dem von Ausbeutung, Unterdrückung, Restauration und so weiter die Rede ist. Schließlich müßte man sich gegen die Auffassung wenden, daß die Demokratie nicht als Ordnungsform zu verstehen ist, sondern als ein historischer Prozeß, der darauf angelegt ist, Ordnung zu überwinden. Bei alledem möchte ich natürlich betonen, daß ich die Demokratie keineswegs als etwas absolut Statisches verstehe, das nicht fortentwickelt und verbessert werden könnte.

Conradi

Herr Neubauer hat ein gutes Beispiel für eine Rollback-Strategie gegeben, die versucht, einfach alles, was ihr an der politischen Entwicklung der letzten Jahre nicht paßt, unter dem Signum "es hat dem Terrorismus genützt" zurückzudrehen. Das geht bis hin zum elterlichen Sorgerecht; ich habe nur noch auf das Eherecht gewartet. Mit Forderungen "es muß Schluß sein, es muß Schluß sein, es muß Schluß sein" wird versucht, auch vom Sprachlichen her alles auszugrenzen, über das nicht mehr geredet werden darf, bis hin zum Gebrauch eines bestimmten Vokabulars.

Diese Art der Argumentation ist gekennzeichnet von einer antiliberalen Gegenströmung, die sich des Terrorismus als handlichen Werkzeugs bedient, um nicht nur einige Gesetze zu ändern, sondern um eine politische Machtveränderung zu erreichen.

Lassen Sie mich demgegenüber fragen, wie eine Politik zur Eingrenzung des Terrorismus aussehen könnte. Ich meine, wir müssen davon ausgehen, daß der Terrorismus in absehbarer Zeit nicht verschwinden wird, selbst wenn er eine Zeitlang nicht mehr zuschlagen sollte.

Ich habe vor einigen Wochen in einer Hamburger Wohngemeinschaft eine Diskussion mit Umweltschützern erlebt. Das waren junge Studenten, zum Teil völlig unpolitisch und gar nicht links. Sie waren in Brokdorf und bekommen jetzt Strafbefehle ins Haus, und sie fragen sich, welche Berufsaussichten sie haben. Diese Menschen fangen jetzt in einer Art und Weise an zu denken und möglicherweise auch zu handeln, die nicht weit vom Terrorismus entfernt ist. Ich halte es durchaus für denkbar, daß Minderheiten, die sich an die Wand gedrückt fühlen, auch in Zukunft zur Gewalt greifen. Wir haben von Herrn Kupperman gehört, wie zunehmend verletzlich die technische Organisation in unseren Städten ist.

Der Terrorismus läßt sich also nicht einfach beseitigen, es sei denn mit den Methoden des zaristischen Polizeistaates, den wohl niemand hier will. Was können wir tun? Maßnahmen sind nicht

nur im repressiven Bereich, sondern auch in präventiver Hinsicht möglich. Was Strafvollzug und Strafprozeßordnung angeht, so muß man im einzelnen prüfen, was Erfolg verspricht und wieweit man bestehende Rechtsgarantien einschränken will.

Im präventiven Bereich käme es darauf an, den Terroristen das Leben schwerzumachen, ohne die Freiheitsrechte der anderen einzuschränken. Das betrifft die Erschwerung des Bankraubs, nicht auswechselbare Kraftfahrzeug-Kennzeichen, fälschungssichere Ausweise und so weiter. Ich bin betroffen darüber, wie wenig von der Bundesregierung und von den Länderregierungen getan wird, um diese vorbeugenden Maßnahmen voranzubringen. Statt dessen werden fast ausschließlich Vorschläge für den repressiven Bereich gemacht. Seit anderthalb Jahren spricht man über neue Kraftfahrzeug-Kennzeichen; auch die Bankensicherung ist schon über lange Zeit im Gespräch, ohne daß in dieser Richtung etwas bewirkt wurde. Aber Veränderungen der Strafprozeßordnung werden in Tagen oder Wochen durchgezogen, weil sie billiger sind und nicht auf wirtschaftliche Interessen stoßen.

Die geistige Auseinandersetzung ist eine politische Frage. Mit 50, 100 oder 130 Terroristen wird man vielleicht noch fertig. Wenn es aber erst einmal 1300 geworden sind, bekommen wir diese Bewegung nicht mehr in den Griff. Deshalb muß die Politik einer Verhinderung und Eindämmung des Terrorismus im Vorfeld einsetzen, nämlich dort, wo ein Potential vorhanden ist, das möglicherweise zur Gewalt greift. Da sind wir bisher noch weit von jedem Ansatz entfernt.

Es wird darauf ankommen, ob wir zu einer innenpolitischen Entspannung gelangen oder ob wir mit dem kritischen Teil der jungen Generation eine Art "kalten Krieg" führen wollen. In diesem Zusammenhang habe ich auf den Radikalenerlaß und seine Folgen hingewiesen.

In den letzten Jahren haben sich die kritischen Teile der Jugend in einer Weise von unserem Staat entfremdet, die mich betroffen macht - und das nach dem großen Aufbruch in den 60er Jahren. Diese Entfremdung zu überwinden, wird nur mit den Mitteln der Republik und nicht mit den Mitteln der Repression möglich sein, wie Hartmut von Hentig es unmittelbar nach der Schleyer-Entführung formuliert hat. Durch repressive Maßnahmen werden wir mit Sicherheit nicht die Identifikation mit dem Staat erreichen, die wir brauchen, um den Terrorismus einzudämmen.

Neubauer

Wenn ich mich gegen Verallgemeinerungen im Sprachgebrauch, gegen die Konfliktstrategie und gegen die Theorie von der herrschaftslosen Gesellschaft wende, so entspricht das keineswegs einer antiliberalen Auffassung, Herr Conradi. Ich bin der Meinung, daß im Familiären und in anderen gesellschaftlichen Bereichen durch zunehmende Konfrontation, durch zunehmende Pauschalierungen ein Klima geschaffen wird, in dem der Terrorismus gedeiht.

Smoydzin

Herr Conradi erwähnte als präventive Maßnahmen die Einführung fälschungssicherer Kraftfahrzeug-Kennzeichen und fälschungssicherer Ausweise. Derartige Mittel können aber nur wirksam werden, wenn sie international flankiert werden. Sonst kommen die Leute, wie wir es erlebt haben, aus den Niederlanden in gemieteten Kraftfahrzeugen mit den besten Papieren zu uns herüber. Den fälschungssicheren Ausweis werden wir in der Bundesrepublik möglicherweise ab 1980 einführen. Derartige präventive Maßnahmen reichen aber keineswegs aus.

Wassermann

Was Sie uns hier vorgeführt haben, Herr Neubauer, war in der Tat ein Generalangriff gegen die Moderne, gewissermaßen ein Rundum-Kahlschlag. Wenn Sie sich gegen die Etikettierung "antiliberal" wehren, dann achten Sie doch einmal auf Ihre eigenen Sprachformen, die Sie benutzen. Da hat Herr Conradi schon recht: Sie wiederholen ständig, es müsse Schluß sein; Sie wollen die Sozialwissenschaften für bestimmte Bestrebungen in Anspruch nehmen und so weiter. Das alles ist für mich sehr bedrückend.

Wenn Sie die Strafrechtsreform einseitig als Liberalisierung auslegen, was sie nicht ist, dann wollen Sie offenbar zum reinen Vergeltungdenken zurückkehren in der Annahme, daß wir dann den ganzen Terroristen-Ärger nicht hätten. Wenn Sie aber alles wieder abbauen wollen, was wir in den letzten Jahren an Fortschritten erzielt haben, dann frage ich mich, wohin streben Sie eigentlich zurück? Wo ist die Welt, von der Sie dann sagen, in ihr sei kein Terrorismus möglich? Welches klassische Biedermeier liegt - bei dieser romantischen Strategie - Ihrer Vision einer heilen Welt zugrunde?

Beispielsweise haben Sie sich gegen die Konflikttheorie gewandt. Ich bin versucht, hier Dahrendorf zu zitieren, der auf die Fruchtbarkeit des Konflikts hingewiesen hat. Das war ein durchaus liberaler Ansatz, der sich besonders aus der Soziologie ergab. Ich habe es damals geradezu für eine historisch notwendige Aufgabe angesehen, eine erstarrte, "versäulte" Gesellschaft aufzulockern. Wir brauchen Auseinandersetzungen; mit Recht haben wir die Ideenstille jener Jahre beklagt. Wenn man das, was damals gesagt wurde, für unsere gegenwärtigen Probleme verantwortlich machen wollte, dann würde das darauf hinauslaufen, gleichsam der ganzen Aufklärung den Krieg zu erklären; für mich ein schrecklicher Gedanke.

Auch Ihre Formulierung: "Die Wissenschaften .müssen' dies und jenes tun" kann ich nicht akzeptieren. Wenn man auf diese Weise die Wissenschaft in den Dienst einer Gegenreformation nehmen will, dann ist das das Ende freier Wissenschaft.

Wenn Sie sich gegen die Demokratie als historischen Prozeß wenden, dann ist das eine Absage an unsere Erkenntnisfähigkeit. Sollen wir uns denn Blindheit vor gewissen Vorgängen verordnen? Können wir tatsächlich erwarten, auf diese Weise den Auseinandersetzungen zu entgehen? Selbst der Terrorismus ist im Grunde eine Herausforderung, die uns in diesem Prozeß weiterbringen kann, wenn wir die richtige Antwort finden.

Hinsichtlich der Legitimitätskonzessionen indes stimme ich Ihnen zu. Ich war auch immer wieder überrascht, in welchem Maße man ohne Veranlassung bei eklatanten Rechtsbrüchen nachgegeben hat. Allerdings muß es auch zu unserer Strategie und Taktik gehören, in bestimmten Situationen flexibel zu reagieren. Man kann nicht auf jede Herausforderung mit unnachgiebiger Härte antworten und ständig auf bestimmte Positionen des Rechts oder der legitimen Gewalt pochen. Wenn man zum Beispiel versucht hat, etwa mit Demonstranten in ein Gespräch zu kommen, so ist dadurch bestimmt nicht der Terrorismus gefördert worden.

Ich bin wie Herr Conradi der Meinung, daß der "Vorraumpolitik", also den präventiven Maßnahmen, große Bedeutung zukommt. Man sollte allerdings nicht das illusionäre Gefühl verbreiten, man brauche nur Beteiligungsmöglichkeiten für die junge Generation zu schaffen und schon komme alles in Ordnung. Nach den Erfahrungen an der Universität können Beteiligungsformen auch mißbraucht werden. Sie haben sich oft nicht als ein Mittel zur Entwicklung der Demokratie erwiesen, sondern wurden auch zu Krawallen und zur Zerstörung genutzt. Präventive Maßnahmen sind vor allem im Hinblick auf den Extremismus von Bedeutung; wir haben in diesem Zusammenhang verschiedentlich vom Wirkungspotential gesprochen. Natürlich kann man die Radikalen oder Extremisten nicht mit den Terroristen in einen Topf werfen. Aber wir müssen verhindern, daß der Extremismus in den Terrorismus abgeleitet.

Bracher

Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus und der direkten Konfrontation durch den Terrorismus? Eine rein technische Isolierung der Terrorismusproblematik wird uns schnell an die Grenzen dessen führen, was wir tun können. Deshalb kommt der Extremistenfrage eine erhebliche Bedeutung zu. Das heißt, die politische Seite sollte immer mitbedacht werden. Sonst sind die Fronten ja ziemlich abgesteckt: mehr Gesetze oder weniger; darin droht sich die Diskussion zu erschöpfen.

Neubauer

Es kann Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, Herr Wassermann, daß ich mich gegen eine Konflikttheorie gewandt habe, die jede Form von Autorität und gesellschaftlicher Ordnung in Frage stellen möchte. Damit rede ich nicht einem Feldzug gegen die Aufklärung das Wort.

Wenn ich es ablehne, die Demokratie als einen historischen Prozeß aufzufassen, der stets eine Ordnung überwinden soll, dann habe ich zugleich darauf hingewiesen, daß ich damit nicht für einen statischen Demokratiebegriff eintrete, sondern selbstverständlich der Meinung bin, daß die Demokratie in vernünftiger Weise fortentwickelt werden kann.

Übrigens: Wenn Sie meine Formulierung, die Wissenschaft "muß" etwas tun, stört, dann bin ich gern bereit, hier den Begriff "sollte" zu verwenden.

Schreiber

Wenn das Wort vom Rundum-Kahlschlag auf die Äußerungen von Herrn Neubauer zutrifft, dann möchte ich in bezug auf Herrn Conradi sagen: Man kann auch nicht jeden Boden begrünen wollen. Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie zwischen Repression hier und Prävention dort

unterscheiden. Natürlich muß der Staat versuchen, kritische junge Leute zu integrieren; das ist wohl der wichtigste Teil der geistigen Auseinandersetzung. Aber dazu gehören auch einige Grundvoraussetzungen und -übereinstimmungen.

Diese Grundvoraussetzungen sehe ich, um es zu wiederholen, erstens im bedingungslosen Verzicht auf Gewalt in der politischen Auseinandersetzung, zweitens in der Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Schuld, Tat und Opfer und drittens in der Verständigung über einen Minimalkonsens.

Der Staat muß aber auch von der Drohgebärde bis hin zur Bestrafung Repressivmaßnahmen vorsehen können. So muß er zum Beispiel gegenüber den K-Gruppen in Grohnde und Brokdorf, gegenüber den Häuserbesetzern, gegenüber den Rowdies an den Universitäten die Abwehrbereitschaft der Gemeinschaft deutlich werden lassen.

Dem Terrorismus und seinem Umfeld ist durch Operation und durch interne Nachbehandlung zu begegnen - eines allein ist nicht genug. Zur Operation reicht es nicht aus, Herr Conradi, nur ein paar KFZ-Zeichen zu ändern oder der Polizei 500 Leute mehr zuzuweisen, die erst nach fünf Jahren zur Verfügung stehen, weil sie zunächst ausgebildet werden müssen. Es reicht nicht aus, den Banken einige Sicherungseinrichtungen vorzuschlagen, die allenfalls zur Folge haben, daß die Geiselnahmen steigen werden, wenn die Täter anders an das Geld nicht mehr herankommen. Das, was an Repressivmaßnahmen derzeit auf dem Tisch liegt, ist meines Erachtens als Drohgebärde der Gemeinschaft für die erforderliche Operation zu wenig.

F. Dahrendorf

Mit Formulierungen wie "es muß Schluß sein mit" suggerieren Sie einen viel zu technischen Ablauf, Herr Neubauer, so als hätte "es" mit irgendwelchen konkreten Maßnahmen begonnen; als gäbe es einen klar definierbaren Entscheidungsablauf, der schließlich zum Terrorismus geführt habe. Das ist eine völlig falsche Suche nach Patentrezepten.

Dies gilt um so mehr, als der eigentliche terroristische Akt nur einen Teil des Problems ausmacht. Wenn ich Herrn Laqueur richtig interpretiere, dann ist das Ertragen der Bombenwürfe zumindest genauso wichtig, wie uns ein Blick nach Irland oder in die USA lehrt. Verglichen mit der "normalen" Gewaltkriminalität in der Bundesrepublik sind die terroristischen Aktivitäten im Grunde belanglos, aber die gesellschaftliche Umwelt wertet sie eben in ganz anderer Weise. Dieses Ertragen des Terrorismus gehört auch mit zur geistigen Auseinandersetzung.

Die geistige Auseinandersetzung darf sich auch nicht auf das Umfeld des Terrorismus beschränken; da dürfte eine Diskussion ohnehin schwierig sein. Wir können allenfalls zu verhindern suchen, daß weitere Jugendliche zu diesem Umfeld stoßen. Für genauso wichtig halte ich aber die geistige Auseinandersetzung unter den Demokraten selbst, damit wir mit uns selber ins Reine kommen. Das ist um so nötiger, als in den nächsten Jahren Probleme auf uns zukommen, die zumindest das Potential derer erhöhen können, die sich mit dieser Gesellschaft nicht identifizieren wollen. Deshalb bin ich manchmal erstaunt, daß die Prognose, wir würden 1985 200000 arbeitslose Lehrer haben, nur als eine rein statistische Größe angesehen wird. Dieses Problem geht uns auch nicht annähernd so unter die Haut wie der Terrorismus, obgleich ich es für schwerwiegender halte.

In diesen Zusammenhang gehört die Tatsache, daß es auf beiden Seiten des politischen Spektrums ein paar Reizworte gibt, bei denen sofort die Klappen fallen und nicht einmal in diesem Kreis mehr offen diskutiert wird, wenn, sagen wir, von Radikalenerlaß und Isolationsfolter die Rede ist. Diese Reizworte zeigen die emotionalen Vorbehalte an, die zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen bestehen.

Becker

Bei der geistigen Auseinandersetzung geht es um das Potential, aus dem Terroristen möglicherweise nachwachsen. Und wenn wir in einer Art Rollenspiel die Frage erörtern würden, was man tun kann, um dieses Potential zu vergrößern, dann würde man wohl einiges von dem anführen, was Herr Neubauer hier gesagt hat. Mit anderen Worten: Mit einigen Ihrer Vorschläge werden Sie mit Sicherheit das Gegenteil von dem erreichen, was Sie eigentlich bewirken wollen.

Wenn Sie die religiöse Krise in der Bundesrepublik ansprechen, so hängt diese sicher auch damit zusammen, daß sich die Deutschen nach 1945 zur Religion als einer anderen Form von Autorität zu schnell bekannt haben. Später fühlten sie sich dann weithin enttäuscht. Ich weise weiter darauf hin, daß Begriffe wie Emanzipation und Mündigkeit in der konziliaren Diskussion eine erhebliche Rolle

gespielt haben, so daß wir auch im religiösen Bereich vorsichtig sein sollten und nicht einfach zurückdrehen können.

Das Reservoir der Terroristen wird aufgefüllt, wenn kritische junge Menschen den Eindruck gewinnen, daß unser Staat kein Rechtsstaat mehr ist. Es ist erstaunlich, in welchem Maße der Rechtsstaat auch für die Menschen, die diesem Staat äußerst kritisch gegenüberstehen, geradezu ein Glaubenspostulat ist. Deshalb sollten wir mit allen Maßnahmen vorsichtig sein, damit nicht der Eindruck entsteht, wir selbst würden es mit dem Rechtsstaat und dem Rechtsschutz des einzelnen nicht ernst genug nehmen.

Wenn ein großer Teil der Studenten und viele junge berufstätige Akademiker diesem Staat mit äußerster Skepsis gegenüberstehen, dann hängt das auch damit zusammen, daß sich die liberale Demokratie wie schon zum Ende der Weimarer Zeit in einer echten Krise befindet. Diese Krise kann man nicht durch Bekenntnisse und Legitimationsbezeugungen überwinden, sondern darüber muß mit dem Bürger ständig diskutiert werden. Dazu ist aber der Abgeordnete, der ja eigentlich die Interessen der Bürger tatsächlich vertreten sollte, nicht mehr in der Lage.

Nun stimme ich Herrn Wassermann zu, daß der schlichte Appell zur Mitbestimmung und Beteiligung nicht ausreicht, um dieses Problem zu lösen. Aber das ist sicher ein zentraler Punkt. Der einzelne, der heute mit Hilfe der Medien sehr viel besser über das, was in Staat und Gesellschaft vorgeht, unterrichtet ist, fühlt sich an alledem nicht beteiligt und weiß nicht, wo er überhaupt mitmachen kann. Das gilt besonders für Schüler und Studenten. Natürlich haben heute viele deutsche Professoren die Arbeit in den Mitbestimmungsgremien der Hochschulen über; das ist aber kein Grund, die bis heute erreichten Formen der Mitbestimmung jetzt wieder abzubauen. Vielmehr geht es darum, diese Dinge rationaler und für den einzelnen wirksamer zu gestalten.

Altmann

Es ist verständlich, daß die Linke heute darum kämpft, das zu behalten, was sie erreicht hat. Herr Wassermann nennt das Aufklärung und nicht Politik, aber er meint dasselbe. Sie dürfen aber Herrn Neubauer nicht der Reaktion bezichtigen, weil Sie meinen, Ihnen schwimmen die Felle davon. Das betrifft alle die Reformer. Dabei stehen auch Ihre Reformen zur Debatte, Herr Becker. Man könnte es zynisch so ausdrücken: Ende der 60er Jahre gab es zwei große Illusionen - die Reform und den Sex. Beide haben enttäuscht.

Terrorismus ist zweifellos ein Etikett für eine ideologische innenpolitische Auseinandersetzung geworden, die ihren Grund in einer gewissen geistigen Dürre in diesem Lande hat. Auf beiden Seiten gibt es berechnete Erwartungen und Ängste.

Was die Maßnahmen gegen den Terrorismus angeht, so sollten wir uns fragen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, daß die höheren Bildungsanstalten, die Universitäten offenbar ein gewisses Rekrutierungsfeld für die Terroristen darstellen. Zumindest käme es darauf an, die Hochschulen wieder von jener für Außenstehende unerträglichen Atmosphäre zu befreien. Das ist eine Folge der geistigen Dürre, der phantasielosen staatlichen Hochschulpolitik - wer immer dafür verantwortlich ist. Da wird etwa die Studienzeit eines jungen Menschen, der sich geistig entwickeln soll, als Verweildauer bezeichnet, der Fachaussdruck dafür, wann ein Krankenhauspatient das Bett verlassen soll.

Ich behaupte nicht, daß diese unerträglichen Zustände für den Terrorismus verantwortlich sind. Sofern wir aber die Atmosphäre an unseren höheren Bildungsanstalten nicht ändern können, werden wir mitverantwortlich für eine Lage, die den Terrorismus zumindest erklärbar macht. An den höheren Schulen und Universitäten wächst heute eine Generation von jungen Leuten heran, die isoliert, ohne Kontakt zur älteren Generation und nur auf sich selbst angewiesen sind. Diesen jungen Leuten sagen heute auch die Fachleute, daß sie im Grunde keine Chance haben, etwas zu werden, sie müssen also vorlieb nehmen mit dem, was gerade vorhanden ist. Das ist eine Situation, in der jedes Aufbegehren gegen die bestehende Ordnung verständlich wird.

O'Brien

Wir haben eine Zeit des Links-Terrorismus erlebt und suchen deshalb nach den Ursachen des Terrorismus auf der Linken. In meinem Land gibt es Terroristen, die Menschen töten und niemals auch nur den Namen Herbert Marcuse oder etwas über Identitätskrise oder Entfremdungstheorien gehört haben. Diese Terroristen benutzen Schlagworte patriotischer Lieder, Reden und so weiter. Man kann den Terrorismus nicht dadurch überwinden, daß man seine Sprache zu bekämpfen versucht. Denn jemand, der sich zum Terrorismus hingezogen fühlt, kann das aus Gründen tun, die überhaupt

nichts mit der von ihm verwendeten Sprache zu tun haben, welche er zur Legitimierung seiner Handlungen benutzt.

Wir vergessen allzu leicht, daß der Terrorismus manchen Menschen einfach Vergnügen bereitet. Sie haben Freude daran, Menschen Furcht einzuflößen und zu töten. Sie sind glücklich, wenn man über sie spricht, wenn sie ernstgenommen werden; sie lieben es, wenn man ihre Motive diskutiert. Sie wollen einfach Eindruck machen. Deshalb sollten Sie die Sprache und Rhetorik der Terroristen vergessen und nicht länger über ihre Motive diskutieren. Versuchen Sie statt dessen lieber, die Verbrechen einzukreisen, die Terroristen zu fangen, vor Gericht zu stellen, zu verurteilen und einzusperren.

Wenn man in erster Linie auf die Sprache und Rhetorik abzielt, dann schafft man geradezu jenen Nährboden, in dem Terrorismus gedeiht. Man gibt dem Fisch noch mehr Wasser, statt das Wasser abzulassen. Dadurch verschafft man den Terroristen nur weitere Unterstützung; denn man bringt immer mehr Menschen dazu, die gleiche Sprache zu sprechen und sich in der gleichen Weise zu verhalten.

Bracher

Ein wesentlicher Punkt, um den es in der deutschen Diskussion über den Terrorismus geht, ist die Frage: Was verstehen wir eigentlich unter Demokratie, speziell unter der Demokratie des Grundgesetzes? Da gibt es zwei unterschiedliche Positionen. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die meinen, die Demokratie sei in Gefahr, weil es Anzeichen für einen Abbau des Rechtsstaates gäbe.

Von der anderen Position her wird geltend gemacht, daß die Bundesrepublik eine so liberale Demokratie sei, wie kein Staat in der deutschen Geschichte zuvor, und wie es auch nur wenige andere zeitgenössische Demokratien gibt. Diese Liberalität gehe so weit, daß selbst Bestimmungen des Grundgesetzes von unseren politischen Institutionen bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht nicht mehr in Anspruch genommen werden. So werde zum Beispiel der Grundsatz der sogenannten abwehrbereiten Demokratie nur noch zögernd angewandt. Denken Sie etwa an Artikel 21: Verbot von verfassungsfeindlichen Parteien; oder an die Frage der Behandlung von Personen und Gruppen, die sich mehr oder weniger offen gegen den Rechtsstaat aussprechen. Das alles wird nur noch unter dem Gesichtspunkt diskutiert, inwieweit es überhaupt opportun sei, diese Grundsätze zur Geltung zu bringen. Darunter aber leidet die Glaubwürdigkeit der Demokratie gewiß ebenso wie unter der oft beklagten "Verfassungswirklichkeit".

Was den angeblichen Abbau des Rechtsstaats und den Verlust an Demokratie angeht, so wende ich mich gegen alle diejenigen, die hier ein Schaugemälde an die Wand malen und dadurch auch im Ausland den Eindruck erwecken, aus diesem Grunde sei in der Bundesrepublik der Rechtsstaat unmittelbar in Gefahr. Ich würde im Gegenteil behaupten, der Rechtsstaat gerät dadurch in Gefahr, daß eine Reihe jener Grundpositionen, die für unser Verfassungsverständnis wesentlich sind, in der heutigen Praxis nicht mehr zur Geltung kommen.

Die Abwehrkraft der Demokratie in der Bundesrepublik war im Anfang primär gegen die Gefahr von rechts, gegen eine Wiederbelebung des Nationalsozialismus ausgerichtet. Hier hat nun inzwischen eine Verschiebung stattgefunden; denn es kann doch niemand leugnen, daß wir gegen eine Gefahr von links Front machen müssen. Es gibt eine Renaissance von linksextremen Strömungen, auf die sich auch der Terrorismus beruft.

Welche Maßnahmen sollen angesichts dieser Lage getroffen werden? Ist es die Aufgabe der Demokratie, nach Möglichkeit alle, auch die radikalsten Strömungen zu integrieren? Kann eine solche Integrationsarbeit überhaupt geleistet werden? Die sozialliberale Koalition hat diese Frage nach 1969 positiv beantwortet. Lassen Sie mich eine historische Parallele ziehen: Auch in der Weimarer Republik bestand die Hoffnung, den Nationalsozialismus zu integrieren und zu "zähmen". Das Ergebnis ist nicht ermutigend. Ähnlich skeptisch würde ich im heutigen Europa die Hoffnung auf eine Entwicklung des Eurokommunismus einschätzen. Ein Demokratiekonzept, das auf die Integrationsfähigkeit abhebt, ist ständig in Gefahr, die vorhandenen Kräfte zu überanstrengen. Es kommt sehr darauf an, was man unter dieser Integration versteht.

Wir haben in der Bundesrepublik ferner eine Partizipationseuphorie. Ich bin auch für Partizipation, aber die Art, wie diese institutionalisiert worden ist, hat teilweise groteske Formen angenommen. So findet an den Universitäten ein Demokratiespiel statt, das alle Kräfte weitgehend lahmlegt. Ein solches Konzept von totaler Demokratie führt sich selbst ad absurdum.

In diesem Zusammenhang sollte man die Rolle der Rhetorik nicht unterschätzen, Herr O'Brien. Bei terroristischen Minderheiten, wie Sie sie kennen, beispielsweise Separatisten, mögen andere Gesetze

gelten. Dort geht es nicht in erster Linie um Ideologien, sondern um nationalpolitische Anliegen. In der Bundesrepublik hingegen geht es um das, was ich einmal den "Marsch durch die Wörter" genannt habe. Begriffe können als Waffen angewandt werden. Welche Bedeutung das in einer relativ friedlichen Gesellschaft hat, haben wir in den letzten Jahren erlebt.

Durch die Verwendung bestimmter Begriffe kann man die Wirklichkeit so verzeichnen - dafür ist der mehrfach erwähnte Aufsatz von Wolf-Dieter Narr übrigens ein gutes Beispiel;- , daß eine mehr oder weniger militante Form der Umfunktionierung unserer Demokratie nahegelegt wird. In der hochbrisanten Situation, in der wir uns an den Universitäten befinden, ist neben dem Aktionismus ohne Zweifel die Pervertierung der Sprache das gefährlichste Element. Das gilt übrigens auch für die Schulen, wo die Schüler bestimmten Ideologien und einer Indoktrination durch eine Begriffseuphorie ausgeliefert sind, der sie unmöglich gewachsen sein können.

Laqueur

Warum wird von den Radikalen der eine Terrorist und der andere nicht, obwohl beide die gleichen politischen Ansichten vertreten? Die einen werden sagen, es habe mit dem Charakter zu tun oder mit einer bestimmten Aggressionsanfälligkeit. Es gibt Menschen mit einer niederen und solche mit einer höheren Aggressionsschwelle. Ich habe auf diese nicht unwichtige Frage nie eine befriedigende Antwort bekommen.

In den 20er Jahren gab es Terrorismus in Indien. Nehru traf sich mit den Terroristen und sagte zu ihnen: "Wir wollen im Grunde das gleiche, aber wir unterscheiden uns darin, daß Ihr ungeduldig und gelangweilt seid. Ihr wollt die Aufregungen des Detektivromans." Diese Erklärung schien mir anfangs etwas simpel, aber je länger ich mich mit diesem Thema beschäftige, um so mehr leuchtet sie mir ein.

Wenn man zur Ursachenforschung die Lebensläufe von Terroristen heranzieht, wie das in verschiedenen Ländern versucht wird, dann stellt man fest, daß nicht nur das "sample", wie die Soziologen sagen, zu klein ist, um zuverlässige Aussagen zuzulassen, sondern auch die Entwicklungen jeweils so unterschiedlich sind, daß man vergeblich nach einer Art identikit picture in diesen Untersuchungen Ausschau hält. Der eine der Betroffenen hatte eine glückliche Kindheit, der andere nicht; einige sind groß, andere klein; viele kommen aus reichen, einige aus armen Häusern; einige waren gut, andere waren schlecht in der Schule und so weiter.

Auch die Bedingungen, die zum Terrorismus führen, sind in den einzelnen Ländern völlig unterschiedlich. Letztlich kann man mit einiger Sicherheit nur sagen, daß es im Polizeistaat keinen Terror gibt.

Leicht

Ich kann Ihnen Polizeistaaten nennen, in denen es Terror gibt.

Laqueur

Natürlich kann es selbst im totalitärsten Staat geschehen, daß ein Attentat auf den Diktator verübt wird. Es gibt auch ineffektive Polizeistaaten, die allerdings nur kurze Zeit Bestand haben. Ich bleibe jedenfalls bei meiner These, daß der Terrorismus in einem effektiven modernen Polizeistaat nichts werden kann.

Wie läßt sich der Terrorismus nun in demokratischen Gesellschaften bekämpfen? Man kann versuchen, an die sozialen und kulturellen Wurzeln heranzugehen, oder man beschränkt sich auf strafrechtliche beziehungsweise polizeiliche Maßnahmen. Fragt man nach den Wurzeln des Terrorismus in Deutschland, so muß man zunächst darauf hinweisen, daß es hier in den letzten 100 Jahren vier verschiedene politische und soziale Regime gegeben hat, von denen zwei autoritär und zwei relativ frei waren. Unter den beiden autoritären Regimen gab es keine Identifikationskrise mit dem Staat. Im Wilhelminischen Deutschland konnte man davon allenfalls in der Sozialdemokratie sprechen, wo sie aber keinen Terror zur Konsequenz hatte. Diese Entfremdung eines Teils der Jugend - hier war von einem Drittel der Lehrer und auch von Angehörigen anderer Berufe die Rede - gab es weder im Kaiserreich noch im Dritten Reich, sondern nur in der Liberaldemokratie. Diese Tatsache sollte man nicht vergessen, wenn man eine Erklärung für den Terrorismus zu geben versucht.

Nun sagt Herr Conradi, das Unbehagen, die Unzufriedenheit sei dadurch zu kurieren, daß man mehr Demokratie wagt und dezentralisiert. Der Staat sollte die Versprechungen, die er den Menschen gegeben hat, einhalten, damit sie Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten erhalten. Ich bin für alle diese Dinge. Mir ist nur nicht klar, was das mit Terrorismus zu tun hat. Denn diese Überlegung geht

von der Annahme aus, daß die Minderheit vor allem mehr Demokratie wolle. Wenn man sich jedoch ihre Politik und ihre Ideologie ansieht, so zeichnen sich die Länder, an denen sie sich orientieren - von Nordkorea bis Albanien, von China bis Rußland;- , im allgemeinen nicht durch einen hohen Grad von Partizipation der Massen und durch Freiheit aus.

Jeder von uns ist für mehr Demokratie, sofern das mit unserer Vorstellung von Ordnung zu vereinbaren ist. Ich bin aber keineswegs sicher, ob auf diese Weise der Terror reduziert werden könnte. Diese Betrachtungsweise konzentriert sich allein auf die ideologischen Aussagen und läßt die Aggression völlig aus dem Auge. Herr Busche berichtete von der Schwierigkeit, einen Dialog mit den Extremisten zu führen: Nimmt man ihnen ihre Argumente weg, so werden sie noch aggressiver. Dabei möchte ich allerdings nicht so weit gehen zu sagen, daß man mit Terroristen überhaupt nicht diskutieren kann. Wir wissen, daß auch Terroristen mitunter ihre Meinung ändern, zwar nicht im Gespräch, aber im Laufe der Jahre aufgrund von bitteren Erfahrungen. Es hat immer wieder Terroristen gegeben, die vom Terrorismus abgerückt sind, wenn auch unter großen Schwierigkeiten und Schmerzen.

Bei den gesetzlichen und polizeilichen Maßnahmen empfehle ich ebenfalls ein behutsames Vorgehen. Wenn man sich die Situation in den verschiedenen Ländern der Welt ansieht, so stellt man fest, daß Gesetze im allgemeinen nur wenig gegen den Terrorismus bewirkt haben. Wenn der Terror verschwand, dann deshalb, weil sich die Terroristen zerstritten haben oder weil sie einsahen, daß sie auf diese Weise nicht weiterkamen, weil viele von ihnen verhaftet wurden oder weil es ihnen ganz einfach langweilig wurde.

Den Einflußmöglichkeiten der Regierung sind in einer freien demokratischen Gesellschaft Grenzen gesetzt. Die Regierung kann nicht die Presse und die anderen Massenmedien kontrollieren. Die terroristischen Aktionen stehen ja immer als Schlagzeile auf den ersten Seiten der Zeitungen. Sie geben meist eine gute Story ab mit viel Spannung. Natürlich fordert die Mehrheit der Bevölkerung nach einem Terroranschlag immer, daß die Regierung drastisch durchgreift. In diesem Fall sollte die Regierung ruhig ein wenig undemokratisch sein und gewissermaßen hinter der öffentlichen Meinung herhinken. Entsprechen die Regierungen ganz demokratisch dem Willen der Bevölkerungen, dann würde wahrscheinlich in sämtlichen europäischen Ländern die Todesstrafe wieder eingeführt. Man sollte den Dingen etwas gelassen gegenüberstehen.

Dennoch hängen die gesetzgeberischen Maßnahmen fast ausschließlich vom Verhalten der Terroristen ab. Mit anderen Worten: In der Bundesrepublik hat es seit Oktober 1977 keinen Anschlag mehr gegeben. Solange es ruhig bleibt, wird man kaum unter dem Zwang stehen, drakonische Gesetze einzuführen. Kommt es jedoch zu einer neuen und verstärkten terroristischen Welle, dann würde die öffentliche Meinung - das gilt nicht nur für die Bundesrepublik -' einen solchen Druck auf die Regierung ausüben, daß sie zu drastischen Maßnahmen gezwungen ist, wenn sie nicht hinweggefegt werden will. Da Regierungen im allgemeinen keine Neigung haben, Selbstmord zu begehen, geben sie nach.

Wenn wir die Nachkriegsentwicklung speziell in der Bundesrepublik betrachten, dann können wir feststellen, daß das historische Pendel hier sehr weit in Richtung auf eine permissive Gesellschaft ausgeschlagen hat mit einer antiautoritären Grundstimmung: Das machte den großen Charme dieser Epoche aus. Die meisten von uns sind wohl irgendwo Anarchisten und wollen so wenig staatliche Einmischung wie möglich.

Jetzt nähern wir uns dem Ende dieser Epoche. Die Ursache dafür sehe ich nicht im Terrorismus, sondern die Gründe hängen mit der Wirtschaft, mit der Bewältigung der Arbeitslosigkeit, dem Vordringen der zentralen Planung und mit der Anfälligkeit der politischen Institutionen zusammen. Wir haben heute mit Konflikten zu tun, die es früher nicht gab. Es ist nicht so sehr, wie Marx glaubte, zu einer Polarisierung der Klassen gekommen, sondern es gibt mehr und mehr Gegensätze innerhalb der Klassen selbst.

Die Folge wird eine Stärkung des Staates und seiner Institutionen sein. Ich glaube nicht an eine apokalyptische Lösung, aber das politische Pendel wird im nächsten Jahrzehnt zweifellos nicht in Richtung mehr Demokratie ausschlagen, sondern eher zur Wiederherstellung von Autorität führen. Wenn diese Prognose stimmt, dann werden natürlich auch die Möglichkeiten des Terrorismus eingeschränkt. Das alles mag keine sehr erfreuliche Aussicht sein, aber es ist die wahrscheinliche.

Smoydzin

Sie sagten, Herr Laqueur, in einem funktionierenden Polizeistaat gebe es keinen Terrorismus. Aber waren denn Spanien, Griechenland, Brasilien und andere Länder mehr keine funktionierenden Polizeistaaten?

Sie haben ferner ausgeführt: Sollten wir in der Bundesrepublik eine neue Welle von Terrorismus erleben, dann würde die Regierung hinweggefegt, wenn sie nicht bereit sei, drakonische Maßnahmen durchzusetzen. Wir haben im letzten Jahr in unserem Lande eine Welle terroristischer Aktionen gehabt. Die angekündigten Maßnahmen konnten aber keineswegs drakonisch genannt werden.

Insofern bin ich auch etwas skeptisch, Herr Laqueur, wenn Sie uns hier zur Gelassenheit auffordern mit dem Hinweis, der Terrorismus werde schon vorübergehen.

Binder

Was den sozialen Hintergrund der Terroristen angeht, so glaube ich im Unterschied zu Herrn Laqueur, daß die Ausschau nach identikit pictures nicht von vornherein vergeblich ist. Dies hat nichts zu tun damit, daß es unter den Terroristen tüchtige und weniger tüchtige, kluge und weniger kluge, glückliche und weniger glückliche Kinder gibt. Bei denen, die sich heute in der terroristischen Szene versammeln, herrscht stark die voluntaristische Ideologie vor. Jürgen Habermas hat schon im Jahre 1967 darauf hingewiesen, daß die den Sozialutopien von 1848 vergleichbare voluntaristische Ideologie zur Provokation und Gewalt und letztlich zum Terror führen könne.

Diese Ideologie weist nach Max Weber eine enge Beziehung zum Bürgertum und zur Oberschicht der Gesellschaft auf. Es fragt sich beispielsweise, ob nicht gerade im mittleren protestantischen Bürgertum das moralische Engagement zu gesinnungsethischen Ansprüchen führen kann.

Auch eine gewisse elitäre Lage von Jugendlichen aus bürgerlichen Familien kann zu voluntaristischen Ansichten und Verhaltensweisen führen. Das Bewußtsein, aus einer überlegenen sozialen Stellung zu kommen, kann zur Folge haben, daß man glaubt, sich gegenüber den Instanzen der sozialen Kontrolle mehr Provokationen und Extravaganzen leisten zu können. Angehörige der bürgerlichen Schichten neigen auch zu einer Personalisierung der Macht; vermutlich hat das seinen Grund darin, daß sie über ihre Familien eher führende Persönlichkeiten direkt kennen, als das in anderen Schichten der Fall ist. Schließlich dürfte auch die Entwicklung von Neurosen und ihre Reflexion in bürgerlichen Schichten ausgeprägter sein als in den Unterschichten.

Alle diese Momente weisen darauf hin, Herr Laqueur, daß der soziale Hintergrund doch von großer Bedeutung für die Ursachen des Terrorismus ist.

Bondy

Die Vorstellung, daß man nachträglich alles erklären kann, gilt nicht nur für den Terrorismus, sondern für die Human- und Sozialwissenschaften im allgemeinen. Heute glaubt man zu verstehen, daß besondere Phänomene des Terrorismus in der Bundesrepublik und ihre Resonanz irgend etwas mit deutschem Schicksal und fehlender deutscher Identität zu tun haben. Bei allem, was dazu angeführt wurde, sagt man sich: Da wird schon etwas dran sein. Es ist zwar weder verifizierbar noch falsifizierbar, aber es regt an.

Als Helmut Schelsky sein klassisches Buch über "Die skeptische Generation" schrieb, haben weder er noch seine Leser daran gedacht, daß ihr eine radikalisierte Generation auf dem Fuß folgen würde. Wenn man über 20, 30 Jahre deutscher Publikationen zurückblickt, findet man keine Vorhersage dessen, was sich inzwischen verändert hat. Wenn man es aber nicht voraussehen konnte, darf es einem verdächtig sein, daß man es nachträglich auf einmal erkennt.

Als einer, der durch französische Schulen gegangen ist, hätte ich vorausgesagt, daß es solche Entwicklungen vor allem in Frankreich geben konnte. Wir haben dort in der Schule gelernt, daß Demokratie wesensmäßig mit Terror zu tun hat, von Terror angeregt und befruchtet war. Alle singen die Marseillaise, in der es heißt: "Möge unreines Blut unsere Ackerfurchen berieseln." Wir haben gelernt, daß die Demokratie vom Jakobinismus abstammt, und Jakobinismus heißt: Guillotine, Reinheit, Tötung aller Unreinen, St. Just und so weiter. In Frankreich gibt es also eine Ideologie, die den Terror verherrlicht. Das geht bis zu Sartre mit seiner Theorie der "verschworenen Gruppe", die nach innen wie nach außen Terror ausübt.

Niemand hat auch vorausgesehen, daß in Frankreich aus Spontis und Maoisten des Mai 1968 sogenannte "Neue Philosophen" oder Pamphletäre erstehen würden, die sich mit ganzer Leidenschaft gegen das Totalitäre richten. Sie bekennen sich zu Solschenizyn und sagen: Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre eine totalitäre, kommunistische Ordnung. Alles andere sei besser. Daß diese

Barrikadenkämpfer acht, zehn Jahre später in diesem Sinne radikal werden würden, hat niemand vorausgesehen. Heute können es natürlich alle erklären. Aber wenn man etwas nicht voraussehen konnte, soll man bescheiden sein bei dem Versuch, nachträglich genau zu wissen, warum es so kommen mußte. Meiner Ansicht nach hätte es auch anders kommen können.

Österreich hat sich mindestens zweimal, 1918 und 1938, massiv und einstimmig zur deutschen Identität und zur deutschen Schicksalsgemeinschaft bekannt; auch unter Hitler hieß es noch bis hin zu den Sozialisten einstimmig: "Wir wollen dabei sein." Wo sieht man in der heutigen österreichischen Entwicklung irgend etwas, das in diesem Sinn typisch wäre für das, was hier als deutsche Identität bezeichnet wurde? Dabei hat es dort keine Säuberungen gegeben, so daß viele alte Nazis und schwerste Kriegsverbrecher Honoratioren sind, nun schon gealtert, aber immerhin mit vergoldeten Erinnerungen an die Metzelei in Riga und so. Wer hätte gedacht, daß Österreich trotzdem eine recht gut funktionierende Konsensdemokratie würde und in seiner Entwicklung alle die schweren Identitätsprobleme, von denen die Bundesrepublik betroffen ist, vermeiden könnte?

Ich bin auch hinsichtlich der These Laqueurs im Zweifel, daß der Terrorismus irgendwie seine Grenze findet. In Italien hat sich der Terrorismus nicht durch Überreaktion, sondern durch Unterreaktion genährt und verstärkt. Er ist heute an einem Punkt angelangt, wo man sich nicht einmal mehr den Polizeistaat vorstellen kann, der seiner Herr würde; es sei denn, ein rein kommunistischer Staat, der das zuwege brächte, was einst Mussolini gegen die Mafia geleistet hat. Eine Koalition kann es nicht. Italien - so glaube und fürchte ich - wird noch lange mit dem Terror leben müssen, der sich aus sich selbst nährt und steigert.

Wenn man die Entwicklung des Terrorismus in der Bundesrepublik betrachtet und einige aus diesem Kreis gekannt hat, dann muß man sagen: Der Eintritt in diese Gruppen ist leicht. Es ist ein lustvolles Kollektiverlebnis, das Einverständnis ersetzt das Verständnis. Dadurch, daß unter einer ganzen Gruppe Gleichaltriger alle das gleiche sagen und denken, hat man schon das Gefühl, daß das, was man denkt, stimmen muß. Vom Einverständnis zum Verständnis ist jeweils ein individueller, schmerzlicher Weg. Alle diejenigen, die den Weg aus diesen Gruppen herausgefunden haben, entweder weil sie älter geworden sind oder weil sie bestimmte Erfahrungen gemacht haben, erfuhren das in einem schmerzlichen, individuellen Prozeß, ähnlich wie diejenigen, die aus der kommunistischen Partei ausgetreten sind. Da hört das Gruppenerlebnis auf und beginnt die Individualisierung.

Ich möchte noch eine letzte Bemerkung machen. Im privaten Gespräch sind manche unter uns sich einig geworden, daß die Bundesrepublik der Staat der absoluten Sicherheit ist mit einem Verständnis von Verbeamtung und BeamtenSicherheit auf jedem Gebiet, das über alle anderen Demokratien hinausgeht. Der Kontrast zwischen einer außerordentlichen allgemeinen Absicherung bis zum Lebensabend und Grab einerseits und diesen kleinen elitären Gruppen, die die Unsicherheit wählen, aber eine Absicherung in einer bestimmten Gruppensprache und Ideologie finden, andererseits, kann zu denken geben.

In Italien gibt es bereits eine Vermischung dieser beiden Formen. Terroristische Schülergruppen haben zum Beispiel in Mailand durch physische Gewalt erreicht, "genügend" zu bekommen. Dort wird der revolutionäre Terror selber ein Weg zum Diplom, zur beamtenmäßigen Absicherung. Soweit ist man hier wohl noch nicht. Der Weg vom weltentstürmenden Terror zur Verbeamtung und Sicherheit bis zum Lebensabend ist aber offenbar nicht immer ein Widerspruch, sondern kann durchaus auch eine Logik haben.

R. Dahrendorf

Es ist klargeworden, daß die Diskussion über den Terrorismus unmittelbar in eine Fülle von Fragen hineinführt, die an die Kernprobleme der deutschen Gesellschaft und Politik rühren. Das mag in anderen Ländern nicht in gleicher Weise der Fall sein. Eine ernste Gefahr für die Bundesrepublik sehe ich darin - auch das ist in unserer Diskussion deutlich geworden;- , daß die politische Klasse hier selbst bestimmte Gruppen herausdefiniert, die eigentlich zu ihr gehören. Vielleicht haben die Terroristen dies klammheimlich gewünscht, aber den Erfolg sollte man ihnen nicht gönnen.

Körber

Ich bin sicher, daß dieser Gesprächskreis unsere Erkenntnisse über den Terrorismus, hierzulande und international, erweitert hat. Es war notwendig, sich über unsere Lage Rechenschaft zu geben, die wir ja auch geistig noch keineswegs beherrschen/sonst hätten wir in unserem Gespräch eine einhellige Lösung anbieten können.

Dennoch wird das Protokoll dieses Gesprächskreises wichtige Informationen enthalten. Für einen maßgebenden Kreis wird es die Umriss dieses uns alle zutiefst beunruhigenden Phänomens in kritischer Objektivität sichtbar machen. Das ist es, was mit dieser Diskussion beabsichtigt war.

Seit langem war mir klar, daß unser Gesprächskreis seinen Beitrag zur Aufhellung dieses Problems leisten mußte. Die verantwortliche öffentliche Meinung darf diese Frage nicht aus ihrem Bewußtsein verdrängen, um nicht nur in ratlose Aufregung zu verfallen, wenn der nächste Mordanschlag und eine neue Erpressung geschehen. Auch dann, wenn es uns schwerfällt, eindeutige Antworten über die tiefenpsychologischen Wurzeln insbesondere des deutschen Terrorismus zu geben, müssen wir weiter nach den Ursachen forschen, um damit die Voraussetzungen für eine Lösung zu schaffen.

Wenn wir feststellen mußten, daß die Bedingungen, die zum Terrorismus führen, in den einzelnen Ländern völlig unterschiedlich und die sozialen und kulturellen Wurzeln dieses Phänomens noch keineswegs geklärt sind, so steht doch fest, daß dem Terrorismus in der Bundesrepublik kein wirklicher gesellschaftlicher Konflikt zugrunde liegt. Er ist vielmehr das Symptom für eine Reihe von Schwierigkeiten in unserer Gesellschaft, die zu bewältigen uns bisher nicht gelungen ist. Deshalb kommt es darauf an, dieses Symptom zu beseitigen, bevor es zur Ursache echter politischer Konflikte wird, die den Bestand des freiheitlich-sozialen Rechtsstaates gefährden könnten. Ich plädiere daher für große Entschiedenheit bei der Lösung dieses Problems, aber ich tue es ohne Emotionen. Es ist nicht die Schuld des Geschwüres, daß es eitert. Es muß geschnitten werden.